

MEMORIAL

**Journal Officiel
du Grand-Duché de
Luxembourg**

**MEMORIAL**

**Amtsblatt
des Großherzogtums
Luxemburg**

RECUEIL DES SOCIÉTÉS ET ASSOCIATIONS

Le présent recueil contient les publications prévues par la loi modifiée du 10 août 1915 concernant les sociétés commerciales et par loi modifiée du 21 avril 1928 sur les associations et les fondations sans but lucratif.

C — N° 304**22 février 2002****SOMMAIRE**

(3) A Invest S.A., Luxembourg	14580	Itraco S.A.H., Luxembourg	14587
(3) A Invest S.A., Luxembourg	14582	Jacma S.A.H., Luxembourg	14567
Acmar Corporation S.A., Luxembourg	14591	Jacma S.A.H., Luxembourg	14567
Acmar Corporation S.A., Luxembourg	14592	Kowac S.A., Luxembourg	14591
Aerie S.A., Luxembourg	14583	Libro, S.à r.l., Luxembourg	14585
Argentinian Investment Company, Sicav, Luxembourg	14583	Lirepa S.A.H., Luxembourg	14578
Bayreuther Anlagengesellschaft A.G., Luxembourg	14591	Mediterinvest S.A., Luxembourg	14588
Beartree Investments S.A.H., Luxembourg	14585	Mercan Holding S.A., Luxembourg	14586
Burbank Holdings S.A., Luxembourg	14585	MIV Holdings S.A., Luxembourg	14579
C.I.P., Compagnie Industrielle et Financière des Produits Amylaces S.A., Luxembourg	14589	Mobilinvest, Sicav, Luxembourg	14578
Cap de l'École Française Holding S.A., Luxembourg	14587	Munich Invest Sicav, Luxembourg	14584
Cinkimco S.A.H., Luxembourg	14586	NordLux Pro Fondsmanagement	14549
Colombian Investment Company, Sicav, Luxembourg	14584	NordLux Pro Fondsmanagement	14549
Copralim S.A.H., Luxembourg	14590	NordLux Pro Fondsmanagement	14550
CS Private Universe (Lux)	14568	NordLux Pro Fondsmanagement	14550
Eurocash-Fund Sicav, Luxembourg	14585	P.B.M. S.A.H., Luxembourg	14588
Europe Bijoux Finanz S.A., Luxembourg	14590	Palitana S.A.H., Luxembourg	14588
H & A Lux Balance	14546	Pipe Investments Company S.A., Luxembourg	14587
Hefesto S.A., Luxembourg	14584	R.C. Lux S.A., Luxembourg	14592
Hobuch Finanz S.A., Luxembourg	14590	Riva Energie II, S.à r.l., Luxembourg	14582
Hofibel Investments Holding S.A., Luxembourg	14545	Riva Energie III, S.à r.l., Luxembourg	14582
Iena Luxembourg S.A., Luxembourg	14588	Sage S.A.H., Luxembourg	14589
Intereureka S.A., Luxembourg	14589	Société d'Investissement Suisse - Luxembourggeoise S.A., Luxembourg	14582
Ipolux Holding S.A., Luxembourg	14587	Société d'Investissement Wacapro S.A.H., Luxembourg	14590
		Solupro S.A.H., Luxembourg	14586
		Star Fund, Sicav, Luxembourg	14551
		(J.) Van Breda Portfolio, Sicav, Luxembourg	14583

HOFIBEL INVESTMENTS HOLDING S.A., Société Anonyme Holding.

Siège social: Luxembourg.
R. C. Luxembourg B 75.808.

Statuts coordonnés déposés au registre de commerce et des sociétés de Luxembourg, le 26 octobre 2001.
Pour mention aux fins de la publication au Mémorial, Recueil des Sociétés et Associations.

Hesperange, le 18 octobre 2001.

G. Lecuit.

(67826/220/9) Déposé au registre de commerce et des sociétés de Luxembourg, le 26 octobre 2001.

H & A LUX BALANCE, Fonds commun de placement.

Sonderreglement

Für den H & A Lux Balance («Fonds») ist das Verwaltungsreglement, das am 26. Juli 1996 im Mémorial C, Recueil des Sociétés et Associations («Mémorial»), dem Amtsblatt des Großherzogtums Luxemburg, veröffentlicht wurde, integraler Bestandteil. Änderungen des Verwaltungsreglements wurden letztmals am 14. Januar 1999 im Mémorial veröffentlicht. Ergänzend bzw. abweichend gelten die Bestimmungen des nachstehenden Sonderreglements, das am 17. Januar 2002 in Kraft trat und am 22. Februar 2002 im Mémorial veröffentlicht wurde.

Art. 1. Der Fonds

1. Der Fonds besteht aus einem oder mehreren Teilfonds im Sinne von Artikel 111 des Gesetzes vom 30. März 1988 über Organismen für gemeinsame Anlagen (einschliesslich nachfolgender Änderungen und Ergänzungen) («Gesetz vom 30. März 1988»). Die Gesamtheit der Teilfonds ergibt den Fonds. Jeder Anleger ist am Fonds durch Beteiligung an einem Teilfonds beteiligt. Die Verwaltungsgesellschaft kann jederzeit neue Teilfonds auflegen.

2. Jeder Teilfonds gilt im Verhältnis der Anteilinhaber untereinander als eigenständiges Sondervermögen. Die Rechte und Pflichten der Anteilinhaber eines Teilfonds sind von denen der Anteilinhaber der anderen Teilfonds getrennt. Im Verhältnis zu Dritten haften die Vermögenswerte eines Teilfonds nur für Verbindlichkeiten und Zahlungsverpflichtungen, die diesen Teilfonds betreffen.

3. Die Anteilwertberechnung erfolgt separat für jeden Teilfonds nach den in Artikel 7 des Verwaltungsreglements festgesetzten Regeln.

4. Die im Verwaltungsreglement sowie in diesem Sonderreglement aufgeführten Anlagebeschränkungen sind auf jeden Teilfonds separat anwendbar. Für die Berechnung der Mindestgrenze für das Netto-Fondsvermögen gemäß Artikel 1 Absatz 1 des Verwaltungsreglements sowie für die in Artikel 4 Absatz 6 f) des Verwaltungsreglements aufgeführten Anlagegrenzen ist auf das Fondsvermögen des Fonds insgesamt abzustellen, das sich aus der Addition der Netto-Teilfondsvermögen ergibt.

Art. 2. Anlagepolitik

1. Das Hauptziel der Anlagepolitik des Fonds besteht in der nachhaltigen Wertsteigerung der eingebrachten Anlagemittel.

2. Das jeweilige Netto-Teilfondsvermögen wird dabei nach dem Grundsatz der Risikostreuung angelegt. Die Anlagepolitik der einzelnen Teilfonds umfaßt entsprechend der detaillierten Beschreibung im Verkaufsprospekt die Anlage in Wertpapieren internationaler Emittenten und sonstigen zulässigen Vermögenswerten. Daneben kann der Teilfonds innerhalb der Anlagegrenzen gemäß Artikel 4 des Verwaltungsreglements insbesondere Optionsscheine auf Währungen, Zinsen und Indizes erwerben. Die Anlagepolitik der einzelnen Teilfonds kann sich insbesondere nach der Region, in welcher sie anlegen, nach den Wertpapieren, welche sie erwerben sollen, nach der Währung, auf welche sie lauten oder nach ihrer Laufzeit unterscheiden.

Art. 3. Anteile

1. Anteile werden an den jeweiligen Teilfonds ausgegeben und lauten auf den Inhaber. Sie werden in jeder von der Verwaltungsgesellschaft zu bestimmenden Stückelung ausgegeben. Sofern eine Verbriefung in Globalzertifikaten erfolgt, besteht kein Anspruch auf Auslieferung effektiver Stücke. Dies findet Erwähnung im Verkaufsprospekt. Soweit die Anteile in Buchform durch Übertrag auf Wertpapierdepots ausgegeben werden, kann die Verwaltungsgesellschaft Anteilsbruchteile bis zu 0,001 Anteilen ausgeben.

2. Anteile an den Teilfonds sind frei übertragbar.

3. Für jeden Teilfonds können Anteilklassen gebildet werden. In diesem Falle berechnen Anteile der Anteilklasse A zur Ausschüttung, während auf Anteile der Anteilklasse B keine Ausschüttung erfolgt. Alle Anteile sind vom Tage ihrer Ausgabe an in gleicher Weise an Erträgen, Kursgewinnen und am Liquidationserlös ihrer jeweiligen Anteilklasse berechnigt.

Werden Anteilklassen gebildet, so findet dies Erwähnung im Verkaufsprospekt.

Art. 4. Währung, Bewertungstag, Ausgabe, Rücknahme und Umtausch von Anteilen; Einstellung der Berechnung des Anteilwertes für die Teilfonds

1. Fondswährung ist die Währung des jeweiligen Teilfonds. Diese findet Erwähnung im Verkaufsprospekt. Soweit in Jahres- und Halbjahresberichten sowie sonstigen Finanzstatistiken aufgrund gesetzlicher Vorschriften oder gemäß den Regelungen des Verwaltungsreglements Auskunft über die Situation des Fondsvermögens des Fonds insgesamt gegeben werden muß, erfolgen diese Angaben in Euro («Referenzwährung»), und die Vermögenswerte der jeweiligen Teilfonds werden in die Referenzwährung umgerechnet.

2. Bewertungstag ist jeder Tag, der zugleich Bankarbeitstag in Luxemburg und in Frankfurt am Main ist.

3. Anteile werden an jedem Bewertungstag ausgegeben. Ausgabepreis ist der Anteilwert gemäß Artikel 7 des Verwaltungsreglements zuzüglich einer Verkaufsprovision von bis zu 4% des Anteilwertes. Die Verkaufsprovision wird zugunsten der Vertriebsstellen erhoben. Der Ausgabepreis kann sich um Gebühren oder andere Belastungen erhöhen, die in den jeweiligen Vertriebsländern anfallen.

Die Verwaltungsgesellschaft kann die Zeichnung von Anteilen Bedingungen unterwerfen sowie Zeichnungsfristen und Mindestzeichnungsbeträge festlegen. Dies findet Erwähnung im Verkaufsprospekt.

4. Die Verwaltungsgesellschaft kann, im Einklang mit den gesetzlichen Bestimmungen des Großherzogtums Luxemburg, Anteile gegen Lieferung von Wertpapieren ausgeben, vorausgesetzt, daß diese Wertpapiere in den Rahmen der Anlagepolitik sowie der Anlagebeschränkungen des betreffenden Teilfonds passen. Im Zusammenhang mit der Ausgabe von Anteilen gegen Lieferung von Wertpapieren muß der Wirtschaftsprüfer des Fonds ein Gutachten zur Bewertung

der einzubringenden Wertpapiere erstellen. Die Kosten einer in der vorbeschriebenen Weise durchgeführten Ausgabe von Anteilen trägt der Zeichner, der diese Vorgehensweise verlangt.

5. Der Ausgabepreis ist innerhalb von zwei Bankarbeitstagen in Luxemburg nach dem entsprechenden Bewertungstag zahlbar.

6. Anteile werden an jedem Bewertungstag im Sinne von Artikel 4 Nr. 2 dieses Sonderreglements zurückgenommen. Rücknahmepreis ist der Anteilwert gemäß Artikel 7 des Verwaltungsreglements. Dabei kann eine Rücknahmeprovision zugunsten der Verwaltungsgesellschaft verlangt werden. Wird eine Rücknahmeprovision verlangt, so findet dies Erwähnung im Verkaufsprospekt.

7. Die Zahlung des Rücknahmepreises erfolgt innerhalb von sieben Bankarbeitstagen in Luxemburg nach dem entsprechenden Bewertungstag in der Währung des entsprechenden Teilfonds.

8. Die Verwaltungsgesellschaft kann beschließen, daß der an den Anteilinhaber zu zahlende Rücknahmepreis unbar ausgezahlt werden kann. Die unbare Auszahlung steht unter dem Vorbehalt der Zustimmung des Anteilinhabers.

Im Falle unbarer Auszahlung werden dem Anteilinhaber aus dem betreffenden Teilfondsvermögen Vermögenswerte zu einem Wert ausgehändigt, der gemäß Artikel 7 des Verwaltungsreglements an dem Bewertungstag errechnet wird, an dem der Rücknahmepreis berechnet wird. Der so ermittelte Wert der Vermögenswerte muß durch einen gesonderten Bericht des Wirtschaftsprüfers des Fonds bestätigt werden. Die Kosten einer solchen Übertragung von Wertpapieren trägt der Anteilinhaber, der die vorbeschriebene Art der Rücknahme verlangt. Die Verwaltungsgesellschaft muß sicherstellen, daß die Rücknahme gegen Aushändigung von Wertpapieren keine Nachteile für die verbleibenden Anteilinhaber verursacht.

9. Der Anteilinhaber kann seine Anteile ganz oder teilweise in Anteile einer anderen Anteilklasse ebenso wie in Anteile eines anderen Teilfonds (sofern Anteilklassen gebildet bzw. weitere Teilfonds aufgelegt wurden) umtauschen. Der Umtausch der Anteile erfolgt auf der Grundlage des nächsterrechneten Anteilwertes der betreffenden Anteilklassen beziehungsweise der betreffenden Teilfonds. Dabei kann eine Umtauschprovision zugunsten der Verwaltungsgesellschaft verlangt werden. Wird eine Umtauschprovision verlangt, so findet dies Erwähnung im Verkaufsprospekt. Soweit Anteile an einem Teilfonds in Form von effektiven Stücken verbrieft werden, wird ein sich aus dem Umtausch ergebender Restbetrag an die Anteilinhaber in der Währung des Teilfonds, dessen Anteile zurückgegeben werden, ausbezahlt.

10. Für jeden Teilfonds kann die Anteilwertberechnung unter den Voraussetzungen und entsprechend dem Verfahren gemäß Artikel 8 des Verwaltungsreglements eingestellt werden.

Art. 5. Ausschüttungspolitik

Die Verwaltungsgesellschaft bestimmt für jeden Teilfonds, ob und in welchen Zeitabschnitten eine Ausschüttung vorgenommen wird. Zur Ausschüttung können die ordentlichen Nettoerträge sowie realisierte Kursgewinne kommen. Ferner können die nicht realisierten Kursgewinne sowie sonstige Aktiva zur Ausschüttung gelangen, sofern das Fondsvermögen des Fonds insgesamt im Sinne von Artikel 1 Absatz 4 dieses Sonderreglements aufgrund der Ausschüttung nicht unter die Mindestgrenze gemäß Artikel 1 Absatz 1 des Verwaltungsreglements sinkt.

Ausschüttungsberechtigt sind im Falle der Bildung von Anteilklassen gemäß Artikel 3 Nr. 3 dieses Sonderreglements ausschließlich Anteile der Anteilklasse A.

Nicht abgeforderte Erträge im Sinne von Artikel 11 Absatz 4 Satz 2 des Verwaltungsreglements verfallen zugunsten des jeweiligen Teilfonds.

Art. 6. Depotbank

Depotbank ist HAUCK & AUFHÄUSER BANQUIERS LUXEMBOURG S.A., eine Bank im Sinne des Luxemburger Gesetzes vom 5. April 1993 über den Finanzsektor.

Art. 7. Kosten

1. Die Verwaltungsgesellschaft erhält aus dem jeweiligen Netto-Teilfondsvermögen eine Vergütung von bis zu 1,0% p.a., die monatlich nachträglich auf das jeweilige durchschnittliche Netto-Teilfondsvermögen während des betreffenden Monats zu berechnen und auszuzahlen ist. Die Verwaltungsgesellschaft wird aus dieser Verwaltungsvergütung die Vergütung des eventuellen Anlageberaters zahlen.

2. Die Depotbank erhält aus dem jeweiligen Netto-Teilfondsvermögen:

a. eine Vergütung in Höhe von bis zu 0,20% p.a. für die Tätigkeit als Depotbank. Die jeweilige Depotbankvergütung wird monatlich nachträglich auf das jeweilige durchschnittliche Netto-Teilfondsvermögen während des betreffenden Monats berechnet und ausgezahlt.

b. Kosten und Auslagen, die der Depotbank aufgrund einer zulässigen und marktüblichen Beauftragung Dritter mit der Verwahrung von Vermögenswerten der Teilfonds gemäß Artikel 3 Nr. 3 des Verwaltungsreglements entstehen.

3. Daneben können dem jeweiligen Teilfondsvermögen die weiteren Kosten gemäß Art. 13 des Verwaltungsreglements belastet werden.

Art. 8. Rechnungsjahr

Das Rechnungsjahr des Fonds endet jedes Jahr am 31. Dezember, erstmals am 31. Dezember 2002.

Art. 9. Dauer des Fonds und der Teilfonds

Der Fonds ist auf unbestimmte Zeit errichtet. Die Verwaltungsgesellschaft kann einzelne Teilfonds auf bestimmte Zeit errichten. Dies findet Erwähnung im Verkaufsprospekt.

Art. 10. Auflösung von Teilfonds

Die Verwaltungsgesellschaft kann jederzeit bestehende Teilfonds auflösen, sofern das betreffende Netto-Teilfondsvermögen eines Teilfonds unter einen Betrag fällt, der von der Verwaltungsgesellschaft als Mindestbetrag für die Gewährleistung einer effizienten Verwaltung dieses Teilfonds angesehen wird und auf 5 Millionen Euro festgesetzt wurde.

sowie im Falle einer Änderung der wirtschaftlichen und/oder politischen Rahmenbedingungen. Die Auflösung bestehender Teilfonds wird mindestens 30 Tage zuvor entsprechend Artikel 16 des Verwaltungsreglements veröffentlicht.

Nach Auflösung eines Teilfonds wird die Verwaltungsgesellschaft diesen Teilfonds liquidieren. Dabei werden die diesem Teilfonds zuzuordnenden Vermögenswerte veräußert sowie die diesem Teilfonds zuzuordnenden Verbindlichkeiten getilgt. Der Liquidationserlös wird an die Anteilinhaber im Verhältnis ihres Anteilbesitzes ausgekehrt. Die nach Abschluß der Liquidation eines Teilfonds nicht abgeforderten Liquidationserlöse werden für einen Zeitraum von sechs Monaten bei der Depotbank hinterlegt. Danach gilt die in Artikel 12 Nr. 4 Satz 3 des Verwaltungsreglements enthaltene Regelung entsprechend für sämtliche verbleibenden und nicht eingeforderten Beträge.

Art. 11. Verschmelzung des Fonds und von Teilfonds

1. Die Verwaltungsgesellschaft kann durch Beschluß des Verwaltungsrates gemäß den nachfolgenden Bedingungen beschließen Teilfonds des Fonds zu verschmelzen oder den Fonds oder einen Teilfonds in einen anderen Organismus für gemeinsame Anlagen («OGA»), der nach Teil I des Gesetzes vom 30. März 1988 aufgelegt wurde, der von derselben Verwaltungsgesellschaft verwaltet wird oder der von einer anderen Verwaltungsgesellschaft verwaltet wird, einzubringen. Die Verschmelzung kann insbesondere in folgenden Fällen beschlossen werden:

- sofern das Netto-Fondsvermögen bzw. Netto-Teilfondsvermögen an einem Bewertungstag unter einen Betrag gefallen ist, welcher als Mindestbetrag erscheint, um den Fonds bzw. den Teilfonds in wirtschaftlich sinnvoller Weise zu verwalten.

Die Verwaltungsgesellschaft hat diesen Betrag auf 5 Millionen Euro festgesetzt.

- sofern es wegen einer wesentlichen Änderung im wirtschaftlichen oder politischen Umfeld oder aus Ursachen wirtschaftlicher Rentabilität nicht als wirtschaftlich sinnvoll erscheint, den Fonds oder den Teilfonds zu verwalten.

Eine solche Verschmelzung ist nur insofern vollziehbar als die Anlagepolitik des einzubringenden Fonds oder Teilfonds nicht gegen die Anlagepolitik des aufnehmenden OGA verstößt.

2. Die Durchführung der Verschmelzung vollzieht sich wie eine Auflösung des einzubringenden Fonds oder Teilfonds und eine gleichzeitige Übernahme sämtlicher Vermögensgegenstände durch den aufnehmenden OGA oder Teilfonds gegen Ausgabe von Anteilen an die Anteilinhaber des einzubringenden Fonds oder Teilfonds.

3. Der Beschluß der Verwaltungsgesellschaft zur Verschmelzung des Fonds oder Teilfonds wird jeweils in einer von der Verwaltungsgesellschaft zu bestimmenden Zeitung jener Länder, in denen die Anteile des einzubringenden Fonds, oder Teilfonds vertrieben werden, veröffentlicht.

4. Die Anteilinhaber des einzubringenden Fonds oder Teilfonds haben während 30 Tagen das Recht, ohne Kosten die Rücknahme aller oder eines Teils ihrer Anteile zum einschlägigen Anteilwert nach dem Verfahren gemäß Artikel 9 des Verwaltungsreglements zu verlangen. Die Anteile der Anteilinhaber, welche die Rücknahme ihrer Anteile nicht verlangt haben, werden auf der Grundlage des Anteilwertes an dem Tag des Inkrafttretens der Verschmelzung durch Anteile des aufnehmenden OGA ersetzt. Gegebenenfalls erhalten die Anteilinhaber einen Spitzenausgleich.

5. Der Beschluß, den Fonds oder einen Teilfonds mit einem ausländischen OGA zu verschmelzen, bedarf der Genehmigung der Versammlung der Anteilinhaber des Fonds oder Teilfonds. Die Einladung zu der Versammlung der Anteilinhaber des einzubringenden Fonds oder Teilfonds wird von der Verwaltungsgesellschaft zweimal in einem Abstand von mindestens acht Tagen und acht Tage vor der Versammlung in einer von der Verwaltungsgesellschaft zu bestimmenden Zeitung jener Länder, in denen die Anteile des einzubringenden Fonds oder Teilfonds vertrieben werden, veröffentlicht. Der Beschluß zur Genehmigung der Verschmelzung des Fonds oder Teilfonds mit einem ausländischen OGA unterliegt einem Anwesenheitsquorum von 50% der sich im Umlauf befindlichen Anteile und wird mit einer 2/3 Mehrheit der anwesenden oder der mittels einer Vollmacht vertretenen Anteile gefaßt, wobei nur diejenigen Anteilinhaber an den Beschluß gebunden sind, die für die Verschmelzung gestimmt haben. Die Anteile der Anteilinhaber, die der Verschmelzung zugestimmt haben, werden auf der Grundlage des Anteilwertes an dem Tag des Inkrafttretens der Verschmelzung durch Anteile des aufnehmenden OGA ersetzt. Gegebenenfalls erhalten die Anteilinhaber einen Spitzenausgleich.

Im Hinblick auf die Anteilinhaber, die nicht an der Versammlung teilgenommen haben sowie im Hinblick auf alle Anteilinhaber, die nicht für die Verschmelzung gestimmt haben, wird davon ausgegangen, daß sie ihre Anteile zum Rückkauf angeboten haben. Im Rahmen dieser Rücknahme dürfen den Anteilhabern keine Kosten berechnet werden.

Art. 12. Inkrafttreten

Abweichend von Artikel 18 des Verwaltungsreglements treten Änderungen dieses Sonderreglements am Tag der Unterzeichnung des betreffenden Änderungsbeschlusses in Kraft.

Dieses Sonderreglement wurde in vier Exemplaren ausgefertigt.

Luxemburg, den 17. Januar 2002.

Für die Verwaltungsgesellschaft

HAUCK & AUFHÄUSER INVESTMENT GESELLSCHAFT S.A.

Unterschriften

Für die Depotbank

HAUCK & AUFHÄUSER BANQUIERS LUXEMBOURG S.A.

Unterschriften

Enregistré à Luxembourg, le 25 janvier 2002, vol. 563, fol. 90, case 11. – Reçu 12 euros.

Le Receveur (signé): J. Muller.

(09269/250/189) Déposé au registre de commerce et des sociétés de Luxembourg, le 28 janvier 2002.

NordLux Pro Fondsmanagement, Fonds Commun de Placement.

Die MK LUXINVEST S.A. (die «Verwaltungsgesellschaft») hat mit Zustimmung der Depotbank DEXIA BANQUE INTERNATIONALE A LUXEMBOURG S.A. beschlossen, im Zusammenhang mit dem NordLux Pro Fondsmanagement, einem Sondervermögen nach Teil II des Luxemburger Gesetzes vom 30. März 1988 über Organismen für gemeinsame Anlagen, das Sonderreglement des Teilfonds NordLux Pro Fondsmanagement - NordLux Pro 60, das am 6. September 2001 in Kraft getreten ist und am 5. Oktober 2001 im Mémorial, Recueil des Sociétés et Associations, dem Amtsblatt des Großherzogtums Luxemburg, veröffentlicht wurde, nunmehr wie folgt zu ändern:

Art. 2. Teilfondswährung

Es wurde beschlossen, Artikel 2 - Teilfondswährung, Nr. 3 zu ändern.

Dieser lautet künftig wie folgt:

«3. Der Rücknahmepreis wird gemäß Artikel 9 in Verbindung mit Artikel 7 des Allgemeinen Verwaltungsreglements berechnet. Ein Rücknahmeabschlag wird nicht erhoben.»

Art. 6. Inkrafttreten

Es wurde beschlossen, Artikel 6 - Inkrafttreten zu ändern.

Dieser lautet künftig wie folgt:

«Das Sonderreglement des NordLux Pro Fondsmanagement - NordLux Pro 60 trat am 6. September 2001 in Kraft und wurde am 5. Oktober 2001 im «Mémorial, Recueil des Sociétés et Associations» («Mémorial»), dem Amtsblatt des Großherzogtums Luxemburg veröffentlicht. Änderungen desselben traten am 29. Januar 2002 in Kraft und wurden am 22. Februar 2002 im Mémorial veröffentlicht.»

Die vorstehenden Änderungen treten am Tag der Unterzeichnung dieses Beschlusses in Kraft.

Luxemburg, den 29. Januar 2002.

MK LUXINVEST S.A.

Unterschriften

DEXIA BANQUE INTERNATIONALE A LUXEMBOURG S.A.

Unterschriften

Enregistré à Luxembourg, le 4 février 2002, vol. 564, fol. 25, case 3. – Reçu 12 euros.

Le Receveur (signé): J. Muller.

(11846/250/30) Déposé au registre de commerce et des sociétés de Luxembourg, le 5 février 2002.

NordLux Pro Fondsmanagement, Fonds Commun de Placement.

Die MK LUXINVEST S.A. (die «Verwaltungsgesellschaft») hat mit Zustimmung der Depotbank DEXIA BANQUE INTERNATIONALE A LUXEMBOURG S.A. beschlossen, im Zusammenhang mit dem NordLux Pro Fondsmanagement, einem Sondervermögen nach Teil II des Luxemburger Gesetzes vom 30. März 1988 über Organismen für gemeinsame Anlagen, das Sonderreglement des Teilfonds NordLux Pro Fondsmanagement - NordLux Pro 30, das am 6. September 2001 in Kraft getreten ist und am 5. Oktober 2001 im Mémorial, Recueil des Sociétés et Associations, dem Amtsblatt des Großherzogtums Luxemburg, veröffentlicht wurde, nunmehr wie folgt zu ändern:

Art. 2. Teilfondswährung

Es wurde beschlossen, Artikel 2 - Teilfondswährung, Nr. 3 zu ändern.

Dieser lautet künftig wie folgt:

«3. Der Rücknahmepreis wird gemäß Artikel 9 in Verbindung mit Artikel 7 des Allgemeinen Verwaltungsreglements berechnet. Ein Rücknahmeabschlag wird nicht erhoben.»

Art. 6. Inkrafttreten

Es wurde beschlossen, Artikel 6 - Inkrafttreten zu ändern.

Dieser lautet künftig wie folgt:

«Das Sonderreglement des NordLux Pro Fondsmanagement - NordLux Pro 30 trat am 6. September 2001 in Kraft und wurde am 5. Oktober 2001 im «Mémorial, Recueil des Sociétés et Associations» («Mémorial»), dem Amtsblatt des Großherzogtums Luxemburg veröffentlicht. Änderungen desselben traten am 29. Januar 2002 in Kraft und wurden am 22. Februar 2002 im Mémorial veröffentlicht.»

Die vorstehenden Änderungen treten am Tag der Unterzeichnung dieses Beschlusses in Kraft.

Luxemburg, den 29. Januar 2002.

MK LUXINVEST S.A.

Unterschriften

DEXIA BANQUE INTERNATIONALE A LUXEMBOURG S.A.

Unterschriften

Enregistré à Luxembourg, le 4 février 2002, vol. 564, fol. 25, case 3. – Reçu 12 euros.

Le Receveur (signé): J. Muller.

(11847/250/30) Déposé au registre de commerce et des sociétés de Luxembourg, le 5 février 2002.

NordLux Pro Fondsmanagement, Fonds Commun de Placement.

—
 Änderungsbeschluß des Verwaltungsreglements des von der
 MK LUXINVEST S.A.

in der Form eines «fonds communs de placement à compartiments multiples» verwalteten Sondervermögens
 NordLux Pro Fondsmanagement

Die MK LUXINVEST S.A. (die «Verwaltungsgesellschaft») hat mit Zustimmung der Depotbank DEXIA BANQUE INTERNATIONALE A LUXEMBOURG S.A. beschlossen, das am 5. Oktober 2001 im Mémorial C, Recueil des Sociétés et Associations veröffentlichte Allgemeine Verwaltungsreglement des Sondervermögens NordLux Pro Fondsmanagement nunmehr wie folgt zu ändern:

Art. 5. Anteile - Ausgabe von Anteilen

Es wurde beschlossen, Artikel 5 - Anteile - Ausgabe von Anteilen, Nr. 2 zu ändern.

Dieser lautet künftig wie folgt:

«2. Alle Anteile an einem Teilfonds haben dieselben Rechte.»

Art. 9. Rücknahme und Umtausch von Anteilen

Es wurde beschlossen, Artikel 9 - Rücknahme und Umtausch von Anteilen, Nr. 1 und Nr. 9 zu ändern.

Diese lauten künftig wie folgt:

«1. Die Anteilinhaber sind berechtigt, jederzeit die Rücknahme ihrer Anteile zum Anteilwert gemäß Artikel 7 Nr. 4 dieses Allgemeinen Verwaltungsreglements, gegebenenfalls abzüglich eines etwaigen Rücknahmeabschlages («Rücknahmepreis») zu verlangen. Diese Rücknahme erfolgt nur an einem Bewertungstag im Sinne von Artikel 5 Nr. 4 dieses Allgemeinen Verwaltungsreglements. Sollte ein Rücknahmeabschlag zugunsten der Verwaltungsgesellschaft erhoben werden, so ist dessen maximale Höhe für den betreffenden Teilfonds im jeweiligen Sonderreglement angegeben. Der Rücknahmepreis vermindert sich in bestimmten Ländern um dort anfallende Steuern und andere Belastungen. Die Auszahlung des Rücknahmepreises erfolgt unverzüglich nach dem entsprechenden Bewertungstag, spätestens aber innerhalb von drei Bankarbeitstagen in Luxemburg nach dem entsprechenden Bewertungstag bzw. spätestens innerhalb von sieben Kalendertagen nach Eingang des vollständigen Rücknahmeauftrages bei der Verwaltungsgesellschaft, der Depotbank, einer der Zahlstellen oder Vertriebsstellen (unter Einschluß des Tages des Eingangs des vollständigen Rücknahmeauftrages), in der entsprechenden Teilfondswährung, wie sie für den jeweiligen Teilfonds in dem betreffenden Sonderreglement angegeben ist. Mit Zahlung des Rücknahmepreises erlischt der entsprechende Anteil. Die Auszahlung des Rücknahmepreises sowie sonstige Zahlungen an die betreffenden Anteilinhaber erfolgen über die Depotbank sowie über die Zahlstellen.»

«9. Umtauschanträge, welche bis spätestens 12.00 Uhr an einem Bewertungstag bei einer der vorgenannten Stellen eingegangen sind, werden zum Anteilwert des darauffolgenden Bewertungstages zuzüglich der Umtauschprovision abgerechnet. Umtauschanträge, welche nach 12.00 Uhr an einem Bewertungstag bei einer der vorgenannten Stellen eingegangen sind, werden zum Anteilwert des übernächsten Bewertungstages zuzüglich der Umtauschprovision abgerechnet.»

Die vorstehenden Änderungen treten am Tag der Unterzeichnung dieses Beschlusses in Kraft.

Luxemburg, den 29. Januar 2002.

MK LUXINVEST S.A.

Unterschriften

DEXIA BANQUE INTERNATIONALE A LUXEMBOURG S.A.

Unterschriften

Enregistré à Luxembourg, le 4 février 2002, vol. 564, fol. 25, case 3. – Reçu 12 euros.

Le Receveur (signé): J. Muller.

(11848/250/46) Déposé au registre de commerce et des sociétés de Luxembourg, le 5 février 2002.

NordLux Pro Fondsmanagement, Fonds Commun de Placement.

Die MK LUXINVEST S.A. (die «Verwaltungsgesellschaft») hat mit Zustimmung der Depotbank DEXIA BANQUE INTERNATIONALE A LUXEMBOURG S.A. beschlossen, im Zusammenhang mit dem NordLux Pro Fondsmanagement, einem Sondervermögen nach Teil II des Luxemburger Gesetzes vom 30. März 1988 über Organismen für gemeinsame Anlagen, das Sonderreglement des Teilfonds NordLux Pro Fondsmanagement - NordLux Pro 100, das am 6. September 2001 in Kraft getreten ist und am 5. Oktober 2001 im Mémorial, Recueil des Sociétés et Associations, dem Amtsblatt des Großherzogtums Luxemburg, veröffentlicht wurde, nunmehr wie folgt zu ändern:

Art. 2. Teilfondswährung

Es wurde beschlossen, Artikel 2 - Teilfondswährung, Nr. 3 zu ändern.

Dieser lautet künftig wie folgt:

«3. Der Rücknahmepreis wird gemäß Artikel 9 in Verbindung mit Artikel 7 des Allgemeinen Verwaltungsreglements berechnet. Ein Rücknahmeabschlag wird nicht erhoben.»

Art. 6. Inkrafttreten

Es wurde beschlossen, Artikel 6 - Inkrafttreten zu ändern.

Dieser lautet künftig wie folgt:

«Das Sonderreglement des NordLux Pro Fondsmanagement - NordLux Pro 100 trat am 6. September 2001 in Kraft und wurde am 5. Oktober 2001 im «Mémorial, Recueil des Sociétés et Associations» («Mémorial»), dem Amtsblatt des Großherzogtums Luxemburg veröffentlicht. Änderungen desselben traten am 29. Januar 2002 in Kraft und wurden am 22. Februar 2002 im Mémorial veröffentlicht.»

Die vorstehenden Änderungen treten am Tag der Unterzeichnung dieses Beschlusses in Kraft.

Luxemburg, den 29. Januar 2002.

MK LUXINVEST S.A.

Unterschriften

DEXIA BANQUE INTERNATIONALE A LUXEMBOURG S.A.

Unterschriften

Enregistré à Luxembourg, le 4 février 2002, vol. 564, fol. 25, case 3. – Reçu 12 euros.

Le Receveur (signé): J. Muller.

(11849/250/30) Déposé au registre de commerce et des sociétés de Luxembourg, le 5 février 2002.

STAR FUND, Société d'Investissement à Capital Variable.

Registered office: L-1118 Luxembourg, 11, rue Aldringen.

STATUTES

In the year two thousand and two, on the thirtieth day of January.

Before us, Maître Jean-Joseph Wagner, notary residing in Sanem (Grand Duchy of Luxembourg).

There appeared:

1) TRANS FIDUCIAIRE S.A., a company incorporated under Swiss law, established and having its registered office at CH-6900 Lugano, Via pretorio, 13,

here represented by Mr Benoit Andrienne, hereafter named, by virtue of a proxy delivered by

- Mr Christian Kuhne, Senior Manager, TRANS FIDUCIAIRE S.A., CH-6900 Lugano, Via pretorio 13,

- Mr Mariangelo Bossone, Vice President TRANS FIDUCIAIRE S.A., CH-6900 Lugano, Via pretorio 13,

both validly authorised to sign jointly on behalf of the company TRANS FIDUCIAIRE S.A.;

Said proxy will remain attached to this deed.

2) Mr Benoit Andrienne, employee, residing at 42, rue de la Source, B-6782 Guelff.

Such appearing parties, in the capacity in which they act, have requested the notary to state as follows the Articles of Incorporation of a company which they form between themselves.

Art. 1. There exists among the subscribers and all those who may become holders of shares, a company in the form of a «société d'investissement à capital variable» under the name of STAR FUND («the Company»).

Art. 2. The Company is established for an unlimited period from the date hereof. The Company may be dissolved by a resolution of the shareholders adopted in the manner required for amendment of these articles of association, as prescribed in Article 27 hereof.

Art. 3. The exclusive object of the Company is to place the Funds available to it in transferable securities and other assets permitted by law with the purpose of spreading investment risks and affording its shareholders the results of the management of its portfolio.

The Company may take any measures and carry out any operation which it may deem useful in the accomplishment and development of its purpose to the full extent permitted by the law of March 30th, 1988 regarding collective investment undertakings.

Art. 4. The registered office of the Company is established in Luxembourg City, in the Grand Duchy of Luxembourg. Branches or other offices may be established either in Luxembourg or abroad by resolution of the Board of Directors.

In the event that the Board of Directors determines that extraordinary political, economic, or social developments have occurred, or are imminent, that would interfere with the normal activities of the Company at its registered office, or with the ease of communication between such office and persons abroad, the registered office may be temporarily transferred abroad until the complete cessation of these abnormal circumstances; such temporary measures shall have no effect on the nationality of the Company which, notwithstanding the temporary transfer of its registered office, will remain a Luxembourg company.

Art. 5. The capital of the Company shall be represented by shares of no par value and shall at any time be equal to the total net assets of all the Portfolios of the Company as defined in Article 22 hereof.

At the incorporation, the initial capital of the Company is thirty-five thousand Euros (35,000.- EUR) represented by three hundred fifty (350) shares of the Portfolio STAR FUND - GLOBAL INVESTMENT of no par value.

The minimum capital of the company shall be one million two hundred forty thousand Euros (1,240,000.- EUR) to be reached in the first six months after its incorporation.

The Company constitutes one sole legal entity.

Each Portfolio will be deemed to be a separate entity for the purpose of the relations as between shareholders.

The Board of Directors is authorised without limitation to issue fully paid shares at any time in accordance with Article 23 hereof at the respective Net Asset Values per share determined in accordance with Article 21 hereof without reserving the existing shareholders a preferential right to subscription of the shares to be issued. The Board of Directors

may delegate to any duly authorised Director or officer of the Company or to any other duly authorised person, the duty of accepting subscriptions for delivering and receiving payment for such new shares.

Such shares may, as the Board of Directors shall determine, be of different Portfolios and the proceeds of the issue of each share shall be invested, pursuant to Article 3 hereof, in transferable securities or other assets corresponding to such geographical areas, industrial sectors or monetary zones, or to such specific types of equity or debt securities, as the Board of Directors shall from time to time determine in respect of each Portfolio.

Within each Portfolio, the Board of Directors is entitled to create different classes and/or sub-classes (subdivision of classes) that may be characterised by their distribution policy (distribution shares, capitalisation shares), their reference currency, their fee structure, and or by any other feature to be determined by the Board of Directors.

For the purpose of determining the capital of the Company, the net assets attributable to each Portfolio shall, if not expressed in EUR, be converted into EUR and the capital shall be equal to the total of the net assets of all the Portfolios.

Art. 6. Shares will be issued in registered or bearer form. Certificates may be issued. The registered shares may be issued in a fractional way. These fractions of shares will represent a part of the net assets and will entitle the shareholder proportionally to a dividend the Company would pay and to the liquidation proceeds of the Portfolio. Fractions of shares do not provide any voting rights.

In the case of registered shares, unless a shareholder elects to obtain share certificates, he will receive instead a confirmation of his shareholding.

Payments of dividends will be made in respect of registered shares, to the holders of shares, at their mandated addresses in the Register of Shareholders, and in respect of bearer shares, upon presentation of the relevant dividend coupons to the agent or agents appointed by the Company for such purpose.

If bearer shares are issued, certificates will be issued in such denominations as the Board of Directors shall decide. If a bearer shareholder requests the exchange of his certificates for certificates in other denominations, he will be charged the cost of such exchange. If a registered shareholder desires that more than one share certificate be issued for his shares, the cost of such additional certificates may be charged to such shareholder. Share certificates shall be signed by two directors. Both such signatures may be either manual, or printed, or by facsimile. However, one of such signatures may be by a person delegated to this effect by the board of directors. In such latter case, it shall be manual. The Company may issue temporary share certificates in such form as the board of directors may from time to time determine.

Shares may be issued only upon acceptance of the subscription and after receipt of the purchase price. The subscriber will, without undue delay, upon acceptance of the subscription and receipt of the purchase price, receive title to the shares purchased by him and, upon application, obtain delivery of definitive share certificates in bearer or registered form.

All issued shares of the Company other than bearer shares shall be inscribed in the Register of Shareholders, which shall be kept by the Company or by one or more persons designated therefore by the Company and such Register shall contain the name of each holder of inscribed shares, his residence or elected domicile, the name of the Portfolio involved, the number of shares held by him and the amount paid in on each such share. Every transfer and devolution of a registered share shall be entered in the Register of Shareholders.

Transfer of bearer shares shall be effected by delivery of the relevant bearer share certificates. Transfer of registered shares shall be effected a) if share certificates have been issued, upon delivering the certificate or certificates representing such shares to the Company along with other instruments of transfer satisfactory to the Company, and b) if no share certificates have been issued, by written declaration of transfer to be inscribed in the Register of Shareholders, dated and signed by the transferor and the transferee, or by persons holding suitable powers of attorney to act therefore.

Every registered shareholder must provide the Company with an address to which all notices and announcements from the Company may be sent. Such address will also be entered in the Register of Shareholders.

In the event that such shareholder does not provide such address, the Company may permit a notice to this effect to be entered in the Register of Shareholders and the shareholder's address will be deemed to be at the registered office of the Company, or such other address as may be so entered by the Company from time to time until another address shall be provided to the Company by such shareholder. The shareholder may, at any time, change his address as entered in the Register of Shareholders by means of a written notification to the Company at its registered office or at such other address as may be set by the Company from time to time.

Shares may be issued upon acceptance of the subscription.

Art. 7. The Board of Directors shall have power to impose restrictions that it may think necessary, for the purpose of ensuring that no shares in the Company are acquired or held by (a) any person in breach of the law or requirement of any country or governmental authority or (b) any person in circumstances which in the opinion of the Board of Directors might result in the Company incurring any liability to taxation or suffering any other pecuniary disadvantage which the Company might not otherwise have incurred or suffered.

Art. 8. Any regularly constituted General Meeting of the shareholders of the Company shall represent the entire body of shareholders of the Company if the decisions to be taken are of interest for all the shareholders. Its resolutions shall be binding upon all shareholders of the Company regardless of the class of shares held by them. It shall have the broadest power to order, carry out or ratify acts relating to the operations of the Company. However, if the decisions are only concerning the particular rights of the shareholders of one Portfolio such decisions are to be taken by a General Meeting representing the shareholders of such Portfolio.

Art. 9. The Annual General Meeting of shareholders shall be held, in accordance with Luxembourg law, in Luxembourg at the registered office of the Company, or at such other place in Luxembourg as may be specified in the notice of meeting, on the fifteenth of May of each year at 10.00 o'clock, and for the first time in 2003. If such day is not a bank business day in Luxembourg, the Annual General Meeting shall be held on the next following bank business day. The

Annual General Meeting may be held abroad if, in the absolute and final judgement of the Board of Directors, exceptional circumstances so require.

Other meetings of shareholders may be held at such place and time as may be specified in the respective notices of meeting.

Art. 10. The quorum and delays required by law shall govern the notice for and conduct of the meetings of shareholders of the Company, unless otherwise provided herein.

Each whole share of whatever Portfolio and the class of shares (regardless of the net asset value per share) is entitled to one vote. A shareholder may act at any meeting of shareholders by appointing another person as his proxy in writing or by cable or telegram or telex or facsimile.

Except as otherwise required by law or as otherwise provided herein, resolutions at a meeting of shareholders duly convened will be passed by a simple majority of those present and voting.

The Board of Directors may determine all other conditions that must be fulfilled by shareholders for them to take part in any meeting of shareholders.

Art. 11. Registered Shareholders will meet upon call by the Board of Directors, pursuant to a notice setting forth the agenda, sent at least eight days prior to the meeting to each shareholder at the shareholder's address in the Register of Shareholders.

To the extent required by law, notices shall, in addition, be published in the *Mémorial, Recueil des Sociétés et Associations*, of Luxembourg, in a Luxembourg newspaper, and in such other newspapers as the board of directors may decide.

Art. 12. The Company shall be managed by a Board of Directors composed of not less than three members; members of the Board of Directors need not be shareholders of the Company.

The Directors shall be elected by the shareholders at their Annual General Meeting for a period of not more than six years, and until their successors are elected and qualify, provided, however, that a Director may be removed with or without cause and/or replaced at any time by resolution adopted by the shareholders.

In the event of a vacancy in the office of Director because of death, retirement or otherwise, the remaining Directors may meet and may elect, by majority vote, a Director to fill such a vacancy until the next meeting of shareholders.

Art. 13. The Board of Directors may choose from among its members a chairman and one or more vice-chairmen. It shall also choose a secretary, who need not to be a Director, who shall be responsible for keeping the minutes of the meeting of the Board of Directors and of the shareholders. The Board of Directors shall meet upon call by any two Directors, at the place indicated in the notice of meeting. If a chairman is appointed, he shall preside at all meetings of shareholders and at the Board of Directors, but failing a chairman or in his absence the shareholders or the Board of Directors may appoint any Director as chairman pro tempore by vote of the majority present at any such meeting.

Written notice of any meeting of the Board of Directors shall be given to all Directors at least eight days in advance of the hour set for such meeting, except in circumstances of emergency, in which case the nature of such circumstances shall be set forth in the notice of meeting. This notice may be waived by the consent in writing or by cable or telegram or telex or facsimile of each Director. Separate notice shall not be required for individual meetings held at times and places prescribed in a schedule previously adopted by resolution of the Board of Directors.

Any Director may act at any meeting of the Board of Directors by appointing in writing or by cable or telegram or telex or facsimile another Director as his proxy. Directors may also cast their vote in writing or by cable, telegram or telex or facsimile.

The Directors may only act at duly convened meetings of the Board of Directors. Directors may not bind the Company by their individual acts, except as specifically permitted by resolution of the Board of Directors.

The Board of Directors can deliberate or act validly only if at least two Directors are present or represented at a meeting of the Board of Directors. Decision shall be taken by a majority of the votes of the Directors present or represented at such meeting. In the event that in any meeting the number of votes for and against a resolution shall be equal, the chairman of the meeting shall have a casting vote.

Resolutions of the Board of Directors may also be passed in the form of one or several declarations in writing signed by all the Directors.

The Board of Directors from time to time may appoint the officers of the Company, including a general manager, a secretary, and any assistant general managers, assistant secretaries or other officers considered necessary for the operation and management of the Company. Any such appointment may be revoked at any time by the Board of Directors. Officers need not be Directors or shareholders of the Company. The officers appointed, unless otherwise stipulated in these Articles, shall have the powers and duties given to them by the Board of Directors.

The Board of Directors may delegate its powers to conduct the daily management and affairs of the Company and its powers to carry out acts in furtherance of the corporate policy and purpose, to physical persons or corporate entities which need not to be members of the Board.

Art. 14. The minutes of any meeting of the Board of Directors shall be signed by the chairman pro tempore who presided at such meeting.

Copies or extracts of such minutes which may be produced in judicial proceedings or otherwise shall be signed by such chairman, or by the secretary, or by two Directors.

Art. 15. The Board of Directors shall, based upon the principle of spreading of risks, have power to determine the corporate and investment policy for the investments relating to each Portfolio and the guidelines to follow for the management and business affairs of the Company.

In the determination and implementation of the investment policy the Board may cause the assets of the Company to be invested in:

- i) transferable securities admitted to official listing on a stock exchange in an Eligible State; and/or
- ii) transferable securities dealt in on another regulated market which operates regularly and is recognised and open to the public (a «Regulated Market») in an Eligible State; and/or
- iii) recently issued transferable securities, provided that the terms of issue include an undertaking that application will be made for admission to official listing on a stock exchange or Regulated Market in an Eligible State and such admission is secured within a year of issue.

For this purpose an «Eligible State» shall mean a member State of the Organisation for the Economic Cooperation Development («OECD») and all other countries of Europe, North and South America, Asia, the Pacific Basin and Africa. (all such securities under (i) to (iii) above being hereby defined as «Eligible Transferable Securities»),

Provided that the Company may also invest in transferable securities other than Eligible Transferable Securities or in debt instruments which, because of their characteristics, are treated as equivalent to Eligible Transferable Securities being, inter alia, transferable, liquid and having a value which can be accurately determined on each Valuation Day; provided that the total of such debt instruments and of investments other than Eligible Transferable Securities shall not exceed 10 per cent of the net assets attributable to any Portfolio.

The Company may invest up to a maximum of 35 per cent of the net assets of any Portfolio in transferable securities issued or guaranteed by a member State of the European Community (a «Member State»), its local authorities, by another Eligible State or by public international bodies of which one or more Member States are members.

The Company may further invest up to 100 per cent of the net assets of any Portfolio, in accordance with the principle of risk of spreading, in transferable securities issued or guaranteed by a Member State, by its local authorities or by a member State of the OECD or by public international bodies of which one or more Member States are members, provided the relevant Portfolio holds securities from at least six different issues and securities from one issue do not account for more than 30 per cent of the total net assets of such Portfolio.

The Company may in accordance with the provisions of article 44 of the 1988 Law, invest its assets in the shares of other undertakings for collective investment in transferable securities (a «UCITS») within the meaning of the 1st and 2nd indents of Article 1 (2) of the EEC Directive 85/611 of 20th December, 1985.

In case of a UCITS linked to the Company by common management or control or by a substantial direct or indirect holding or managed by the Investment Manager of the Company («Linked Portfolios»), the UCITS must be one that specialises in investment in a specific geographical area or economic sector and no fees or costs on account of the transactions relating to the units in the UCITS may be charged to the Company.

Art. 16. No contract or other transaction between the Company and any other company or firm shall be affected or invalidated by the fact that any one or more of the Directors or officers of the Company is interested in, or is a Director, associate, officer or employee of such other company or firm. Any Director or officer of the Company who serves as a Director, officer or employee of any company or firm with which the Company shall contract or otherwise engage in business shall not, by reason of such affiliation with such other company or firm be prevented from considering and voting or acting upon any matters with respect to such contract or other business.

In the event that any Director or officer of the Company may have any personal interest in any transaction of the Company, such Director or officer shall make known to the Board of Directors such personal interest and shall not consider or vote on any such transaction, and such Director's or officer's interest therein, shall be reported to the next succeeding meeting of shareholders.

The term «personal interest», as used in the preceding sentence, shall not include any relationship with or interest in any matter, position or transaction involving the investment adviser or any subsidiary thereof, or such other company or entity as may from time to time be determined by the Board of Directors on its discretion.

Art. 17. The Company may indemnify any Director or officer, and his heirs, executors and administrators, against expenses reasonably incurred by him in connection with any action, suit or proceeding to which he may be made a party by reason of his being or having been a Director or officer of the Company or, at its request, of any other company of which the Company is a shareholder or creditor and from which he is not entitled to be indemnified, except in relation to matters as to which he shall be finally adjudged in such action, suit or proceeding to be liable for gross negligence or misconduct; in the event of a settlement, indemnification shall be provided only in connection with such matters covered by the settlement as to which the Company is advised by counsel that the person to be indemnified did not commit such a breach of duty. The foregoing right of indemnification shall not exclude other rights to which he may be entitled.

Art. 18. The Company will be bound by the joint signatures of any two Directors or officers to whom authority has been delegated by the Board of Directors.

Art. 19. To the extent required by the law of March 30th, 1988 regarding collective investment undertakings, the operations of the Company and its financial situation including particularly its books shall be supervised by a qualified «réviseur d'entreprises» who shall be elected by the General Meeting of the Company for a period of three years until his successor is elected.

The «réviseur d'entreprises» in office may be replaced at any time by the General Meeting of the Company with or without cause.

Art. 20. As is more especially prescribed hereinbelow, the Company has the power to redeem its own shares at any time within the sole limitation set forth by law.

Any shareholder may request the redemption of all or part of his shares by the Company. The redemption price shall be paid not later than five bank business days in Luxembourg after the Valuation Day and shall be equal to the net asset

value per share for the relevant Portfolio as determined in accordance with the provisions of Article 22 hereof less such commission as the sale documents may provide. If in exceptional circumstances the liquidity of any particular Portfolio is not sufficient to enable the payment to be made within this period, such payment will be made as soon as reasonably practicable thereafter. For this purpose, the Company may sell some assets of the relevant Portfolio or make temporary borrowings within the limits set out in the prospectus.

In the case of a redemption request in excess of 10 per cent of the Net Asset Value of a Portfolio on any Valuation Day, the Company may decide to defer on a pro rata basis redemption to the next Valuation Day. In case of a deferral of redemption, the relevant Shares shall be redeemed at the Net Asset Value per Share prevailing on the Valuation Day on which the redemption is effected. On such Valuation Day such requests shall be complied with by giving priority to the earliest request.

Any such request must be filed by such shareholder in written form at the registered office of the Company in Luxembourg or with any other person or entity appointed by the Company as its agent for redemption of shares as determined in the prospectus.

Shares redeemed by the Company shall be cancelled.

Any shareholder may request the conversion of whole or part of his shares into shares of another Portfolio or another class at the respective net asset value of the shares of the Portfolio / class, provided that the Board of Directors may impose such restrictions as to, inter alia, frequency of conversion, and may make conversion subject to payment of a conversion fee as set out in the prospectus.

Shareholders are entitled to request the exchange of their bearer shares for registered shares (or vice-versa). The Board of Directors may in its discretion levy a charge on such shareholders as set out in the prospectus.

Art. 21. The Net Asset Value of shares in the Company shall be determined as to the shares of each Portfolio by the Company from time to time, but in no instance less than twice a month, as the Board of Directors by regulation may direct (every such day or time for determination of Net Asset Value being referred to herein as a «Valuation Day»), provided that in any case where any Valuation Day would fall on a day observed as a legal or bank holiday by banks in Luxembourg, such Valuation Day shall then be the next bank business day in Luxembourg.

The Board of Directors of the Company may suspend the calculation of the net asset value of the shares of one or more Portfolio, the issue and the redemption of shares of that Portfolio, as well as the conversion from and into classes of shares in the following cases:

- a) during any period in which one of the main stock exchanges where a substantial portion of the Company's investments in any given Portfolio is quoted, is closed other than for a holiday, or during which the transactions on it are restricted or suspended;
- b) during an emergency when the Company cannot normally dispose of its assets of a given Portfolio or cannot evaluate these correctly;
- c) during any breakdown of the communications network normally used for fixing the price or the value of investments of a given Portfolio or the current market price, or
- d) during any period in which the Company is unable to repatriate Funds for the purpose of making payments on the redemption of shares or during which the transfer of Funds involved in the realisation or acquisition of investments or payments due on redemption of these shares, cannot be effected, in the opinion of the Directors, at a normal rate of exchange.
- e) during any period when, in the opinion of the Board, there exists unusual circumstances which make it impracticable or unfair towards the shareholders to continue dealing with shares of any Portfolio of the Company;
- f) in case of a decision to liquidate the Company, on or after the day of publication of the first notice convening the general meeting of shareholders for this purpose.

Such suspension will be published in the «Luxemburger Wort» or in any other newspaper that the Board of Directors may determine and be notified to the shareholders requesting the purchase, the redemption or the conversion of shares by the Company.

Such suspension concerning one Portfolio will not bear upon the calculation of the net asset value, the issue, redemption or conversion of shares of the other Portfolios.

Art. 22. The Net Asset Value per share of a Portfolio shall be expressed in the currency of the relevant Portfolio. The Net Asset Value per share will be determined by dividing the net assets of the Portfolio by the total number of shares of that Portfolio then outstanding taking into account the allocation of the net assets between classes of shares, if any, and shall be rounded up or down to the nearest whole hundredth with half a hundredth being rounded up.

The valuation of the assets of the different Portfolios shall be made in the following manner:

- A. The assets of the Company shall be deemed to include:
 - a) all cash on hand or on deposit, including any interest accrued thereon;
 - b) all bills and demand notes and accounts receivable (including proceeds of securities sold but not delivered);
 - c) all bonds, time notes, shares, stock, debentures stocks, subscription rights, warrants, options and other investments and securities owned or contracted for by the Company;
 - d) all stock, stock dividends and cash distributions receivable by the Company to the extent information thereon is reasonably available to the Company (provided that the Company may make adjustments with regard to fluctuations in the market value of securities caused by trading ex-dividends, ex-rights or by similar practices);
 - e) all interests accrued on any interest-bearing securities owned by the Company except to the extent that the same is included or reflected in the principal amount of such security;
 - f) the preliminary expenses of the Company insofar as the same have not been written off, provided that such preliminary expenses may be written off directly from the capital of the Company, and
 - g) all other assets of every kind and nature, including prepaid expenses.

The valuation of the assets of the different Portfolios is determined as follows:

1. The value of cash and deposits, drafts and bills payable on demand, receivables, expenditure paid in advance, dividends and interest announced or due but not yet received, is constituted by the nominal value of those assets, unless it appears unlikely that this value can be realised; in that case the value is determined by subtracting an amount deemed to be appropriate by the SICAV to reflect the real value of those assets.

2. The valuation of any security traded or listed on a stock exchange is made on the basis of the last known price unless such price is not representative.

3. The valuation of any security traded on another regulated market is made on the basis of the last available price.

4. Where securities held in the portfolio on the Valuation Day are not traded or listed on a stock exchange or another regulated market, or where the price determined pursuant to sub-paragraphs (2) or (3) above in respect of securities listed or traded on a stock exchange or another regulated market are not representative of the real value of those securities, such securities are valued on the basis of the probable value of sale estimated with prudence and in good faith.

5. Options, financial futures and interest rate swap contracts are valued at the last known price on the stock exchange or regulated markets concerned.

Where, as a result of special circumstances, a valuation on the basis of the aforesaid rules becomes impracticable or inaccurate, other generally accepted and verifiable valuation criteria are applied in order to obtain an equitable valuation. Any assets which are not expressed in the currency of the Portfolio to which they belong will be converted into the currency of this Portfolio at the exchange rate prevailing on the bank business day concerned.

B. The liabilities of the Company shall be deemed to include:

a) loans, bills and accounts payable;

b) all accrued or payable administrative expenses (please refer to article 24 hereafter);

c) all known liabilities, present and future, including all matured contractual obligations for payments of money or property, including the amount of any unpaid dividends declared by the Company where the Valuation Day falls on the record date for determination of the person entitled thereto or is subsequent thereto;

d) an appropriate provision for future taxes based on capital and income to the Valuation Day, as determined from time to time by the Company, and other reserves if any authorised and approved by the Board of Directors and

e) all other liabilities of the Company of whatsoever kind and nature except liabilities represented by shares in the Company. In determining the amount of such liabilities the Board of Directors may calculate administrative and other expenses of a regular or recurring nature on an estimated figure for yearly or other periods in advance, and may accrue the same in equal proportions over any such period.

C. The Directors shall establish a portfolio of assets for each Portfolio in the following manner:

a) the proceeds from the issue of each class or sub-class shall be applied in the books of the Company to the portfolio of assets established for that class or sub-class, and the assets and liabilities and income and expenditure attributable thereto shall be applied to such class or sub-class subject to the provisions of this article;

b) where any asset is derived from another asset, such derivative asset shall be applied in the books of the Company to the same portfolio as the assets from which it was derived and on each re-valuation of an asset, the increase or diminution in value shall be applied to the relevant portfolio;

c) where the Company incurs a liability which relates to any asset of a particular portfolio or to any action taken in connection with an asset of a particular portfolio, such liability shall be allocated to the relevant portfolio;

d) in the case where any asset or liability of the Company cannot be considered as being attributable to a particular Portfolio, such asset or liability shall be allocated to all the Portfolios pro rata to the net asset values of each Portfolio;

f) upon the payment of dividends to the holders of any class or sub-class, the Net Asset Value of such class or sub-class shall be reduced by the amount of such dividends.

g) if there have been created within a Portfolio, as provided in Article five, classes or sub-classes, the allocations rules set forth above shall be applicable mutatis mutandis to such classes or sub-classes.

D. For the purposes of this Article:

a) shares of the Company to be redeemed under Article 20 hereof shall be treated as existing and taken into account until immediately after the close of business on the Valuation Day referred to Article 21, and from such time and until paid the price therefore shall be deemed to be a liability of the Company;

b) all investments, cash balances and other assets of the Company expressed in currencies other than the currency of the relevant class shall be valued after taking into account the market rate or rates of exchange in force at the date and time for determination of the net asset value of shares and

c) effect shall be given on any Valuation Day to any acquisitions or sales of securities contracted for by the Company on such Valuation Day, to the extent practicable.

Art. 23. Whenever the Company shall offer shares for subscription, the price per share at which such shares shall be offered and sold, shall be the Net Asset Value as hereinabove defined for the relevant class of shares or Portfolio plus such commission as the sale documents may provide, such price to be rounded to the nearest whole hundredth of the currency in which the net asset value of the relevant Portfolio/class is calculated. Any remuneration to agents in the placing of the shares shall be paid out of such commission. The price so determined shall be payable not later than five Luxembourg business days after the relevant Valuation Day.

The Subscription Price (exclusive of any initial charge which may be made from time to time) may, upon approval of the Board, and subject to all applicable laws, namely with respect to a special audit report confirming the value of any assets contributed in kind, be paid by contributing to the Company securities acceptable to the Board consistent with the investment policy and investment restrictions of the Company.

Art. 24. The following costs will be charged to the Company :

- the Directors' fees;

- the investment adviser fees;
- all taxes which may be due on the assets and the income of the Company;
- usual banking fees due on the transactions with respect to the securities held in the portfolio of the Company (such fees to be included in the acquisition price and to be deducted from the selling price);
- the remuneration of the Custodian, Domiciliary, Administrative and Registrar and Transfer Agent;
- legal expenses that may be incurred by the Company or the Custodian while acting in the interest of the shareholder;
- the cost of preparing and/or filing of any documents concerning the Company, including registration statements and prospectuses and explanatory memoranda with all authorities having jurisdiction over the Company or the offering of shares of the Company, the cost of preparing and distributing in such languages as are required for the benefit of the shareholders, annual, semi-annual reports and such other reports or documents as may be required under the applicable laws or regulations of the above-cited authorities; the cost of accounting, bookkeeping and of net asset value calculation; the cost of preparing and distributing public notices to the shareholders; the lawyers' and auditors' fees and all similar administrative charges as well as the listing fees.

All recurring charges will be charged first against current income, then against capital gains, then against assets.

The costs and expenses incurred in connection with the formation of the Company and the issue of shares referred to herein, including those incurred in the preparation and publication of the Prospectus, all legal and printing costs, certain launch expenses (including advertising costs) and preliminary expenses will be borne by the Company, and amortised over the first five years on a straight line basis.

Art. 25. The accounting year of the Company shall begin on the 1st of January and shall terminate on the 31st of December, except for the first year that will start on the day of incorporation and end the 31st December 2002. The accounts of the Company shall be expressed in EUR. Where there shall be different Portfolios as provided for in Article 5 hereof, and if the accounts within such Portfolios are expressed in different currencies, such accounts shall be converted into EUR and added together for the purpose of the determination of the accounts of the Company.

Art. 26. A distribution of dividends could be made for any amounts provided that after distribution the net asset value of the Company exceeds the minimum capital of one million two hundred forty thousand Euro (1,240,000.- EUR). However the nature or the distribution (capital or revenue) must be disclosed.

On the recommendation of the Board of Directors, the Annual General Meeting of the Company will determine each year which part of the result of any Portfolio of the Company - including the net investment incomes and any realised and unrealised capital gains (after deduction of realised and unrealised capital losses) - may be distributed to the holders of distribution shares, if any.

The part of the result which is attributable to the capitalisation shares remains invested in the Company and is added to that part of net assets that is attributable to the capitalisation shares.

The dividends declared may be paid in the currency of the concerned Portfolio or any other currency selected by the Board of Directors, and may be paid at such places and times as may be determined by the Board of Directors. The Board of Directors may make a final determination of the rate of exchange applicable to translate dividend Funds into the currency of their payment.

The Board of Directors is allowed to decide the payment of intermediary dividends

Art. 27. In case of liquidation of the Company, the liquidation procedure shall occur in accordance with the provisions of the Law of 30th March 1988 on «Undertakings for Collective Investments».

The Company can be dissolved:

- 1) By decision of the General Meeting of Shareholders acting as if to amend the Articles of Association.
- 2) If the share capital of the Company is less than two thirds of the minimum capital. The Directors must submit the question of its dissolution to the General Meeting, deliberating without condition of presence and deciding by a simple majority of the shares represented at the meeting.
- 3) If the share capital of the Company is less than a quarter of the minimum capital. The dissolution can be pronounced by the shareholders owning a quarter of the shares represented at the meeting.

The notice convening the meeting must be given in such a way that the meeting is held within a period of 40 days following the date on which it is established that the net assets have fallen to respectively two thirds or a quarter of the minimum capital.

Should the Company be voluntarily liquidated, its liquidation will be carried out in accordance with the provisions of the Luxembourg law of 30th March, 1988 on «Undertakings for Collective Investments» which specifies the steps to be taken to enable shareholders to participate in the liquidation distribution(s) and in that connection provides for deposit in escrow at the «Caisse des Consignations» of any such amounts as have not promptly been claimed by any shareholders.

The decisions of the General Meeting pronouncing the liquidation of the Company will be published in the «Mémorial» and in the «Luxemburger Wort»

In the event of a dissolution of the Company, liquidation shall be carried out by one or several liquidators (who may be physical persons or legal entities) named by the meeting of shareholders effecting such dissolution and which shall determine their powers and their compensation.

A class or sub-class may be dissolved by compulsory redemption of shares of the class or sub-class concerned, upon

- a) a decision of the board of directors of the Company if the net assets of the class or sub-class concerned have decreased below one million two hundred forty thousand Euros (1,240,000.- EUR) or the equivalent in an other currency, or
- b) the decision of a meeting of holders of shares of the relevant class or sub-class. There shall be no quorum requirement and decisions may be taken by a simple majority of the shares of the class or sub-class concerned.

In such event the shareholders concerned will be advised and the Net Asset Value of the shares of the relevant class or sub-class shall be paid on the date of the compulsory redemption. Such class meeting may also decide that assets attributable to the class or sub-class concerned will be distributed on a prorata basis to the holders of shares of the relevant class(es) or sub-class(es) which have expressed the wish to receive such assets in kind.

A meeting of holders of shares of a class or sub-class may decide to amalgamate such class or sub-class with another existing class or sub-class or to contribute the assets (and liabilities) of the class or sub-class to another undertaking for collective investment against issue of shares of such undertaking for collective investments to be distributed to the holders of shares of such class or sub-class. The decision shall be published upon the initiative of the Company. The publication shall contain information about the new class or sub-class or the relevant undertaking for collective investments and shall be made a month prior to the amalgamation in order to provide a possibility for the holders of such shares to require redemption, without payment of any redemption fee, prior to the implementation of the transaction. For meetings which decide on the amalgamation of different classes or sub-classes within the Company, or the contribution of assets and liabilities of a class or sub-class to another undertaking for collective investment, there shall be no quorum requirement and decisions may be taken by a simple majority of the shares of the classes or sub-classes concerned. In case of an amalgamation with an unincorporated mutual Fund (fonds commun de placement) or a foreign collective investment undertaking, decisions of the meeting of the classes or sub-classes concerned shall be binding only for holders of shares that have voted in favour of such amalgamation.

If following a compulsory redemption of all shares of one or more classes payment of the redemption proceeds cannot be made to a former shareholder during a period of six months, then the amount in question shall be deposited with the Caisse des Consignations for the benefit of the person(s) entitled thereto until the expiry of the period of limitation.

Art. 28. These Articles of Association may be amended from time to time by a meeting of shareholders, subject to the quorum and majority requirements provided by laws of Luxembourg. Any amendment affecting the rights of the holders of shares of any Portfolio vis-à-vis those of any other Portfolio shall be subject to the said quorum and majority requirements in respect of each such relevant Portfolio.

Art. 29. All matters not governed by these Articles of Association shall be determined in accordance with the law of August 10th, 1915 on commercial companies and amendments thereto and the law 30th March, 1988 relating to Undertakings for Collective Investment.

Subscription and payment

The corporate capital of thirty-five thousand Euro (35,000.- EUR) was subscribed as follows:

- 1) TRANS FIDUCIAIRE S.A., prenamed, subscribed to three hundred forty-nine (349) shares of STAR FUND and paid them up entirely in cash.
- 2) Mr Benoit Andrienne, prenamed, subscribed to one (1) share of STAR FUND and paid it up entirely in cash.

Evidence of the above payments, totalling thirty-five thousand Euro (35,000.- EUR) was given to the undersigned notary, who expressly states this.

Expenses

The expenses which shall be borne by the Fund as a result of its organisation are estimated at approximately six thousand two hundred euros.

General Meeting of Shareholders

The above named persons representing the entire subscribed capital and considering themselves as validly convened, have immediately proceeded to hold a General Meeting of Shareholders which resolved as follows:

- 1) The following persons are elected as Directors:

- Mr Mariangelo Bossone, Vice President, TRANS FIDUCIAIRE S.A., Lugano, Via pretorio, 13, CH-6900 Lugano;
- Mr Christian Kuhne, Senior Manager, TRANS FIDUCIAIRE S.A., Lugano, Via pretorio, 13, CH-6900 Lugano;
- Mr Gigi Martinoli, Managing Director, FIDUCIARIA GIARDINI S.p.A, Milano C.so Europa 13, I-20122 Milano;
- Mr Serge D'Orazio, Fondé de Pouvoir Principal, KREDIETBANK S.A. LUXEMBOURGEOISE, Luxembourg, boulevard Royal 43, L-2960 Luxembourg;
- Mr André Schmit, Premier Fondé de Pouvoir, KREDIETBANK S.A. LUXEMBOURGEOISE, Luxembourg, boulevard Royal 43, L-2960 Luxembourg;
- Mr Jean-André Stammel, Premier Fondé de Pouvoir, KREDIETBANK S.A. LUXEMBOURGEOISE, Luxembourg, boulevard Royal 43, L-2960 Luxembourg;

Mr Serge D'Orazio, prenamed, has been appointed first Chairman of the Board of Directors.

Their mandate will end at the issue of the Annual General Meeting in 2003.

- 2) The following have been appointed as Auditor to the Fund:

PricewaterhouseCoopers, established and having its registered office at Espace Ariane, 400, route d'Esch, L-1471 Luxembourg.

Its mandate will end at the issue of the Annual General Meeting in 2003.

- 3) The Fund's registered office address is located at L-1118 Luxembourg, 11, rue Aldringen.

The undersigned notary, who understands and speaks English, herewith states that at the request of the first above named persons, this deed is written in English followed by a French translation; at the request of the said persons, in case of divergences between the English and the French text, the English version will prevail.

Whereof this notarial deed was drawn up in Luxembourg on the date named at the beginning of this Deed.

This Deed having been read to the said persons, all of whom are known to the notary by their surnames, first names, civil status and residences, the said persons appearing before the Notary signed together with the Notary, this original deed.

Suit la version française du texte qui précède:

L'an deux mille deux, le trente janvier.

Par-devant nous, Maître Jean-Joseph Wagner, notaire résidant à Sanem (Grand-Duché de Luxembourg).

Ont comparu:

1) TRANS FIDUCIAIRE S.A., une société constituée sous le droit suisse, établie et ayant son siège social à CH-6900 Lugano, Via pretorio, 13,

ici représentée par Monsieur Benoit Andrienne, ci-après dénommé, agissant en vertu d'une procuration lui délivrée par

- Monsieur Christian Kuhne, Senior Manager, TRANS FIDUCIAIRE S.A., CH-6900 Lugano, Via pretorio, 13;

- Monsieur Mariangelo Bossoni, Vice Président, TRANS FIDUCIAIRE S.A., CH-6900 Lugano, Via pretorio, 13;

les deux habilités à engager valablement la société TRANS FIDUCIAIRE S.A. par leur signature conjointe;

Ladite procuration restera annexée au présent acte.

2) Monsieur Benoit Andrienne, employé privé, demeurant à 42, rue de la Source, B-6782 Guelff.

Lesquels comparants, agissant ès-qualités, ont requis le notaire instrumentant d'arrêter les statuts (les «Statuts») d'une société qu'ils déclarent constituer entre eux comme suit:

Art. 1^{er}. Il est constitué, entre les souscripteurs et toute personne qui pourra en détenir des actions, une Société sous la forme juridique d'une «Société d'investissement à capital variable», dénommée STAR FUND («la Société »).

Art. 2. La Société est constituée pour une durée illimitée à compter de la date des présents Statuts. Elle peut être dissoute moyennant une résolution de l'Assemblée générale des actionnaires adoptée selon le mode requis pour l'amendement des présents Statuts, ainsi que le prévoient les dispositions de l'Article 27 ci-après.

Art. 3. L'objet unique de la Société est de placer les fonds dont elle dispose dans des valeurs mobilières et dans d'autres actifs autorisés par la loi dans le but de répartir les risques d'investissement et de faire bénéficier ses actionnaires des résultats de la gestion de son compartiment.

La Société peut prendre toute mesure et effectuer toute opération qu'elle jugera utiles à la réalisation et à l'accomplissement de son objet, dans les limites prévues par la loi du 30 mars 1988 concernant les organismes de placement collectif.

Art. 4. Le siège social de la Société est établi à Luxembourg-Ville, au Grand-Duché de Luxembourg. Des succursales ou bureaux peuvent être établis tant au Luxembourg qu'à l'étranger par simple résolution du Conseil d'administration.

Au cas où le Conseil d'administration jugerait que des événements politiques, économiques ou sociaux exceptionnels sont survenus dans le pays où est établi le siège social, ou qu'ils sont imminents et de nature à interférer avec les activités normales de la Société ou à entraver les communications entre le siège social et les correspondants de la Société à l'étranger, le siège social pourra être temporairement déplacé à l'étranger jusqu'à la cessation complète de cette situation anormale. Ces mesures temporaires n'auront aucun effet sur la nationalité de la Société qui, nonobstant le transfert temporaire de son siège social, restera une Société de droit luxembourgeois.

Art. 5. Le capital de la Société sera représenté par des actions sans valeur nominale et sera en permanence équivalent au total des actifs nets de tous les compartiments de la Société, comme le prévoit l'Article 22 des présents Statuts.

À la date de constitution de la Société, le capital initial s'élève à trente-cinq mille Euros (35.000,- EUR) représenté par trois cent cinquante (350) actions du compartiment STAR FUND - GLOBAL INVESTMENT sans valeur nominale.

Le capital minimum de la Société s'élève à un million deux cent quarante mille Euros (1.240.000,- EUR), montant qui devra être atteint dans les six mois suivant la constitution de la Société.

La Société constitue une seule entité légale.

Chaque compartiment d'actions sera considéré comme une entité distincte dans les relations avec les actionnaires.

Le Conseil d'administration est autorisé, sans restriction aucune et à tout moment, à émettre conformément à l'Article 23 des présents Statuts des actions entièrement libérées à la valeur nette d'inventaire respective par action, déterminée conformément aux prescriptions de l'Article 21 ci-après, sans réserver aux actionnaires existants un droit de préférence à la souscription des actions à émettre. Le Conseil d'administration peut déléguer à tout Administrateur dûment habilité ou à tout responsable de la Société ou à toute autre personne dûment habilitée, la charge d'accepter les souscriptions en vue de livrer ces nouvelles actions et d'en recevoir le paiement.

Ces actions peuvent, suivant ce que le Conseil d'administration décidera, appartenir à des compartiments différents, et le produit de l'émission de chaque compartiment d'actions sera investi, conformément à l'Article 3 des présents Statuts, en valeurs mobilières ou autres actifs correspondant à des zones géographiques, des secteurs industriels ou des zones monétaires, ou dans des types spécifiques d'actions ou titres d'emprunt, selon ce que le Conseil d'administration décidera le cas échéant pour chaque compartiment.

Le Conseil d'administration est autorisé à créer au sein de chaque compartiment différentes classes d'actions et/ou sous-classes d'actions (subdivisions de classes) se caractérisant par leur propre politique en matière de distribution de dividendes (actions de distribution, actions de capitalisation), leur propre devise de référence et structure de commission et/ou toute autre particularité que déterminera le Conseil d'administration.

Aux fins de déterminer le montant du capital de la Société, les actifs nets attribuables à chaque compartiment devront, s'ils ne sont pas exprimés en EUR, être convertis en EUR et le capital sera égal au total des actifs nets de tous les compartiments.

Art. 6. Les actions à émettre seront soit nominatives, soit au porteur. Des certificats pourront être émis. Les actions nominatives peuvent être émises sous forme de fractions d'actions. Ces fractions d'actions représenteront une part des actifs nets et donneront proportionnellement droit au dividende mis en paiement par la Société et au produit de la liquidation du compartiment. Il n'est pas conféré de droits de vote aux fractions d'actions.

Pour ce qui est des actions nominatives, et à moins qu'il ne désire obtenir un certificat d'actions, l'actionnaire recevra une confirmation de sa participation au lieu d'un certificat d'actions.

En ce qui concerne les actions nominatives, le paiement des dividendes s'effectuera en faveur des détenteurs d'actions à l'adresse mentionnée dans le Registre des actionnaires et, pour ce qui est des actions au porteur, sur présentation du coupon de dividende approprié à l'agent ou aux agents désignés par la Société à cet effet.

Si l'émission d'actions au porteur est prévue, des certificats seront émis en coupures comme le décidera le Conseil. Si le titulaire d'actions au porteur demande l'échange de ses certificats contre des certificats de coupures différentes, des frais lui seront portés en compte. Si un titulaire d'actions nominatives désire que soient émis plus d'un certificat pour ses actions, le coût de ces certificats complémentaires pourra être imputé à ce titulaire. Les certificats d'actions seront signés par deux administrateurs. Ces signatures pourront être manuscrites, imprimées ou apposées par fac-similé. Toutefois, l'une de ces deux signatures peut être celle d'une personne désignée à cet effet par le Conseil d'administration. Dans ce dernier cas, la signature sera manuelle. La Société pourra émettre des certificats d'actions provisoires dans les formes qui seront déterminées par le Conseil.

Les actions ne seront émises qu'après acceptation de la souscription et sous réserve du paiement du prix d'émission. Le souscripteur se verra adresser sans délai, après l'émission des actions et la réception du prix d'achat, un titre représentatif des actions qu'il a achetées et, à sa demande, obtiendra la livraison des certificats d'actions définitifs au porteur ou nominatifs.

Toutes les actions émises par la Société, autres que des actions au porteur, seront inscrites au Registre des actionnaires, qui sera conservé par la Société ou par une ou plusieurs personnes que la Société désignera à cette fin; ledit Registre contiendra le nom de chaque détenteur d'actions nominatives, son lieu de résidence ou son domicile élu, le nom du compartiment concerné, le nombre d'actions qu'il détient et le montant payé pour chacune de ces actions. Tout transfert ou transmission d'actions nominatives sera inscrit au Registre des actionnaires.

Le transfert d'actions au porteur se fera par la délivrance du certificat d'actions au porteur y afférent. Le transfert d'actions nominatives se fera a) si des certificats d'actions ont été émis, moyennant la livraison du ou des certificats représentant ces actions à la Société, accompagné(s) des autres instruments de transfert jugés opportuns par la Société et b) si aucun certificat n'a été émis, par une déclaration écrite portée au Registre des actionnaires, datée et signée par le cédant et le cessionnaire, ou par des personnes dûment mandatées à cet effet.

Chaque titulaire d'actions nominatives doit fournir à la Société une adresse à laquelle toutes les notifications et annonces émanant de la Société pourront être envoyées. Ladite adresse sera inscrite au Registre des actionnaires.

Au cas où un actionnaire ne communiquerait pas son adresse, la Société pourra autoriser l'inscription au Registre des actionnaires d'une mention à cet effet, et l'adresse de l'actionnaire sera réputée être celle du siège social de la Société, ou toute autre adresse qui sera enregistrée de la sorte par la Société, jusqu'à ce qu'une autre adresse soit communiquée à la Société par ledit actionnaire. L'actionnaire peut, à tout moment, faire changer son adresse inscrite au Registre des actionnaires par notification écrite adressée à la Société à son siège social, ou, le cas échéant, à toute autre adresse fixée par la Société.

Des actions pourront être émises moyennant l'acceptation de la souscription.

Art. 7. Le Conseil d'administration est autorisé à imposer les restrictions qu'il jugera nécessaires dans le but de garantir qu'aucune action de la Société ne soit acquise ou détenue par (a) une personne en infraction avec la loi ou la réglementation d'un pays ou gouvernement, ou par (b) une personne étant dans une situation telle qu'elle pourrait, de l'avis du Conseil d'administration, occasionner à la Société des obligations en matière de fiscalité ou lui faire subir d'autres désavantages pécuniaires que, sinon, la Société n'aurait pas à supporter.

Art. 8. Toute Assemblée générale des actionnaires de la Société régulièrement constituée représentera l'ensemble des actionnaires de la Société si les décisions à prendre intéressent l'ensemble des actionnaires. Ses résolutions engageront irrévocablement tous les actionnaires de la Société, quelle que soit la classe dont font partie les actions qu'ils détiennent. Elle aura les pouvoirs les plus étendus pour ordonner, exécuter ou ratifier les actes relatifs aux opérations de la Société. Toutefois, si les décisions ne concernent que les droits spécifiques des actionnaires d'un compartiment, ces décisions doivent être prises par une Assemblée générale représentant les actionnaires de ce compartiment.

Art. 9. Conformément aux lois en vigueur au Luxembourg, l'Assemblée générale annuelle des actionnaires aura lieu au Luxembourg au siège social de la Société, ou en tout autre lieu du Luxembourg ainsi qu'il sera spécifié dans la convocation à l'Assemblée, le quinze mai de chaque année à 10.00 heures, et pour la première fois en 2003. Si ce jour n'est pas un jour ouvrable bancaire au Luxembourg, l'Assemblée générale annuelle aura lieu le premier jour ouvrable bancaire suivant. L'Assemblée générale annuelle pourra avoir lieu à l'étranger si, selon un avis formel et définitif du Conseil d'administration, des circonstances exceptionnelles l'exigent.

D'autres Assemblées des actionnaires pourront avoir lieu à l'heure et à l'endroit spécifiés dans les convocations respectives à l'Assemblée.

Art. 10. Le quorum et les délais prévus par la loi régiront la convocation et le déroulement des Assemblées des actionnaires de la Société, sauf disposition contraire des présents Statuts.

Chaque action entière, quel que soit le compartiment et la classe d'actions, et quelle que soit la valeur nette d'inventaire par action, donne droit à une voix. Tout actionnaire pourra prendre part aux Assemblées des actionnaires en désignant par écrit une autre personne comme son mandataire par lettre, câble, télégramme, télex ou télécopieur.

Sauf disposition contraire de la loi ou des présents Statuts, les résolutions d'une Assemblée des actionnaires dûment convoquée seront prises à la majorité simple des voix des actionnaires présents et participant au vote.

Le Conseil d'administration peut fixer d'autres conditions que les actionnaires devront remplir pour pouvoir participer à l'Assemblée des actionnaires.

Art. 11. Les titulaires d'actions nominatives se réuniront sur convocation du Conseil d'administration. La convocation spécifiera l'ordre du jour de l'Assemblée et sera expédiée au moins huit jours avant l'Assemblée à chaque titulaire d'actions nominatives à son adresse telle qu'elle figure au Registre des actionnaires.

Conformément à la loi, les convocations seront, en outre, publiées dans le Mémorial, Recueil des Sociétés et Associations, de Luxembourg, dans un journal luxembourgeois et dans d'autres journaux laissés à l'appréciation du Conseil.

Art. 12. La Société sera administrée par un Conseil d'administration composé d'au moins trois membres; les membres du Conseil d'administration ne doivent pas nécessairement être actionnaires de la Société.

Les Administrateurs seront élus par les actionnaires lors de l'Assemblée générale annuelle des actionnaires pour une période de six ans au plus, jusqu'à ce que leurs successeurs soient élus et nommés, étant entendu, toutefois, qu'un Administrateur pourra être révoqué avec ou sans motif et/ou remplacé à tout moment aux termes d'une résolution adoptée par les actionnaires.

Au cas où un poste d'administrateur deviendrait vacant pour cause de décès, de départ à la retraite ou de tout autre motif, les administrateurs restants peuvent se réunir et élire un administrateur à la majorité des voix, afin de pourvoir ce poste vacant jusqu'à la prochaine Assemblée des actionnaires.

Art. 13. Le Conseil d'administration peut choisir parmi ses membres un Président et un ou plusieurs vice-présidents. Le Conseil désignera également un secrétaire, qui ne doit pas nécessairement être un administrateur et qui sera chargé de dresser les procès-verbaux de la réunion du Conseil d'administration et de l'Assemblée des actionnaires. Le Conseil d'administration se réunira sur convocation de deux administrateurs, au lieu indiqué dans la convocation à la réunion. Si un président est désigné, il présidera toutes les Assemblées d'actionnaires et réunions du Conseil d'administration. S'il n'a pas été désigné, ou en son absence, les actionnaires ou le Conseil d'administration peuvent désigner un autre administrateur comme président à titre temporaire par un vote pris à la majorité des voix des administrateurs présents à cette Assemblée.

Une convocation écrite aux réunions du Conseil sera adressée à tous les administrateurs au moins huit jours avant la date prévue pour la réunion, sauf s'il y a urgence, auquel cas la nature de ces circonstances sera indiquée dans la convocation à la réunion. On peut passer outre à cette convocation moyennant un accord écrit ou expédié par câble, télégramme, télex ou télécopieur de chaque administrateur. Il n'est pas nécessaire d'envoyer une convocation distincte pour chacune des réunions tenues aux heures et lieux précisés s'il existe à ce sujet un calendrier adopté préalablement suite à une résolution du Conseil d'administration.

Tout administrateur peut participer aux réunions du Conseil d'administration en déléguant un autre administrateur, auquel il aura donné procuration écrite ou expédiée par câble, télégramme, télex ou télécopieur. Les administrateurs peuvent également voter par écrit ou par câble, télégramme, télex ou télécopieur.

Les administrateurs ne peuvent exercer leurs droits que dans le cadre de réunions, dûment convoquées, du Conseil d'administration. Les administrateurs ne peuvent engager la Société en agissant individuellement, sauf disposition expressément prévue aux termes d'une résolution du Conseil d'administration.

Le Conseil d'administration ne peut délibérer ou agir valablement que si deux Administrateurs au moins sont présents ou représentés à une réunion du Conseil d'administration. Les décisions seront prises à la majorité des voix des Administrateurs présents ou représentés à cette réunion. Au cas où, lors d'une réunion, il y a partage des voix pour ou contre une résolution, le Président de la réunion disposera d'une voix prépondérante.

Les résolutions du Conseil d'administration peuvent aussi être prises sous forme d'une ou plusieurs déclarations écrites signées par tous les Administrateurs.

Le Conseil d'administration peut, le cas échéant, nommer des responsables de la Société, y compris un directeur général, un secrétaire, des directeurs généraux adjoints, des secrétaires adjoints ou autres responsables qu'il considère nécessaires au fonctionnement et à la gestion de la Société. Une nomination peut être révoquée à tout moment par le Conseil d'administration. Lesdits responsables ne doivent pas nécessairement être des Administrateurs ou des actionnaires de la Société. Les pouvoirs et obligations des responsables désignés seront attribués par le Conseil d'administration, sauf disposition contraire des présents Statuts.

Le Conseil d'administration peut déléguer ses pouvoirs de gestion journalière de la Société et ses pouvoirs d'exécuter tout acte visant à la mise en oeuvre de la politique de la Société et à la réalisation de ses objectifs, à des personnes physiques ou morales qui ne doivent pas nécessairement être membres du Conseil d'administration.

Art. 14. Les procès-verbaux des réunions du Conseil d'administration seront signés par le Président à titre temporaire qui aura présidé la réunion.

Les copies ou extraits des procès-verbaux qui pourraient être produits dans le cadre d'une instance judiciaire ou autre seront signés par le Président, ou par le secrétaire, ou par deux administrateurs.

Art. 15. Le Conseil d'administration aura le pouvoir de déterminer, sur la base du principe de la répartition des risques, la politique générale et d'investissement de la Société pour les investissements relatifs à chaque compartiment d'actions, ainsi que les orientations à suivre pour la gestion et les affaires de la Société.

En vue de déterminer et de mettre en oeuvre la politique d'investissement, le Conseil peut décider que les actifs de la Société soient investis en:

iv) valeurs mobilières admises à la cote officielle d'une Bourse de valeurs dans un Etat pris en considération à cette fin et/ou

v) valeurs mobilières traitées sur un autre marché réglementé en fonctionnement régulier, reconnu et ouvert au public (un «Marché réglementé») dans un Etat pris en considération à cette fin et/ou

vi) valeurs mobilières nouvellement émises, sous réserve que les conditions d'émission prévoient la demande d'admission à la cote officielle d'une Bourse de valeurs ou à un autre marché réglementé dans un Etat pris en considération à cet effet, et que cette admission soit obtenue au plus tard dans le délai d'un an suivant l'émission.

A cette fin, un «Etat pris en considération» désignera un pays membre de l'Organisation pour la Coopération et le Développement Economique («OCDE») et tous les autres pays d'Europe, d'Amérique du Nord, d'Amérique du Sud, d'Asie, du Bassin Pacifique et de l'Afrique.

(toutes les valeurs mobilières dont question aux points (i) à (iii) ci-dessus étant définies comme étant des «Valeurs Mobilières prises en considération»),

Etant entendu que la Société peut, en outre, investir dans des valeurs mobilières autres que des Valeurs Mobilières prises en considération ou dans des titres de créance étant assimilables, en raison de leurs caractéristiques, aux valeurs mobilières, et qui sont notamment transférables, liquides et d'une valeur susceptible d'être déterminée avec précision chaque Jour d'Évaluation, sous réserve que ces titres de créance et les investissements autres que les Valeurs Mobilières prises en considération ne peuvent, en tout état de cause, dépasser conjointement 10 pour cent des actifs nets attribuables à un compartiment quelconque.

La Société peut investir jusqu'à 35 pour cent au maximum des actifs nets d'un compartiment en des valeurs mobilières émises ou garanties par un Etat membre de la Communauté Européenne (un «Etat membre»), ses collectivités publiques territoriales, un autre Etat pris en considération ou par des organismes internationaux public dont un ou plusieurs Etats membres font partie.

La Société peut, en outre, investir jusqu'à 100 pour cent des actifs nets d'un compartiment, conformément au principe de la répartition des risques, en des valeurs mobilières émises ou garanties par un Etat membre, ses collectivités publiques territoriales ou par un Etat membre de l'OCDE ou par des organisations internationales de droit public dont un ou plusieurs Etats membres font partie, sous réserve que le compartiment en question comporte des valeurs d'au moins six émissions différentes et que les valeurs d'une même émission ne comptent pas pour plus de 30 pour cent du montant des actifs nets de ce compartiment.

La Société peut, en conformité avec les dispositions de l'article 44 de la Loi de 1988, investir ses actifs dans des actions émises par d'autres organismes de placement collectif en valeurs mobilières («OPCVM») au sens des paragraphes 1 et 2 de l'article 1 (2) de la Directive CEE 85/611 du 20 décembre 1985.

Dans le cas d'un OPCVM lié à la Société dans le cadre d'une communauté de gestion ou de contrôle ou par une importante participation directe ou indirecte ou géré par le Conseiller en investissement de la Société (des «compartiments liés»), l'OPCVM devra être spécialisé, conformément à ses règlements, dans l'investissement dans un secteur géographique ou économique particulier, et aucun droit ni aucune charge ne pourront être imputés à la Société pour les opérations portant sur les parts de l'OPCVM.

Art. 16. Aucun contrat ou autre transaction entre la Société et toute autre société ou entreprise ne sera affecté ou invalidé du fait qu'un ou plusieurs administrateurs ou responsables de la Société ont des intérêts dans cette autre Société ou entreprise, ou sont administrateurs, associés, responsables ou employés de cette autre société ou entreprise. Un administrateur ou responsable de la Société ayant des fonctions d'administrateur, de responsable ou d'employé au sein de toute société ou entreprise avec laquelle la Société conclura un contrat ou autre engagement commercial ne pourra, au motif qu'il a des liens avec cette autre société ou entreprise, être empêché d'examiner toute question en rapport avec ledit contrat ou autre engagement, ni de voter ou d'agir à ce sujet.

Au cas où un administrateur ou un responsable de la Société aurait un quelconque intérêt personnel dans une transaction de la Société, ledit administrateur ou responsable portera cet intérêt personnel à la connaissance du Conseil d'administration et n'examinera cette transaction ni ne votera à ce sujet, et l'affaire dans laquelle cet administrateur, responsable ou cadre supérieur a un intérêt sera reportée à l'Assemblée des actionnaires suivante.

Le terme «intérêt personnel», tel qu'il est utilisé dans la phrase précédente, s'entend à l'exclusion de toute relation avec, ou de tout intérêt dans une affaire, position ou transaction impliquant la Société opérant en tant que conseiller en investissements ou toute filiale de celle-ci, ou toute autre société ou entité, ainsi que le Conseil d'administration en décidera, le cas échéant, à sa discrétion.

Art. 17. La Société pourra indemniser un administrateur ou responsable, ses héritiers, exécuteurs testamentaires et curateurs, des dépenses raisonnablement occasionnées dans le cadre de toute action, procès ou procédure auxquels il pourrait être partie en sa qualité, présente ou passée, d'administrateur ou de responsable de la Société ou pour avoir été, à la demande de la Société, administrateur, directeur de toute autre société dont la Société est actionnaire ou créancière et par laquelle il n'a pas le droit d'être indemnisé, sauf concernant des questions en vertu desquelles il serait condamné dans le cadre de cette action, procès ou procédure pour négligence grave ou mauvaise gestion; dans le cas d'une transaction, une indemnisation sera versée uniquement en rapport avec les questions couvertes par ce règlement et pour lesquelles la Société est avisée par l'avocat que la personne à indemniser n'a pas commis cette infraction. Le droit à indemnisation susmentionné n'exclut pas les autres droits auxquels il pourrait prétendre.

Art. 18. La Société sera valablement engagée par les signatures conjointes de deux administrateurs ou responsables auxquels le Conseil d'administration aura délégué ses pouvoirs.

Art. 19. Conformément à la loi du 30 mars 1988 concernant les organismes de placement collectif, les opérations de la Société et sa situation financière, y compris, notamment, ses livres comptables, seront supervisées par un «réviseur d'entreprises» agréé qui sera désigné par l'Assemblée générale de la Société pour une période de trois ans jusqu'à ce que son successeur soit élu.

Le «réviseur d'entreprises» en fonction peut être remplacé à tout moment, avec ou sans motif, par l'Assemblée générale des actionnaires de la Société.

Art. 20. Selon les modalités plus détaillées ci-après, la Société a le pouvoir de racheter à tout moment ses propres actions dans les seules limites imposées par la loi.

Tout actionnaire est en droit de demander le rachat de tout ou partie de ses actions par la Société. Le prix de rachat sera payé au plus tard cinq jours ouvrables bancaires à Luxembourg après le Jour d'évaluation et sera égal à la valeur nette d'inventaire par action pour le compartiment concerné telle que déterminée conformément aux dispositions de l'article 22 des présents statuts sous déduction d'une commission prévue le cas échéant dans les documents de vente. Si, par suite de circonstances exceptionnelles, les liquidités d'un compartiment quelconque ne suffisaient pas au règlement dans les cinq jours de la somme à payer, le paiement se ferait par la suite, aussi rapidement qu'il est raisonnablement possible de l'effectuer. Dans ce but, la Société peut vendre certains actifs du compartiment en question ou effectuer des emprunts temporaires dans les limites indiquées dans le prospectus.

Dans le cas d'une demande de rachat dépassant 10 pour cent de la valeur nette d'inventaire d'un compartiment à un jour d'évaluation déterminé, la Société peut décider de reporter le rachat sur la base d'un prorata au jour d'évaluation suivant. En cas de report d'un rachat, les actions concernées seront rachetées à la valeur nette d'inventaire par action en vigueur au jour d'évaluation où le rachat est effectué. Ces demandes seront traitées ce jour d'évaluation en donnant la priorité aux premières demandes.

Toute demande de rachat doit être présentée par écrit à l'initiative de l'actionnaire au siège social de la Société à Luxembourg, ou auprès de toute autre personne ou entité juridique désignée par la Société comme agent chargé du rachat des actions selon ce qui est précisé dans le prospectus.

Les actions rachetées par la Société seront annulées.

Chaque actionnaire peut demander la conversion de tout ou partie de ses actions en actions d'un autre compartiment ou d'une autre classe à la valeur nette d'inventaire respective des actions de ce compartiment ou de cette classe, étant entendu que le Conseil peut imposer des restrictions concernant, entre autres, la fréquence des conversions et peut soumettre la conversion au paiement de frais de conversion comme stipulé dans le prospectus.

Les titulaires d'actions au porteur sont autorisés à demander la conversion de leurs actions au porteur en actions nominatives ou inversement. Le Conseil peut, à sa discrétion, prélever une commission à charge de ces actionnaires, comme stipulé dans le prospectus.

Art. 21. La valeur nette d'inventaire des actions de la Société sera régulièrement calculée par la Société pour les actions de chaque compartiment, mais en aucun cas moins de deux fois par mois, suivant ce que le Conseil d'administration décidera en vertu d'un règlement (la date ou moment de détermination de la valeur nette d'inventaire étant désigné dans les présents Statuts comme «jour d'évaluation»), sachant cependant que dans tous les cas où un Jour d'évaluation tombe un jour férié bancaire ou légal au Luxembourg, ce jour est reporté au jour ouvrable suivant au Luxembourg.

Le Conseil d'administration de la Société peut suspendre le calcul de la valeur nette d'inventaire des actions d'un ou plusieurs compartiments, de même que l'émission et le remboursement des actions d'un ou de plusieurs compartiments ainsi que la conversion d'actions d'une classe d'actions dans une autre dans les cas suivants:

h) pendant une période au cours de laquelle une des principales Bourses de valeurs, à laquelle est cotée une portion substantielle des investissements de la Société attribuables à l'un de ces compartiments d'actions est fermée pour un motif autre que les congés normaux, ou pendant laquelle les transactions portant sur ces investissements sont limitées ou suspendues;

i) lors d'une situation d'urgence entraînant l'impossibilité pour la Société de céder ou d'évaluer valablement les actifs d'un compartiment;

j) lors de toute rupture des moyens de communication normalement utilisés pour déterminer le cours ou la valeur d'investissements, quels qu'il soient, attribuables à un compartiment d'actions ou le cours actuel, ou

k) durant une période pendant laquelle la Société n'est pas en mesure de rapatrier les fonds nécessaires pour effectuer les paiements relatifs au remboursement d'actions ou pendant laquelle le transfert de fonds nécessaire à la réalisation ou à l'acquisition d'investissements ou aux paiements dus au titre du remboursement d'actions ne peut, de l'avis des Administrateurs, être effectué aux taux de change normaux.

l) pendant toute période au cours de laquelle il existe des circonstances inhabituelles qui, de l'avis du Conseil, rendent l'évaluation des actions de l'un des compartiments de la Société impraticable ou inéquitable envers les actionnaires; ou

m) dans le cas d'une décision de liquider la Société, le jour de la publication ou le jour suivant le premier avis convoquant l'assemblée générale des actionnaires à cette fin.

Pareille suspension sera publiée dans le «Luxemburger Wort» ou dans tout autre journal que le Conseil d'administration déterminera, et sera communiquée aux actionnaires demandant l'achat, le rachat ou la conversion d'actions de la Société.

Cette suspension portant sur un compartiment n'aura pas d'effet sur le calcul de la valeur nette d'inventaire, l'émission, le rachat et la conversion des actions des autres compartiments.

Art. 22. La valeur nette d'inventaire par action d'un compartiment sera exprimée dans la devise du compartiment concerné. La valeur nette d'inventaire par action sera calculée en divisant les actifs nets du compartiment par le nombre total d'actions émises au sein de ce compartiment en tenant compte de l'allocation des actifs nets aux différentes classes d'action, s'il y a lieu, et sera arrondie vers le haut ou vers le bas au centième entier, les demi-unités étant arrondies vers le haut.

Le calcul de la valeur nette d'inventaire des différents compartiments d'actions se fera de la manière suivante:

A. Les actifs de la Société sont censés inclure:

- a) la totalité des espèces en caisse ou en dépôt, y compris tous les intérêts courus s'y rapportant;
- b) l'ensemble des traites, billets à vue et créances (y compris le produit des titres vendus, mais non livrés);
- c) l'ensemble des obligations, effets à terme, actions, valeurs, titres obligataires, bons de souscription, warrants, options et autres investissements et titres détenus par la Société ou auxquels elle aura souscrit;
- d) l'ensemble des titres, dividendes d'actions et distributions en espèces à recevoir par la Société dans la mesure où la Société dispose de suffisamment d'informations à ce sujet (à condition que la Société puisse procéder à des ajustements en fonction des fluctuations de la valeur de marché des titres, dues aux opérations ex-coupons, ex-droits ou à des pratiques similaires);
- e) tous les intérêts courus sur des titres productifs d'intérêts, détenus par la Société, sauf dans le cas où ces intérêts sont inclus dans, ou reflétés par le capital nominal de ces titres;
- f) les frais d'établissement de la Société, dans la mesure où ceux-ci n'ont pas été amortis, et à condition que lesdits frais d'établissement puissent être directement déduits du capital de la Société, et
- g) tous les autres actifs de tout type et de toute nature, y compris les charges payées d'avance.

L'évaluation de ces actifs des différents compartiments se fera en appliquant les principes suivants:

6. La valeur des liquidités disponibles ou en dépôt, effets et billets payables à vue, créances à recevoir, charges payées d'avance et dividendes et intérêts annoncés ou qui sont échus et n'ont pas encore été encaissés, sera constituée par la valeur nominale de ces actifs, sauf lorsqu'il paraît improbable que cette valeur pourra être réalisée en entier; auquel cas leur valeur sera déterminée en retranchant un montant jugé adéquat par le Conseil d'administration en vue de refléter la valeur réelle de ces actifs.

7. La valeur des titres négociés ou cotés à une Bourse de valeurs sera basée sur le dernier cours connu à moins que celui-ci ne soit pas représentatif.

8. La valeur des titres négociés sur un autre marché réglementé sera basée sur le dernier prix disponible.

9. Dans l'hypothèse où des valeurs mobilières détenues en compartiment le Jour d'évaluation en question, ne sont pas cotées à une Bourse de valeurs ou traitées sur un quelconque marché réglementé ou si, au sujet de valeurs mobilières cotées à une Bourse de valeurs ou traitées sur un autre marché réglementé, le prix tel que déterminé conformément au paragraphe (2) et (3) n'est pas représentatif de la valeur de marché réelle des valeurs en question, ces titres seront évalués sur la base du prix de vente estimé avec prudence et bonne foi.

10. Les options, contrats à terme financiers et les swaps de taux d'intérêt sont évalués au dernier cours connu à la Bourse de valeurs ou sur le marché réglementé concerné.

Si, suite à des circonstances exceptionnelles, l'évaluation effectuée sur la base des règles susmentionnées devenait impraticable ou inexacte, d'autres critères d'évaluation généralement acceptés et vérifiables seraient appliqués afin d'obtenir une évaluation équitable. Les actifs qui ne sont pas libellés dans la devise du compartiment auquel ils appartiennent seront convertis dans la devise de ce compartiment au taux de change en vigueur le jour ouvrable bancaire concerné.

B. Les engagements de la Société sont censés inclure:

- a) les emprunts, traites et autres dettes exigibles;
- b) tous les frais administratifs échus ou à payer (voir l'article 24 des présents statuts);
- c) toutes les dettes connues, présentes et à venir, y compris toutes les obligations contractuelles échues pour le paiement en espèces ou en biens, y compris le montant de tous les dividendes non payés déclarés par la Société lorsque le Jour d'évaluation tombe à la date de clôture des registres pour la détermination de la personne habilitée à encaisser ces dividendes ou qu'elle est postérieure à cette date;
- d) une provision suffisante pour les impôts futurs sur le capital et les revenus le Jour d'évaluation, déterminée par la Société, et d'autres réserves pour autant qu'elles soient autorisées et approuvées par le Conseil d'administration, et
- e) toute autre dette de la Société, de quelque type et nature que ce soit, sauf les engagements représentés par des actions de la Société. Lors du calcul du montant de ces engagements, le Conseil d'administration peut porter en compte des frais administratifs et autres dépenses de nature régulière ou récurrente sur la base d'un chiffre estimé d'avance pour des périodes annuelles ou autres, et pourra cumuler ces frais et dépenses en proportions égales sur l'une quelconque de ces périodes.

C. Les Administrateurs établiront un compartiment d'actifs pour chaque compartiment de la manière suivante:

- a) le produit de l'attribution de l'émission de chaque classe ou sous-classe sera enregistré dans les livres de la Société et porté au compte du compartiment établi pour cette classe ou sous-classe; l'actif, le passif, les revenus et les dépenses afférentes à celles-ci seront affectés à ce compartiment selon les dispositions du présent article;
- c) lorsqu'un actif dérive d'un autre actif, cet actif dérivé sera affecté dans les livres de la Société au même compartiment que les actifs dont il est issu et, à chaque réévaluation d'un actif, l'augmentation ou la diminution de valeur sera affectée au compartiment concerné;
- e) lorsque la Société encourt une dette relative à un actif appartenant à un compartiment particulier ou relative à une opération entreprise en rapport avec un actif d'un compartiment, cette dette sera affectée au compartiment concerné;
- f) au cas où un actif ou passif de la Société ne peut être considéré comme étant attribuable à un compartiment spécifique, cet actif ou ce passif sera affecté à tous les compartiments au prorata de la valeur nette d'inventaire des compartiments en question;
- f) lors du paiement de dividendes aux détenteurs de parts d'une classe ou sous-classe, la valeur nette d'inventaire de cette classe ou sous-classe sera réduite du montant de ces dividendes;
- n) si des classes ou sous-classes ont été créées au sein d'un compartiment, comme stipulé à l'article cinq, les règles d'attribution mentionnées ci-dessus seront applicables mutatis mutandis à ces classes ou sous-classes.

D. Aux fins des dispositions du présent article:

a) les actions de la Société à rembourser aux termes de l'article 20 des présents Statuts seront considérées comme existantes et prises en compte jusque immédiatement après la clôture des opérations le Jour d'évaluation stipulé à l'Article 21; à partir de cette date et jusqu'au paiement, le prix sera par conséquent réputé être une dette de la Société;

b) tous les investissements, soldes de trésorerie et autres actifs de la Société exprimés dans des devises autres que la devise de la classe concernée seront évalués après prise en compte du taux du marché ou des taux de change en vigueur à la date et au moment de la détermination de la valeur nette d'inventaire des actions et

c) toute acquisition ou vente de titres réalisée par la Société un Jour d'évaluation quelconque prendra effet, dans la mesure du possible, à cette date.

Art. 23. Lorsque la Société offre des actions en souscription, le prix par action auquel ces actions seront proposées et vendues sera équivalent à la valeur nette d'inventaire déterminée de la manière stipulée ci-dessus pour la classe d'actions ou le compartiment en question, plus une commission telle qu'indiquée dans les documents de vente, ce prix étant arrondi vers le haut ou vers le bas au centième entier le plus proche, les demi-unités étant arrondies vers le haut dans la devise dans laquelle la valeur nette d'inventaire du compartiment/de la classe d'actions concerné(e) a été calculée. Toute rémunération des agents chargés du placement des actions sera payée sur cette commission. Le prix ainsi fixé sera payable à Luxembourg au plus tard cinq jours ouvrables après le Jour d'évaluation en question.

Le prix d'émission (hormis la commission d'entrée qui est susceptible, le cas échéant, d'être ajoutée) peut, moyennant l'approbation du Conseil, et en observant toutes lois applicables, notamment en vertu du rapport d'un réviseur confirmant la valeur des apports en nature, être payé par apport à la Société de valeurs mobilières acceptées par le Conseil et conformes à la politique d'investissement et aux restrictions d'investissements de la Société.

Art. 24. Les frais suivants seront à la charge de la Société:

- la rémunération des administrateurs;
- la rémunération du conseiller en investissements;
- tous les impôts susceptibles de grever les avoirs et les revenus de la Société;
- les commissions bancaires habituelles sur les transactions relatives aux titres composant le compartiment de la Société (ces frais seront inclus dans le prix d'acquisition et déduits du prix de vente);
- la rémunération des Agents dépositaire, domiciliaire, administratif, enregistreur et de transfert;
- les frais d'avocats que peuvent encourir la Société ou l'Agent dépositaire en agissant dans l'intérêt des actionnaires;
- les frais de préparation et/ou d'enregistrement de tout document concernant la Société, y compris l'enregistrement des communiqués, prospectus et notices explicatives auprès de toutes les autorités légales dont relève la Société ou l'offre d'actions de la Société, les frais de préparation et de diffusion des rapports annuels, semestriels et autres rapports ou documents nécessaires dans les langues requises à l'intention des actionnaires, conformément aux lois ou règlements en vigueur auprès des autorités susmentionnées; les frais de comptabilité et de calcul de la valeur nette d'inventaire; les frais de préparation et de diffusion d'avis publics à l'intention des actionnaires; les honoraires des avocats et commissaires aux comptes et toute charge administrative similaire, ainsi que les charges d'admission à la cote.

Tous les frais récurrents seront imputés en premier lieu aux revenus de l'exercice en cours, puis aux plus-values, puis aux actifs.

Les frais et dépenses engagés dans le cadre de la constitution de la Société et l'émission d'actions mentionnées ci-dessus, y compris ceux relatifs à la préparation et la publication des Prospectus, tous les frais d'avocats et d'impression, certains frais de lancement (y compris les frais de publicité) et les frais de premier établissement, seront à la charge de la Société et feront l'objet d'un amortissement linéaire sur 5 ans.

Art. 25. L'exercice comptable de la Société commencera le 1^{er} janvier et se clôturera le 31 décembre à l'exception de la première année comptable, qui commencera à la date de la constitution de la Société et se terminera le 31 décembre 2002. Les comptes de la Société seront exprimés en EUR. Lorsqu'il y a différents compartiments, ainsi que le prévoit l'Article 5 des présents Statuts, et si les comptes de ces compartiments sont exprimés dans différentes devises, ces comptes seront convertis en EUR et additionnés aux fins d'établir les comptes de la Société.

Art. 26. Les dividendes peuvent atteindre tout montant, à condition cependant que, après distribution, la valeur nette d'inventaire de la Société ne soit pas inférieure au capital minimum d'un million deux cent quarante mille Euros (1.240.000,- EUR). Toutefois, la nature de la distribution (capital ou revenu) doit être communiquée.

L'Assemblée générale des actionnaires de la Société déterminera chaque année, sur proposition du Conseil d'administration, la partie des bénéfices produits par chaque compartiment de la Société - y compris les revenus d'investissement nets et toutes les plus-values non réalisées et latentes (après déduction des moins-values réalisées et latentes) - qui sera, le cas échéant, distribuée aux détenteurs d'actions de distribution.

La partie du résultat attribuable aux actions de capitalisation reste investie dans la Société et est ajoutée à la part des actifs nets attribuable aux actions de capitalisation.

Les dividendes déclarés peuvent être payés dans la devise du compartiment concerné ou dans toute autre devise choisie par le Conseil d'administration, aux lieux et dates que le Conseil d'administration fixera. Le Conseil d'administration prendra une décision en dernier ressort concernant le taux de change applicable à la conversion des fonds de dividendes dans la devise de leur paiement.

Le Conseil d'administration est autorisé à mettre en paiement des acomptes de dividendes

Art. 27. Dans l'éventualité de la dissolution de la Société, la liquidation se fera conformément aux dispositions de la loi du 30 mars 1988 concernant «les organismes de placement collectif».

La Société sera dissoute dans les cas suivants:

- 4) Par décision de l'Assemblée générale des actionnaires statuant comme lors de l'amendement des statuts.

5) Si le capital de la Société tombe en dessous des deux tiers du capital minimum, les membres du Conseil sont tenus de soumettre la question de la dissolution de la Société à l'Assemblée générale, qui délibérera sans condition de quorum et prendra sa décision à la majorité simple des voix des actions représentées à l'Assemblée.

6) Si le capital de la Société descend sous le quart du capital minimum, la dissolution de la Société pourra être prononcée par les actionnaires détenant un quart des actions représentées à l'Assemblée.

L'Assemblée générale doit être convoquée de manière à être tenue dans les 40 jours suivant la date à laquelle il a été constaté que les actifs nets étaient descendus en dessous respectivement des deux tiers ou du quart du capital minimum.

En cas de dissolution volontaire, il sera procédé à la liquidation conformément aux dispositions de la loi luxembourgeoise du 30 mars 1988 sur les organismes de placement collectif, laquelle définit les étapes à suivre pour permettre aux actionnaires de prendre part aux distributions de fonds issus de la liquidation et prévoit la mise en dépôt à la «Caisse des Consignations» de tous les montants qui n'auront pas été réclamés par les actionnaires à la clôture de la liquidation.

Les décisions de l'Assemblée générale des actionnaires prononçant la liquidation de la Société seront publiées dans le «Mémorial» et le «Luxemburger Wort».

Dans l'éventualité de la dissolution de la Société, la liquidation sera effectuée par un ou plusieurs liquidateurs (qui peuvent être des personnes physiques ou morales) nommés par l'Assemblée des actionnaires appelés à statuer sur cette dissolution, et qui déterminera leurs pouvoirs et fixera leur rémunération.

Une classe ou sous-classe peut être dissoute par rachat obligatoire des actions de la classe ou sous-classe concernée suite à

c) une décision du Conseil d'administration de la Société si les actifs nets de la classe ou sous-classe en question sont descendus en dessous d'un million deux cent quarante mille Euros (1.240.000,- EUR) ou sa contre-valeur dans une autre devise, ou

d) la décision d'une assemblée générale des actionnaires de la classe ou sous-classe concernée. Aucune exigence de quorum ne sera requise et les décisions seront prises à la majorité simple des voix des détenteurs d'actions de la classe ou sous-classe concernée.

Dans ce cas, les actionnaires concernés seront avertis et la valeur nette d'inventaire des actions de la classe ou sous-classe concernée sera payée à la date de rachat obligatoire. Cette Assemblée des actionnaires d'une classe peut également décider de la distribution au prorata des actifs attribuables à cette classe ou sous-classe aux détenteurs d'actions de la (des) classe(s) ou sous-classe(s) en question qui ont émis le souhait de recevoir leurs actifs en nature.

Une assemblée d'actionnaires d'une classe ou sous-classe peut décider de la fusion de cette classe ou sous-classe avec une autre classe ou sous-classe existante ou d'effectuer un apport des actifs (et passifs) de la classe ou sous-classe à un autre organisme de placement collectif contre l'émission d'actions de cet organisme de placement collectif à distribuer aux actionnaires de cette classe ou sous-classe. Cette décision fera l'objet d'une publication qui contiendra des informations relatives à la nouvelle classe ou sous-classe ou l'organisme de placement collectif concerné et aura lieu un mois avant la date à laquelle la fusion prendra effet afin de donner la possibilité aux détenteurs de telles actions de demander le rachat, sans frais, avant l'exécution de la transaction. Aucun quorum ne sera requis, et les décisions pourront se prendre à la majorité simple des voix des détenteurs d'actions des classes ou sous-classes concernées pour les assemblées statuant sur la fusion des différentes classes ou sous-classes de la Société ou de l'apport des actifs et passifs d'une classe ou sous-classe à un autre organisme de placement collectif. En cas de fusion avec un fonds commun de placement ou un organisme de placement collectif étranger, les décisions de l'assemblée des actionnaires des classes ou sous-classes concernées engageront uniquement les détenteurs d'actions ayant voté en faveur de cette fusion.

Si, suite au rachat obligatoire de toutes les actions d'une ou de plusieurs classes, le paiement du rachat ne peut être fait à un ancien actionnaire endéans les six mois, le montant en question sera déposé à la Caisse de Consignations au nom de la (des) personne(s) qui y ont droit jusqu'à l'expiration du délai de prescription.

Art. 28. Les présents Statuts peuvent être modifiés le cas échéant par une Assemblée des actionnaires remplissant les conditions de quorum et de majorité exigées par les lois du Luxembourg. En outre, toute modification affectant les droits des détenteurs d'actions d'un compartiment par rapport à ceux d'un autre compartiment sera soumise à ces mêmes conditions de quorum et de majorité pour chaque compartiment concerné.

Art. 29. Toute matière non régie par les présents Statuts sera traitée conformément à la loi du dix août 1915 sur les Sociétés commerciales, et aux amendements à cette loi, ainsi qu'à la loi du 30 mars 1988 concernant les organismes de placement collectif.

Souscription et paiement

Le capital social de la Société au montant de trente-cinq mille Euros (35.000,- EUR) a été souscrit comme suit:

1) TRANS FIDUCIAIRE S.A., prédésignée, a souscrit à trois cent quarante-neuf (349) actions de STAR FUND et les a intégralement libérées en numéraire;

2) Monsieur Benoit Andriane, prénommé, a souscrit à une (1) action de STAR FUND et l'a intégralement libérée en numéraire.

La preuve de tous ces paiements, soit trente-cinq mille Euros (35.000,- EUR), a été fournie au notaire instrumentant, qui la reconnaît expressément,

Frais

Les charges qui seront supportées par la Société en raison de sa constitution sont évaluées approximativement à six mille deux cents euros.

Assemblée Générale des Actionnaires

Les comparants préqualifiés, représentant la totalité du capital souscrit et se considérant comme dûment convoqués, se sont ensuite constitués en assemblée générale des actionnaires et ont pris les résolutions suivantes:

1) Sont nommées en qualité de membres du Conseil d'Administration les personnes suivantes:

- Monsieur Mariangelo Bossone, Vice President, TRANS FIDUCIAIRE S.A., Lugano, Via pretorio, 13, CH-6900 Lugano;

- Monsieur Christian Kuhne, Senior Manager, TRANS FIDUCIAIRE S.A., Lugano, Via pretorio, 13, CH-6900 Lugano;

- Monsieur Gigi Martinoli, Managing Director, FIDUCIARIA GIARDINI S.p.A, Milano C.so Europa 13, I-20122 Milano;

- Monsieur Serge D'Orazio, Fondé de Pouvoir Principal, KREDIETBANK S.A. LUXEMBOURGEOISE, Luxembourg, boulevard Royal 43, L-2960 Luxembourg;

- Monsieur André Schmit, Premier Fondé de Pouvoir, KREDIETBANK S.A. LUXEMBOURGEOISE, Luxembourg, boulevard Royal 43, L-2960 Luxembourg;

- Monsieur Jean-André Stammel, Premier Fondé de Pouvoir, KREDIETBANK S.A. LUXEMBOURGEOISE, Luxembourg, boulevard Royal 43, L-2960 Luxembourg;

Monsieur Serge D'Orazio, prénommé, a été élu premier Président du Conseil d'Administration.

Leur mandat prendra fin à l'issue de l'Assemblée Générale en 2003.

2) Est nommée Réviseur d'Entreprises Agréé:

PricewaterhouseCoopers, établie et ayant son siège social à Espace Ariane, 400, Route d'Esch, L-1471 Luxembourg.

Son mandat prendra fin à l'issue de l'Assemblée Générale en 2003.

3) Le siège social de la Société est fixé à L-1118 Luxembourg, 11, rue Aldringen.

Le notaire instrumentant, qui parle et comprend la langue anglaise, constate par les présentes qu'à la demande des personnes comparantes, les présents Statuts sont rédigés en langue anglaise suivis d'une version française; à la demande de ces mêmes personnes et en cas de divergences entre le texte anglais et le texte français, la version anglaise fera foi.

Dont acte, fait et passé à Luxembourg, date qu'en tête des présentes.

Et après lecture faite aux personnes comparantes, toutes connues du notaire par leurs nom, prénom, état et résidence, les personnes comparantes ont signé conjointement avec Nous, notaire, le présent acte.

Signé: B. Andrianne, J.-J. Wagner.

Enregistré à Esch-sur-Alzette, le 1^{er} février 2002, vol. 865, fol. 64, case 7. – Reçu 1.200 euros.

Le Receveur (signé): Ries.

Pour expédition conforme, délivrée aux fins de la publication au Mémorial, Recueil des Sociétés et Associations.

Belvaux, le 4 février 2001.

J.-J. Wagner.

(12022/239/1040) Déposé au registre de commerce et des sociétés de Luxembourg, le 6 février 2002.

JACMA S.A., Société Anonyme Holding.

Siège social: L-1840 Luxembourg, 38, boulevard Joseph II.

R. C. Luxembourg B 45.266.

Extrait de l'assemblée générale tenue à Luxembourg le 10 novembre 2000

Nominations statutaires

Conseil d'Administration:

- Monsieur Aloyse Scherer, diplômé I.E.C.G., demeurant à Luxembourg

- Monsieur Jacques Pendaries, retraité, demeurant à Le Cannel (France), administrateur-délégué de la société.

- Monsieur Marc Pendaries, joueur de golf professionnel, demeurant à Paris (France).

Commissaire aux Comptes:

- EURO-SUISSE AUDIT (LUXEMBOURG) S.A.

Luxembourg, le 10 octobre 2001.

Pour copie conforme

FIDUCIAIRE DE LUXEMBOURG S.A.

Signature

Enregistré à Luxembourg, le 24 octobre 2001, vol. 559, fol. 31, case 5. – Reçu 500 francs.

Le Receveur (signé): J. Muller.

(67606/657/20) Déposé au registre de commerce et des sociétés de Luxembourg, le 25 octobre 2001.

JACMA S.A., Société Anonyme Holding.

Siège social: L-1840 Luxembourg, 38, boulevard Joseph II.

R. C. Luxembourg B 45.266.

Les comptes annuels ainsi que l'affectation du résultat au 31 décembre 1999, enregistrés à Luxembourg, vol. 559, fol. 31, case 5, ont été déposés au registre de commerce et des sociétés de Luxembourg, le 25 octobre 2001.

Pour mention aux fins de la publication au Mémorial, Recueil des Sociétés et Associations.

Luxembourg, le 10 octobre 2001.

FIDUCIAIRE DE LUXEMBOURG S.A.

Signature

(67610/657/12) Déposé au registre de commerce et des sociétés de Luxembourg, le 25 octobre 2001.

CS PRIVATE UNIVERSE (LUX), Fonds Commun de Placement.*Vertragsbedingungen des Anlagefonds
Februar 2002*

Diese Vertragsbedingungen des Anlagefonds («Fonds commun de placement») CS PRIVATE UNIVERSE (LUX), sowie deren zukünftige Änderungen, gemäss nachstehendem Artikel 15, regeln die Rechtsbeziehungen zwischen

1) der Verwaltungsgesellschaft CS PRIVATE UNIVERSE MANAGEMENT COMPANY, einer Aktiengesellschaft mit Sitz in Luxemburg, 5, rue Jean Monnet, L-2180 Luxembourg (in der Folge als «Verwaltungsgesellschaft» bezeichnet),

2) der Depotbank BROWN BROTHERS HARRIMAN (LUXEMBOURG) S.C.A., einer Kommanditgesellschaft auf Aktien mit Sitz in Luxemburg, 33, boulevard du Prince Henri, L-1724 Luxembourg (in der Folge als «Depotbank» bezeichnet),

3) den Zeichnern und Inhabern von CS PRIVATE UNIVERSE (LUX) Anteilen (in der Folge als «Anteilsinhaber» bezeichnet), welche durch Erwerb solcher Anteile diesen Vertragsbedingungen beitreten.

Art. 1. Der Fonds

CS PRIVATE UNIVERSE (LUX) (in der Folge als «Fonds» bezeichnet) ist ein Anlagefonds unter dem Recht des Grossherzogtums Luxemburg. Der Fonds stellt eine unselbständige Gemeinschaft der Anteilsinhaber an Wertpapieren und anderen Vermögenswerten (nachfolgend als «Wertpapiere» bezeichnet) dar. Innerhalb des Fonds können jederzeit einzelne Subfonds aufgelegt werden, in welchen Vermögenswerte und Verbindlichkeiten zusammengeschlossen sind, welche sich auf jeweils spezifische Anteilskategorien beziehen (nachfolgend ebenfalls als «Anteil an einem Subfonds» bezeichnet). Der Fonds besteht aus der Gesamtheit der jeweiligen Subfonds. Der Fonds wird im Interesse der Miteigentümer (nachfolgend als «Anteilsinhaber» bezeichnet) von der Verwaltungsgesellschaft, einer Gesellschaft luxemburger Rechts und mit Gesellschaftssitz in Luxemburg, verwaltet. Der Fonds wird im Interesse der Anteilsinhaber von der Verwaltungsgesellschaft verwaltet im Einklang mit diesen Vertragsbedingungen, dem Prospekt des Fonds (der «Prospekt») und den Bestimmungen des Gesetzes vom 30. März 1988. Das Fondsvermögen wird von der Depotbank gehalten und ist von dem der Verwaltungsgesellschaft getrennt.

Für jeden Subfonds kann die Verwaltungsgesellschaft verschiedene Anteilklassen («Klassen») sowie Subklassen ausgeben, inklusive ausschüttende Anteile («Ausschüttungsanteile») und thesaurierende Anteile («Kapitalzuwachsanteile»).

Art. 2. Die Verwaltungsgesellschaft

Der Fonds wird für die Anteilsinhaber von der Verwaltungsgesellschaft, welche ihren Sitz in Luxemburg hat, verwaltet.

Die Verwaltungsgesellschaft ist mit den weitgehendsten Rechten, jedoch unter den Beschränkungen des nachstehenden Artikels 4, zur Verwaltung des Fonds für die Anteilsinhaber ausgestattet; sie ist insbesondere berechtigt, jegliche Wertpapiere zu kaufen, zu verkaufen, zu zeichnen, zu tauschen und in Empfang zu nehmen, sowie sämtliche Rechte auszuüben, die unmittelbar oder mittelbar mit dem Vermögen des Fonds zusammenhängen.

Der Verwaltungsrat der Verwaltungsgesellschaft bestimmt die Anlagerichtlinien der Subfonds nach Massgabe der im nachfolgenden Artikel 4 festgelegten Anlagepolitik und Beschränkungen.

Der Verwaltungsrat der Verwaltungsgesellschaft darf sowohl einen Anlageausschuss, welcher aus Mitgliedern des Verwaltungsrats bestehen kann, als auch andere Personen als Anlageberater hinzuziehen.

Der Verwaltungsrat kann ebenfalls Geschäftsführer oder Angestellte mit der täglichen Ausführung der Anlagepolitik sowie der Verwaltung des Fondsvermögens beauftragen.

Die Verwaltungsgesellschaft kann generell zugunsten des Fonds Informationsdienste, Beratung und andere Dienstleistungen in Anspruch nehmen.

Art. 3. Die Depotbank

BROWN BROTHERS HARRIMAN (LUXEMBOURG) S.C.A., eine Kommanditgesellschaft auf Aktien luxemburgischen Rechts mit Sitz in Luxemburg, wurde als Depotbank bestellt.

Die Verwaltungsgesellschaft sowie die Depotbank können dieses Vertragsverhältnis mit einer Kündigungsfrist von drei Monaten zu jedem beliebigen Zeitpunkt mittels schriftlicher Mitteilung der einen an die andere Partei beenden. Die Abberufung der Depotbank durch die Verwaltungsgesellschaft ist aber nur zulässig, wenn eine neue Depotbank die in diesen Vertragsbedingungen festgelegten Funktionen und Verantwortlichkeiten einer Depotbank übernimmt. Weiterhin hat auch nach Abberufung die Depotbank ihre Funktionen so lange wahrzunehmen, als es notwendig ist, um das gesamte Fondsvermögen an die neue Depotbank zu übertragen.

Im Falle einer Kündigung durch die Depotbank ist die Verwaltungsgesellschaft verpflichtet, innerhalb von 2 Monaten eine neue Depotbank zu ernennen, welche die Funktionen und Verantwortung der Depotbank gemäss diesen Vertragsbedingungen übernimmt. In diesem Fall bleibt ebenfalls die Depotbank solange in Funktion, bis das Fondsvermögen an die neue Depotbank übertragen wurde.

Das Fondsvermögen, nämlich alle flüssigen Mittel und Wertpapiere, wird von der Depotbank für die Anteilsinhaber des Fonds gehalten. Die Depotbank kann mit Genehmigung der Verwaltungsgesellschaft Banken und Finanzinstitute mit der Aufbewahrung von Wertpapieren, welche nicht üblicherweise in Luxemburg gehandelt werden, beauftragen. Die Depotbank kann Wertpapiere in Sammeldepots bei Depotstellen hinterlegen, welche die Depotbank mit Zustimmung der Verwaltungsgesellschaft auswählt. Im Hinblick auf die Konten und Wertpapierdepots erfüllt die Depotbank die banküblichen Pflichten. Die Depotbank kann nur auf Auftrag der Verwaltungsgesellschaft und innerhalb des Rahmens dieser Vertragsbedingungen über das Fondsvermögen verfügen und für den Fonds Zahlungen an Dritte leisten. Ferner übt die Depotbank sämtliche in Artikel 17 des Gesetzes vom 30. März 1988 betreffend die Organismen für gemeinsame Anlagen vorgesehenen Funktionen aus.

Art. 4. Anlagepolitik

Die Vermögen der Subfonds werden nach dem Grundsatz der Risikostreuung in Wertpapieren und anderen Anlagen gemäss dem ersten Teil des Gesetzes vom 30. März 1988, wie nachfolgend beschrieben, angelegt.

Der CS Private Universe (Lux) Fixed Income-Subfonds

Ziel der Anlagepolitik dieses Subfonds ist es, eine überdurchschnittliche Kapitalrendite - unter Nutzung der Möglichkeiten der internationalen Diversifikation - zu erwirtschaften. Die Anlagen werden zu mindestens zwei Dritteln in fest- und variabelverzinslichen Wertpapieren jedwelcher Währung und weltweit getätigt. Der verbleibende Teil kann in Form von geldmarktnahen Anlagen mit Wertpapiercharakter jedwelcher Währung und weltweit sowie akzessorisch in Form von flüssigen Mitteln jedwelcher Währung mittels Depots bei Banken sowie Geldmarktanlagen ohne Wertpapiercharakter, deren Laufzeit zwölf Monate nicht übersteigt, gehalten werden.

Die Referenzwährung dieses Subfonds ist der Euro.

Anteile in CS Private Universe (Lux) Fixed Income werden zur Zeit nur in der Klasse «B» ausgegeben. Anteile der Klasse «B» sind nur in unsertifizierter Form erhältlich und werden nur an Anleger vertrieben, die ein Konto bei der CREDIT SUISSE, Zürich, oder deren Geschäftsstellen führen. Die Verwaltungsgebühr beträgt 1,05% p.a. und die Mindestanlage EUR 300.000,-. Anteile werden zum Erstaussgabepreis, zuzüglich allfälliger Ausgabegebühren sowie eventueller Ausgabesteuern, ausgegeben.

Zur Zeit sind keine Ausschüttungen vorgesehen.

Der CS Private Universe (Lux) Income-Subfonds

Ziel der Anlagepolitik ist es, einen überdurchschnittlichen Gesamterfolg aus laufendem Ertrag und zusätzlichen Kapitalgewinnen - unter Nutzung der Möglichkeiten internationaler Diversifikation - durch weltweite Anlage in Aktien und festverzinsliche Wertpapiere jedwelcher Währung zu erwirtschaften. Demzufolge weisen in diesem Subfonds Anlagen in festverzinslichen Wertpapieren in der Regel einen deutlich höheren Anteil am Vermögen auf als Aktien und werden demzufolge jederzeit mindestens 50% des Nettovermögens des Subfonds ausmachen.

Die Referenzwährung dieses Subfonds ist der Euro.

Anteile in CS Private Universe (Lux) Income werden zur Zeit nur in der Klasse «B» ausgegeben. Anteile der Klasse «B» sind nur in unsertifizierter Form erhältlich und werden nur an Anleger vertrieben, die ein Konto bei der CREDIT SUISSE, Zürich, oder deren Geschäftsstellen führen. Die Verwaltungsgebühr beträgt 1,30% p.a. und die Mindestanlage EUR 300.000,-. Anteile werden zum Erstaussgabepreis, zuzüglich allfälliger Ausgabegebühren sowie eventueller Ausgabesteuern, ausgegeben.

Zur Zeit sind keine Ausschüttungen vorgesehen.

Der CS Private Universe (Lux) Balanced-Subfonds

Ziel der Anlagepolitik ist es, einen überdurchschnittlichen Gesamterfolg aus laufendem Ertrag und Kapitalgewinnen - unter Nutzung der Möglichkeiten internationaler Diversifikation - zu erwirtschaften. Grundsätzlich werden Anlagen in Aktien und aktienähnlichen Wertpapieren jedwelcher Währung und in festverzinslichen Wertpapieren jedwelcher Währung zu gleichen Teilen weltweit getätigt. Bei Abweichungen hiervon beträgt der Anteil der Aktienanlagen am Nettovermögen des Subfonds jedoch stets zwischen 30% und 60%. Dabei werden grössere Kursschwankungen als beim CS Private Universe (Lux) Income-Subfonds auftreten.

Die Referenzwährung dieses Subfonds ist der Euro.

Anteile in CS Private Universe (Lux) Balanced werden zur Zeit nur in der Klasse «B» ausgegeben. Anteile der Klasse «B» sind nur in unsertifizierter Form erhältlich und werden nur an Anleger vertrieben, die ein Konto bei der CREDIT SUISSE, Zürich, oder deren Geschäftsstellen führen. Die Verwaltungsgebühr beträgt 1,30% p.a. und die Mindestanlage EUR 300.000,-. Anteile werden zum Erstaussgabepreis, zuzüglich allfälliger Ausgabegebühren sowie eventueller Ausgabesteuern, ausgegeben.

Zur Zeit sind keine Ausschüttungen vorgesehen.

Der CS Private Universe (Lux) Growth-Subfonds

Ziel der Anlagepolitik ist es, einen überdurchschnittlichen Gesamterfolg aus Kapitalgewinnen und zusätzlichem laufendem Ertrag - unter Nutzung der Möglichkeiten internationaler Diversifikation - durch weltweite Anlage in Aktien und festverzinsliche Wertpapiere jedwelcher Währung zu erwirtschaften. Anlagen in Aktien weisen in der Regel einen deutlich höheren Anteil am Nettovermögen des Subfonds auf als in festverzinslichen Wertpapieren und machen demzufolge jederzeit über 50% des Fondsvermögens aus. Dabei werden grössere Kursschwankungen als bei den Subfonds CS Private Universe (Lux) Income und CS Private Universe (Lux) Balanced auftreten.

Die Referenzwährung dieses Subfonds ist der Euro.

Anteile in CS Private Universe (Lux) Growth werden zur Zeit nur in der Klassen «B» ausgegeben. Anteile der Klasse «B» sind nur in unsertifizierter Form erhältlich und werden nur an Anleger vertrieben, die ein Konto bei der CREDIT SUISSE, Zürich, oder deren Geschäftsstellen führen. Die Verwaltungsgebühr beträgt 1,30% p.a. und die Mindestanlage EUR 300.000,-. Anteile werden zum Erstaussgabepreis, zuzüglich allfälliger Ausgabegebühren sowie eventueller Ausgabesteuern, ausgegeben.

Zur Zeit sind keine Ausschüttungen vorgesehen.

Der CS Private Universe (Lux) Equity-Subfonds

Ziel der Anlagepolitik ist es, ein überdurchschnittliches Kapitalwachstum - unter Nutzung der Möglichkeiten internationaler Diversifikation - zu erwirtschaften. Die Anlagen werden zu mindestens zwei Dritteln in Aktien und aktienähnlichen Wertpapieren jedwelcher Währung und weltweit getätigt. Der verbleibende Teil kann in Form von geldmarktnahen Anlagen mit Wertpapiercharakter gehalten werden. Dabei werden grössere Kursschwankungen als bei den vorgenannten Subfonds auftreten.

Die Referenzwährung dieser Subfonds ist der Euro.

Anteile in CS Private Universe (Lux) Equity werden zur Zeit nur in der Klasse «B» ausgegeben. Anteile der Klasse «B» sind nur in unzertifizierter Form erhältlich und werden nur an Anleger vertrieben, die ein Konto bei der CREDIT SUISSE, Zürich, oder deren Geschäftsstellen führen. Die Verwaltungsgebühr beträgt 1,55% p.a. und die Mindestanlage EUR 300.000,-. Anteile werden zum Erstaussgabepreis, zuzüglich allfälliger Ausgabegebühren sowie eventueller Ausgabe-steuern, ausgegeben.

Zur Zeit sind keine Ausschüttungen vorgesehen.

Sämtliche Subfonds beabsichtigen zudem bis zu 10% ihres jeweiligen Nettovermögens in Aktien von Beteiligungsgesellschaften sowie Forderungsrechte anzulegen, die ihrerseits in Alternative Anlagen investieren. Diesbezüglich wird der Fonds ausschliesslich in Beteiligungsgesellschaften oder Forderungsrechte investieren, deren Aktien/Zertifikate an einer anerkannten Börse notiert sind oder an einem geregelten Markt gehandelt werden und die über ausreichend Liquidität verfügen. Sie werden je nach Anlagecharakter der Aktien- oder festverzinslichen Quote zugerechnet.

Als alternative Anlagen gelten insbesondere solche, die unabhängig von Wirtschafts- und Börsenentwicklungen absolute Renditen anstreben. Dies geschieht beispielsweise durch die Ausnutzung von Marktineffizienzen mittels Eingehen von gegenläufigen Positionen von als unter- resp. überbewertet erachteten Wertpapieren durch Anlagestrategien, die sich abzeichnende makroökonomische Veränderungen und deren kursbewegende Auswirkungen zunutze machen, sowie durch vermehrten Einsatz von Derivaten.

Es kann nur in solche Beteiligungsgesellschaften und Forderungsrechte investiert werden, deren zugrunde liegendes Portfolio eine ausreichende Diversifikation bezüglich Anlageberater und Vermögensverwalter aufweist. Bei den Beteiligungsgesellschaften handelt es sich um Gesellschaften schweizerischen Rechts, die keine Organismen für gemeinsame Anlagen des offenen oder geschlossenen Investmenttyps sind.

Sämtliche Subfonds können entsprechend ihrer Anlagepolitik weltweit in Aktien, andere Kapitalanteile (Genossenschaftsanteile, Partizipationsscheine), kurzfristige Wertpapiere, Genussscheine, Obligationen, Notes, ähnliche fest- und variabelverzinsliche Wertpapiere, Wandelobligationen, Wandelnotes, Optionsanleihen und Optionscheine (deren Optionen jeweils auf Wertpapiere lauten), welche an Börsen oder einem geregelten Markt gehandelt werden, investieren.

Die Subfonds dürfen zusätzlich flüssige Mittel in allen konvertierbaren Währungen halten.

Zum Zwecke einer ordnungsgemässen Wertpapierverwaltung kann ein Teil des Vermögens der jeweiligen Subfonds über den Futures-Markt an die Entwicklung der Aktienmärkte oder an die Zinsentwicklung gebunden werden. In diesem Fall wird ein Teil des Vermögens, welcher dem Kontraktwert der abgeschlossenen Futures-Kontrakte entspricht, in kurzfristigen festverzinslichen Wertpapieren angelegt und teilweise in Form von flüssigen Mitteln gehalten.

Gemäss dem in der Anlagebegrenzung (Ziffer 3. Absatz h)) festgelegten Prinzip dürfen die den Futures-Kontrakten zugrunde liegenden Kontraktwerte den Wert dieses Teils des Nettovermögenswertes des Subfonds nicht übersteigen.

Anlagebegrenzungen

Für die Anlagen eines jeden Subfonds gelten folgende Bestimmungen:

1. Die Fondsanlagen dürfen ausschliesslich bestehen aus:

a) Wertpapieren, die an Börsen eines EU-Mitgliedstaates zugelassen sind oder an einem anderen anerkannten und dem Publikum offen stehenden, regelmässig stattfindenden geregelten Markt eines EU-Mitgliedstaates gehandelt werden;

b) Wertpapieren, die an Börsen eines Staates, welcher nicht der EU angehört, gehandelt werden oder die an einem anderen anerkannten und dem Publikum offen stehenden, regelmässig stattfindenden geregelten Markt eines Staates, welcher nicht der EU angehört und welcher sich in einem Land in Europa, Amerika, Asien, Afrika oder Ozeanien befindet, gehandelt werden;

c) Wertpapieren aus Neuemissionen, sofern die Emissionsbedingungen die Verpflichtungen enthalten, die Zulassung zur amtlichen Notierung an Börsen oder an anderen geregelten, anerkannten, für das Publikum offenen und ordnungsgemäss funktionierenden Märkten eines der unter a) oder b) aufgeführten Staaten oder geografischen Region zu beantragen, und sofern diese Zulassung innerhalb eines Jahres nach der Emission erfolgt.

2. Abweichend von den in Ziffer 1. Absatz a), b) und c) festgesetzten Anlagebeschränkungen darf jeder Subfonds:

a) höchstens 10% seines Nettovermögenswertes in anderen, als den in Ziffer 1. genannten Wertpapieren anlegen, ausgenommen hiervon sind die unter Ziffer 2. Absatz d) aufgeführten Geldmarktpapiere;

b) höchstens 10% seines Nettovermögenswertes in verbrieften Rechten anlegen, welche ihren Merkmalen nach Wertpapieren gleichgestellt werden können (insbesondere durch ihre Übertragbarkeit, Veräusserbarkeit und periodische Bewertbarkeit) und deren Restlaufzeit zwölf Monate überschreitet;

c) die Anlagen, die den Begrenzungen unter Ziffer 2. Absatz a) und b) unterliegen, dürfen zusammen 10% des Nettovermögens eines jeden Subfonds nicht übersteigen;

d) daneben auch flüssige Mittel und Festgelder in unterschiedlichen Währungen halten. Diese Vermögenswerte dürfen in Bankguthaben und Geldmarktpapieren gehalten werden, die nicht als Wertpapiere gelten und die von Emittenten in OECD-Mitgliedstaaten begeben werden. Die in diesem Absatz genannten Papiere dürfen zum Zeitpunkt ihres Erwerbs durch den Fonds eine Restlaufzeit von höchstens zwölf Monaten haben.

3. Jeder Subfonds darf sich gemäss der nachfolgenden Bestimmungen der Instrumente (Kauf- und Verkaufsoptionen) und der Techniken (Ankauf und Verkauf auf Termin), die Wertpapiere oder Terminkontrakte auf Börsenindizes oder Obligationen zum Gegenstand haben, bedienen sowie Devisentransaktionen tätigen:

a) In diesem Zusammenhang darf jeder Subfonds Call-Optionen und Put-Optionen auf Wertpapiere erwerben, wenn der Einstandspreis solcher Optionen 15% des Nettovermögens des Subfonds (inklusive der Einstandspreise für Käufe von Call- und Put-Optionen, welche unter Absatz e), f) und g) aufgeführt sind) nicht überschreitet.

b) Jeder Subfonds darf weiterhin Call-Optionen verkaufen, wenn er im Besitz der zugrunde liegenden Wertpapiere, entsprechender Call-Optionen oder anderer Instrumente ist, welche eine angemessene Absicherung der aus den Opti-

onskontrakten entstehenden Verpflichtungen gewährleisten, oder wenn er durch entgegengerichtete Kontrakte oder ähnliche Instrumente abgesichert ist.

c) Bei Verkäufen von Put-Optionen muss der Gegenwart der eingegangenen Verpflichtungen über die ganze Dauer des Kontraktes durch Liquiditäten abgedeckt sein.

d) Die Summe der durch den Verkauf von Call-Optionen und Put-Optionen eingegangenen Verpflichtungen zusammen mit den Verpflichtungen, welche aus den unter Absatz e), f) und g) aufgeführten Geschäften hervorgehen, dürfen zu keinem Zeitpunkt das Nettovermögen des Subfonds übersteigen.

e) Jeder Subfonds darf zur Absicherung von Kursrisiken Terminkontrakte und Call-Optionen auf Börsenindizes verkaufen sowie Put-Optionen auf Börsenindizes kaufen, ohne dass die eingegangenen Verpflichtungen den Wert des entsprechenden Wertpapiervermögens übersteigen. Das Erreichen der Absicherung durch die vorgenannten Geschäfte setzt eine relativ enge Korrelation zwischen der Zusammensetzung der angewandten Indizes und der entsprechenden Wertpapierbestände voraus.

f) Jeder Subfonds darf zur Absicherung von Zinsrisiken Terminkontrakte und Call-Optionen auf Zinssätze verkaufen sowie Put-Optionen auf Zinssätze kaufen, ohne dass dabei die eingegangenen Verpflichtungen den Wert des in dieser Währung gehaltenen Wertpapiervermögens übersteigen. Diese Regelung gilt auch für Zinsswaps, welche mit erstklassigen, auf solche Geschäfte spezialisierten Finanzinstituten getätigt werden.

g) Ausser den oben erwähnten Kontrakten darf jeder Subfonds Termin- und Optionskontrakte auf sämtliche Finanzinstrumente, welche nicht dem Ziel der Absicherung dienen, kaufen und verkaufen. Hierbei darf die Summe der Verpflichtungen aus den unter Absatz e), f) und g) genannten Geschäften zuzüglich der Verpflichtungen aus den Verkäufen von Put-Optionen auf Wertpapieren den gesamten Nettovermögenswert des Subfonds nicht überschreiten.

In diesem Zusammenhang sind Verpflichtungen, welche nicht aus Optionen auf Wertpapiere hervorgehen, wie folgt definiert:

- Bei Terminkontrakten entsprechen die Verpflichtungen dem Liquidationserlös der Nettopositionen der Kontrakte (nach Kompensation der Kauf- und Verkaufspositionen), welche auf gleichartige Finanzinstrumente lauten, ohne Berücksichtigung der jeweiligen Laufzeiten;

- Bei gekauften und verkauften Optionskontrakten entsprechen die Verpflichtungen der Summe der Ausübungspreise der Optionen, welche die Nettoverkaufspositionen (nach Kompensation der gekauften und verkauften Optionen), denen die gleichen Aktiva zugrunde liegen, darstellen.

h) Die Summe der Einstandspreise für die Käufe der oben angeführten Call- und Put-Optionen, zusammen mit den unter Ziffer 3. Absatz a), e) und f) aufgeführten Einstandspreisen, darf 15% des Nettovermögens des Subfonds nicht übersteigen.

i) Jeder Subfonds darf zur Absicherung von Währungsrisiken Devisenterminkontrakte und Call-Optionen auf Devisen verkaufen, Put-Optionen auf Devisen kaufen sowie Devisen auf Termin verkaufen oder Währungsswaps mit erstklassigen Finanzinstituten, welche auf solche Geschäfte spezialisiert sind, tätigen. Das Volumen sowie die Laufzeit der oben genannten Transaktionen in einer bestimmten Währung darf den Gesamtwert aller in dieser Währung gehaltenen Aktiva des Subfonds und deren Verweildauer im Subfonds nicht überschreiten.

j) Sämtliche unter Ziffer 3. beschriebenen Instrumente und Kontrakte müssen an einer Börse oder einem anderen geregelten Markt notiert bzw. gehandelt werden. Ausgenommen davon sind die oben erwähnten Devisentermingeschäfte und Währungs- oder Zinsswapgeschäfte.

4. a) Jeder Subfonds darf nicht mehr als 10% seines Nettovermögens in Wertpapiere desselben Emittenten anlegen. Ausserdem darf der Gesamtwert der Wertpapiere von Emittenten, in denen der Subfonds mehr als 5% seines Nettovermögens anlegt, 40% des Wertes seines Nettovermögens nicht übersteigen.

b) Die in Ziffer 4. Absatz a) genannte Grenze ist auf 35% angehoben, wenn die Wertpapiere von einem Mitgliedstaat der Europäischen Union, seinen Gebietskörperschaften, einem Staat, der nicht der Europäischen Union angehört, oder internationalen Organismen öffentlich-rechtlichen Charakters, denen ein oder mehrere Mitgliedstaaten der Europäischen Union angehören, begeben oder garantiert werden.

c) Die in Ziffer 4. Absatz b) genannten Wertpapiere bleiben bei der Anwendung der Grenze von 40% nach Ziffer 4. Absatz a) ausser Betracht.

d) Die Begrenzung auf 10% gemäss Ziffer 4. Absatz a) erhöht sich auf 100%, wenn es sich um Wertpapiere handelt, die von einem OECD-Mitgliedstaat begeben oder garantiert werden. In diesem Fall muss der betreffende Subfonds Wertpapiere aus mindestens sechs verschiedenen Emissionen halten, wobei der Anteil der Wertpapiere einer Emission 30% des Nettovermögens des Subfonds nicht überschreiten darf.

5. Jeder Subfonds ist ermächtigt, bis zu 5% seines Nettovermögens in Anteile von Organismen für gemeinsame Anlagen des offenen Investmenttyps anzulegen. Bedingung hierfür ist, dass es sich um Organismen für gemeinsame Anlagen in Wertpapiere («OGAW») im Sinne des Artikels 1, Absatz 2, erster und zweiter Gedankenstrich der Richtlinie der Europäischen Union vom 20. Dezember 1985 (85/611/EG) handelt, und dass diese Organismen für gemeinsame Anlagen eine Anlagepolitik verfolgen, welche mit der des jeweiligen Subfonds vereinbar ist.

Anlagen in Anteilen eines Anlagefonds oder einer Investmentgesellschaft, der bzw. die von der Verwaltungsgesellschaft oder einer anderen Gesellschaft verwaltet wird, mit der der Fonds durch eine gemeinsame Verwaltung oder Beherrschung oder durch eine wesentliche direkte oder indirekte Beteiligung verbunden ist, sind nur dann gestattet,

(i) wenn es sich um einen Anlagefonds oder eine Investmentgesellschaft handelt, der bzw. die sich auf Anlagen in einem bestimmten geografischen oder wirtschaftlichen Sektor spezialisiert hat, und

(ii) sofern dem Fonds durch diese Transaktionen keine Gebühren oder Kosten entstehen.

6. Jeder Subfonds darf von Zeit zu Zeit Wertpapiere im Rahmen von Repos (Pensionsgeschäften) erwerben, welche mit erstklassigen Finanzinstituten, die auf solche Geschäfte spezialisiert sind, abgeschlossen werden können.

Während der Laufzeit eines solchen Geschäfts mit Wiederkaufsvorbehalt kann der Subfonds die Wertpapiere, die Gegenstand dieses Geschäfts sind, nicht verkaufen, bevor der Wiederkauf der Wertpapiere durch die Gegenpartei ausgeführt wurde oder die Frist zum Rückkauf verstrichen ist.

Die Verwaltungsgesellschaft muss darauf achten, die Grössenordnung der Käufe auf einem Niveau zu halten, welches es ihr jederzeit ermöglicht, den Rücknahmeverpflichtungen des Fonds nachzukommen.

7. a) Das Fondsvermögen darf nicht in Wertpapieren angelegt werden, die mit einem Stimmrecht verbunden sind, das es dem Fonds erlaubt, einen nennenswerten Einfluss auf die Geschäftsführung eines Emittenten auszuüben.

b) Ausserdem darf der Fonds nur:

- 10% der stimmrechtlosen Aktien ein und desselben Emittenten,
- 10% der Schuldverschreibungen ein und desselben Emittenten,
- 10% der Anteile ein und desselben Organismus für gemeinsame Anlagen erwerben.

In den beiden letztgenannten Fällen brauchen die Beschränkungen beim Erwerb nicht eingehalten zu werden, wenn sich der Bruttobetrag der Schuldverschreibungen und der Nettobetrag der ausgegebenen Anteile im Zeitpunkt des Erwerbes nicht feststellen lässt.

Die unter Absatz a) und b) angeführten Beschränkungen sind nicht anzuwenden auf:

- Wertpapiere, die von einem EU-Mitgliedstaat oder dessen öffentlichen Gebietskörperschaften begeben oder garantiert werden,
- Wertpapiere, die von einem Staat, welcher nicht der EU angehört, ausgegeben oder garantiert werden,
- Wertpapiere, die von internationalen Organisationen öffentlich-rechtlichen Charakters begeben werden, denen ein oder mehrere EU-Mitgliedstaaten angehören,
- Aktien, durch die ein Subfonds Anteil am Kapital einer Gesellschaft mit Sitz in einem Staat ausserhalb der EU erhält, die ihre Aktiva hauptsächlich in Wertpapiere von Emittenten mit Sitz in diesem Staat anlegt, wenn dies auf Grund der nationalen Gesetzgebung dieses Staates die einzige Möglichkeit ist, Anlagen in Wertpapiere von Emittenten dieses Staates zu tätigen. Diese Ausnahme gilt jedoch nur, vorausgesetzt, dass die Anlagepolitik dieser Gesellschaft mit Sitz ausserhalb der EU die unter Ziffer 4. Absatz a) und b), Ziffer 5. und 7. Absatz a) und b) aufgeführten Beschränkungen einhält.

8. Jeder Subfonds darf bis zu 10% seines Vermögens in Beteiligungsgesellschaften und Forderungsrechte anlegen, die ihrerseits in Alternative Anlagen investieren, vorausgesetzt, es handelt sich hierbei um an einer anerkannten Börse kotierte oder einem geregelten Markt gehandelte Beteiligungsgesellschaften oder Forderungsrechte, deren zugrunde liegende Investitionen in alternative Anlagen eine genügende Diversifikation aufweisen.

Die Anlagen in vorgenannte Beteiligungsgesellschaften und Forderungsrechte und die Anlagen, die den Begrenzungen unter Ziffer 2. Absatz a) und b) unterliegen, dürfen zusammen 10% des Nettovermögens eines jeden Subfonds nicht übersteigen.

9. Die Verwaltungsgesellschaft darf für keinen Subfonds Kredite aufnehmen, es sei denn:

- a) für den Ankauf von Devisen mittels eines «back to back Darlehens»,
- b) vorübergehend bis zur Höhe von 10% des Nettovermögenswertes jedes Subfonds.

10. Der Fonds darf keine Kredite gewähren oder für Dritte als Bürge eintreten.

11. Jeder Subfonds darf jedoch aus seinem Vermögen Wertpapiere ausleihen, wenn dies in Übereinstimmung mit den Bestimmungen und Verfahren von CLEARSTREAM BANKING, Société Anonyme und EUROCLEAR sowie von anderen erstrangigen, in diesem Bereich spezialisierten Finanzinstituten geschieht. Solche Operationen dürfen sich nicht über einen Zeitraum von mehr als dreissig Tagen erstrecken und dürfen die Hälfte des Vermögens des Subfonds nicht überschreiten, ausser wenn diese Kontrakte zu jedem Zeitpunkt aufgelöst und die ausgeliehenen Titel zurückerstattet werden könnten.

Ausserdem muss der Fonds grundsätzlich eine Garantie erhalten, welche zum Zeitpunkt des Kontraktbeginns den Wert der ausgeliehenen Titel nicht unterschreiten darf. Diese Garantie muss in Form von erstklassigen Bankgarantien oder Liquiditäten und/oder Wertpapieren, welche von einem OECD-Mitgliedstaat oder dessen öffentlichen Gebietskörperschaften oder von supranationalen Institutionen und Organisationen gemeinschaftlicher, regionaler oder universeller Art ausgegeben oder garantiert sind und auf den Namen des Fonds bis zum Ablauf der Ausleihdauer blockiert sind, ausgegeben werden.

12. Der Fonds darf nicht in Immobilien, Edelmetalle, Zertifikate über letztere, Waren und Wertpapiere oder in von der Verwaltungsgesellschaft ausgegebene Wertpapiere anlegen.

13. Der Fonds darf keine Leerverkäufe von Wertpapieren tätigen.

14. Ausser in Zusammenhang mit Kreditaufnahmen, die innerhalb den von den Vertragsbedingungen vorgesehenen Begrenzungen getätigt werden, ist es der Verwaltungsgesellschaft untersagt, das Fondsvermögen zu verpfänden oder als Sicherheit zu übertragen. Dabei dürfen in solchen Fällen nicht mehr als 10% des Vermögens eines Subfonds verpfändet oder abgetreten werden. Die Sicherheiten, die üblicherweise an anerkannte Wertpapierabwicklungssysteme oder Zahlungssysteme gemäss deren jeweiligen Regelungen geleistet werden müssen, um die Abwicklungen innerhalb dieser Systeme sicherzustellen, und die bei Optionen, Futures und Termingeschäften üblichen Margendepots sind nicht im Sinne dieser Bestimmungen als Verpfändung anzusehen.

Die oben angeführten Beschränkungen gelten nicht für die Ausübung von Bezugsrechten.

Während der ersten sechs Monate nach der offiziellen Zulassung in Luxemburg brauchen die oben unter Ziffer 4. angeführten Beschränkungen nicht eingehalten zu werden, vorausgesetzt, dass das Prinzip der Risikosteuerung eingehalten wird.

Werden die oben genannten Beschränkungen unbeabsichtigt aus Gründen, die ausserhalb der Kontrolle der Verwaltungsgesellschaft sind, oder als Resultat der Ausübung des Zeichnungsrechts überschritten, muss die Verwaltungsgesellschaft unter Berücksichtigung der Interessen der Anteilhaber vorrangig das Ziel verfolgen, diese Situation zu beheben.

Die Verwaltungsgesellschaft ist berechtigt, jederzeit im Interesse der Anteilhaber weitere Anlagebeschränkungen festzusetzen, soweit diese erforderlich sind, um den Gesetzen und Bestimmungen jener Länder zu entsprechen, in denen Anteilscheine des Fonds angeboten und verkauft werden bzw. werden sollen.

Art. 5. Ausgabe von Anteilen

Die Anteile eines jeweiligen Subfonds werden an jedem Bankgeschäftstag (gemäß der in Artikel 8 enthaltenen Definition) durch die Verwaltungsgesellschaft nach Zahlung des Kaufpreises an die Depotbank ausgegeben.

Im Zusammenhang mit der Ausgabe von Anteilen kann die Verwaltungsgesellschaft Dritte als Vertriebsstelle benennen und ebenfalls einen Dritten mit dem Alleinvertrieb beauftragen.

Es ist der Verwaltungsgesellschaft im Rahmen ihrer Vertriebstätigkeit gestattet, Zeichnungen zurückzuweisen sowie gegenüber natürlichen oder juristischen Personen in bestimmten Ländern und Gebieten den Verkauf von Anteilen zu untersagen oder zu begrenzen, falls dem Fonds dadurch ein Nachteil entstehen könnte oder falls ein Kauf im jeweiligen Land gegen die Gesetze verstößt.

Weiterhin darf die Verwaltungsgesellschaft

a) nach ihrem Ermessen Zeichnungsanträge zurückweisen,

b) jederzeit Anteile zurücknehmen, die von Anteilhabern gehalten werden, welche vom Erwerb oder Besitz von Anteilen ausgeschlossen sind.

Die Verwaltungsgesellschaft behält sich ebenfalls das Recht vor die einzelnen Subfonds mengenmässig zu begrenzen und die Ausgabe weiterer Anteile einzustellen, falls sie dies im Interesse einer ordentlichen Verwaltung der Anlagen des Fonds als notwendig erachtet. Solche Änderungen werden von der Verwaltungsgesellschaft veröffentlicht.

Anteile können in Bruchteilen (3 Nachkommastellen) ausgegeben werden. Die Rechte werden anteilmässig ausgeübt.

Art. 6. Ausgabepreis

Bezüglich der Erstausgabeperiode wird der Erstausgabepreis pro Anteil jeder Klasse von der Verwaltungsgesellschaft bestimmt. Der Erstausgabepreis kann eine Ausgabegebühr beinhalten, die im Prospekt des Fonds beschrieben wird. Nach der Erstausgabe entspricht der Ausgabepreis der Anteile dem jeweiligen beim Eingang des Kaufantrages oder falls dies im Prospekt für den betreffenden Subfonds so festgelegt ist, am Tage nach Einreichen des Kaufantrages gültigen, Nettovermögenswert, in jedem Fall zuzüglich einer Ausgabegebühr, deren Satz im Prospekt des Fonds angegeben wird. Solche Gebühren fließen den Banken oder anderen Finanzinstituten, welche mit dem Anteilsvertrieb befasst sind, zu. Überdies werden jegliche anfallende Ausgabesteuern dem Käufer verrechnet.

Die Zahlung des Ausgabepreises, plus eventueller Ausgabegebühren, muß innerhalb von fünf Bankgeschäftstagen nach Berechnung des Ausgabepreises getätigt werden, oder innerhalb einer kürzeren Periode wie sie gegebenenfalls von der Verwaltungsgesellschaft für eine spezifische Anteilklasse bestimmt und im Verkaufsprospekt veröffentlicht wird.

Art. 7. Anteilscheine

Jede natürliche oder juristische Person ist vorbehaltlich der Regelung in Artikel 4 und 5 dieser Vertragsbedingungen berechtigt, sich an dem Fonds durch Zeichnung eines oder mehrerer Anteile zu beteiligen. Anteile in dematerialisierter Form können entweder durch Sammeldepotstellen ausgegeben werden, in welchem Falle die Anteilhaber durch die Depotstelle ihrer Wahl (z.B. ihre Bank oder ihren Börsenmakler) eine Gutschriftsanzeige über die Anteile, über die sie verfügen, bekommen oder können von den Anteilhabern direkt über ein Konto in den Büchern des Fonds gehalten werden, welche für den Fonds und die Anteilhaber von der Zentralen Verwaltungsstelle geführt werden. Anteile, welche durch eine Depotstelle gehalten werden, können im Namen des Anteilhabers auf einem Konto des Anteilhabers bei der Zentralen Verwaltungsstelle übertragen werden oder auf ein Konto bei anderen, von der Verwaltungsgesellschaft anerkannten Depotstellen oder bei EUROCLEAR bzw. CLEARSTREAM BANKING S.A. (vormals CEDELBANK) übertragen werden. Umgekehrt können Anteile, welche auf einem Konto des Anteilhabers bei der Zentralen Verwaltungsstelle gutgeschrieben sind, jederzeit auf ein Konto bei einer Depotstelle übertragen werden.

Die Verwaltungsgesellschaft darf im Interesse der Anteilhaber die Anteile teilen oder zusammenlegen.

Art. 8. Nettovermögenswert

Der Nettovermögenswert der Anteile jedes Subfonds wird in der Referenzwährung des jeweiligen Subfonds ausgedrückt und von der Zentralen Verwaltungsstelle an jedem Bankgeschäftstag unter Aufsicht der Depotbank berechnet. Als Bankgeschäftstag in Luxemburg gilt jeder Tag, an welchem die Banken in Luxemburg geöffnet sind. Um den Nettovermögenswert pro Anteil zu bestimmen, wird der gesamte Nettovermögenswert des jeweiligen Subfonds durch die Gesamtheit seiner im Umlauf befindlichen Anteile geteilt; falls es sich um einen Subfonds mit mehreren Anteilklassen handelt, wird der Teil des Nettovermögens des Subfonds, welcher der jeweiligen Anteilklasse zuzurechnen ist, durch die Anzahl der ausgegebenen Anteile der jeweiligen Klasse geteilt. Der Teil innerhalb eines Subfonds welcher einer spezifischen Klasse zugeteilt wird, wird wie folgt vorgenommen:

Jeder Subfonds besteht aus einem Portefeuille, welches allen Anteilklassen gemein ist, und außerdem können innerhalb jedes Subfonds Aktiva, welche klassenspezifisch sind, für eine spezifische Anteilklasse oder mehrere spezifische Anteilklassen getrennt vom gemeinen Portefeuille gehalten werden. Gleichfalls, außer den Verbindlichkeiten welche allen Anteilklassen gemein sind, können spezifische Verbindlichkeiten für eine oder mehrere Anteilklassen eingegangen werden.

Der Teil des Portefeuilles, welcher allen Anteilklassen innerhalb des Subfonds gemein ist und welche einer Anteilklasse zuzurechnen ist, wird bestimmt, indem Ausgaben, Rückgaben, Ausschüttungen sowohl als Zahlungen von klassenspezifischen Ausgaben oder Einzahlungen, des von klassenspezifischen Aktiva abgeleiteten Einkommens oder Realisierungserlöse in Betracht gezogen werden, wobei die Bewertungsregeln, welche nachfolgend beschrieben entsprechend anzuwenden sind.

Der Prozentsatz des Nettovermögens eines gemeinsamen Portefeuilles eines Subfonds, welcher einer Anteilklasse zuzurechnen ist, wird wie folgt festgestellt:

1. Zuerst wird der Prozentsatz des Nettowertes des gemeinsamen Portefeuilles der jener Anteilklasse zuzurechnen ist, dem Verhältnis der ausgegebenen Zahl der Anteile jeder Klasse und des jeweiligen in das Portefeuille gezahlten Ausgabepreises bei Erstaussgabe von Anteilen einer neuen Klasse festgestellt;

2. Der bei Ausgabe von weiteren Anteilen einer spezifischen Klasse vereinnahmte und dem gemeinsamen Portefeuille zugeführten Ausgabepreis ergibt eine Erhöhung des Prozentsatzes des Nettowertes des gemeinsamen Portefeuilles welcher dieser Anteilklasse zuzurechnen ist;

3. Falls der Fonds für eine gesonderte Anteilklasse spezifische Vermögenswerte erwirbt oder classespezifische Kosten zahlt (was ebenfalls einen höheren Anteil von Kosten gegenüber denjenigen von anderen Anteilklassen beinhaltet) oder falls er spezifische Ausschüttungen vornimmt oder den Rücknahmepreis von Anteilen einer Klasse zahlt, wird der Prozentsatz des Nettowertes des gemeinsamen Portefeuilles gekürzt um die Anschaffungskosten der classespezifischen Vermögenswerten, der gezahlten classespezifischen Kosten, der Ausschüttungen auf die Anteile dieser Klasse oder den Rücknahmepreis welcher bei Rücknahme von Anteilen einer Klasse gezahlt wird;

4. Der Wert von classespezifischen Vermögenswerten und der Betrag von classespezifischen Verbindlichkeiten wird nur der oder den Anteilklassen die davon betroffen sind zugerechnet, und erhöht oder mindert den Nettovermögenswert der Anteile dieser Anteilklasse oder -klassen.

Die Verteilung der Aktiva und Passiva des Fonds auf die verschiedenen Subfonds wird wie folgt vorgenommen:

a) der Ausgabepreis, welcher vom Fonds bei Ausgabe von Anteilen vereinnahmt wird, und die Reduzierung des Fondsvermögens wegen Rücknahmen von Anteilen (oder Ausschütten auf Anteilen) wird dem Subfonds zugerechnet, auf welchen die Anteile sich beziehen;

b) die Vermögenswerte die aufgrund der Anlage des Ausgabepreises von Anteilen erworben werden und das von diesen abgeleitete Einkommen sowie die Werterhöhung von solchen Anlagen die einem Subfonds zugerechnet sind, werden dem betroffenen Subfonds gutgeschrieben;

c) die Verbindlichkeiten, Kosten und Wertminderungen im Zusammenhang mit Anlagen des Fonds oder anderen Operationen welche sich auf einen spezifischen Subfonds beziehen, werden diesem zugerechnet;

d) falls Devisentransaktionen, Instrumente oder Finanztechniken mit einem spezifischen Subfonds zusammenhängen, werden die Konsequenzen deren Benutzung diesem zugerechnet;

e) falls Aktiva, Einkommen, Werterhöhungen, Verbindlichkeiten, Kosten oder Wertminderungen sowie der Gebrauch von Devisen, Transaktionen, Instrumenten oder Techniken mit mehreren Subfonds zusammenhängen, werden diese zwischen den Subfonds in dem Verhältnis aufgeteilt, in welchem sie sich auf jeden der Subfonds beziehen. Eine solche Zuteilung wird im Verhältnis der relativen Nettovermögen der jeweiligen Subfonds vorgenommen, falls die Verwaltungsgesellschaft zur Überzeugung kommt, dass die beste Methode ist.

Der Nettovermögenswert einer Anteilklasse welcher in einer anderen Währung als der Referenzwährung des betroffenen Subfonds ausgedrückt ist, wird in der Referenzwährung dieses Subfonds berechnet und von dieser Referenzwährung in die andere Währung zum Mittelkurs zwischen der Referenzwährung und der anderen Währung umgerechnet.

Das Fondsvermögen wird wie folgt bewertet:

(a) Wertpapiere, die an einer Börse notiert sind oder regelmässig an einer solchen gehandelt werden, sind nach dem letzten bekannten verfügbaren bezahlten Kurs zu bewerten. Fehlt für einen Handelstag ein solcher, ist aber ein Schlussmittelkurs (Mittelwert zwischen dem notierten Schlussgeld- und Schlussbriefkurs) oder ein Schlussgeldkurs notiert, so kann auf den Schlussmittelkurs oder ersatzweise auf den Schlussgeldkurs abgestellt werden.

Wird ein Wertpapier an mehreren Börsen gehandelt, so ist von der Börse, an welcher es vornehmlich gehandelt wird, auszugehen.

Bei Wertpapieren, für welche der Börsenhandel unbedeutend ist, die jedoch einen Zweitmarkt mit geregelter Freiverkehr unter Wertpapierhändlern aufweisen, der zu einer marktgemässigen Preisbildung führt, kann die Verwaltungsgesellschaft die Bewertung aufgrund des Zweitmarktes vornehmen.

(b) Wertpapiere, welche an einem geregelten Markt gehandelt werden, werden wie börsennotierte Wertpapiere bewertet.

(c) Anlagewerte, welche nicht an einer Börse notiert sind oder nicht an einem geregelten Markt gehandelt werden, werden zu ihrem letzten erhältlichen Marktpreis bewertet. Ist ein solcher nicht verfügbar, wird die Verwaltungsgesellschaft diese Anlagewerte gemäss anderen von ihr zu bestimmenden Grundsätzen, auf Basis der voraussichtlich möglichen Verkaufspreise bewerten.

(d) Derivate werden gemäss den vorhergehenden Abschnitten behandelt.

(e) Festgelder oder ähnliche Aktiva werden zu ihrem Nennwert zuzüglich aufgelaufenen Zinsen bewertet.

(f) Bei Geldmarktinstrumenten wird ausgehend vom Nettoerwerbkurs und unter Beibehaltung der sich daraus ergebenden Anlagerendite, der Bewertungskurs sukzessiv dem Rücknahmekurs angeglichen. Bei wesentlichen Änderungen der Marktverhältnisse erfolgt eine Anpassung der Bewertungsgrundlage der einzelnen Anlagen an die neuen Marktrenditen.

(g) Der Teil des Nettovermögens eines Subfonds, welcher sich aus Wertpapieren mit einer Laufzeit oder Restlaufzeit von weniger als 6 Monaten zusammensetzt, kann dagegen wie folgt bewertet werden, indem der Bewertungskurs einer Anlage, ausgehend vom Nettoerwerbkurs bzw. vom Kurs im Zeitpunkt, in welchem die Restlaufzeit einer Anlage 6 Monate unterschreitet, unter Konstanthaltung der daraus berechneten Anlagerendite sukzessive dem Rückzahlungskurs angeglichen wird. Bei wesentlichen Änderungen der Marktverhältnisse wird dann die Bewertungsbasis der einzelnen Anlagen den neuen Marktrenditen angepasst.

(h) Die sich bei dieser Bewertung ergebenden Beträge werden zum jeweiligen Mittelkurs in die jeweilige Referenzwährung umgerechnet. Die zur Absicherung des Währungsrisikos durchgeführten Devisentransaktionen werden bei der Umrechnung berücksichtigt.

Wird aufgrund besonderer oder veränderter Umstände eine Bewertung unter Beachtung der vorstehenden Regeln undurchführbar oder unrichtig, so ist die Verwaltungsgesellschaft berechtigt, die Bewertung von Wertpapieren in Übereinstimmung mit anderen allgemein anerkannten Bewertungsgrundsätzen festzulegen.

Der Nettovermögenswert der Anteile wird auf die jeweils nächste kleinste gängige Währungseinheit der Referenzwährung aufgerundet oder gegebenenfalls abgerundet.

Der Nettovermögenswert der Anteile eines oder mehrerer Subfonds kann ebenfalls zum Mittelkurs in andere Währungen umgerechnet werden, falls die Verwaltungsgesellschaft beschliesst, Ausgaben und eventuell Rücknahmen in einer oder mehreren anderen Währungen abzurechnen. Falls die Verwaltungsgesellschaft solche Währungen bestimmt, wird der Nettovermögenswert der jeweiligen Anteile in diesen Währungen auf die jeweils nächste kleinste gängige Währungseinheit auf- oder abgerundet.

Bei ausserordentlichen Umständen können innerhalb eines Tages weitere Bewertungen vorgenommen werden, welche für die danach eingehenden Kauf- bzw. Rücknahmeanträge massgebend sind.

Ausser der Bewertung des Nettovermögenswertes jeder Anteilklasse in der Referenzwährung der jeweiligen Anteilklasse wird der Gesamtnettovermögenswert des Fonds in Euro gerechnet.

Art. 9. Aussetzung der Bewertung des Nettovermögenswertes sowie der Ausgabe, Rücknahme und Umtausch von Anteilen

Die Verwaltungsgesellschaft darf die Berechnung des Nettovermögenswertes der Anteile der jeweiligen Subfonds, demzufolge die Ausgabe und Rücknahme und den Umtausch von Anteilen dieses Subfonds vorübergehend in folgenden Fällen aussetzen:

a) wenn ein Markt, welcher für einen wesentlichen Teil des Vermögens eines Subfonds die Bewertungsgrundlage bildet, (aus anderen Gründen als für einen normalen Feiertag) geschlossen ist, oder wenn der Handel an einem solchen Markt beschränkt oder ausgesetzt ist;

b) wenn aufgrund eines politischen, wirtschaftlichen, militärischen, monetären oder anderweitigen Ereignisses, welches ausserhalb der Kontrolle, Verantwortlichkeit und Einflussmöglichkeit der Verwaltungsgesellschaft liegt, Verfügungen über das Vermögen eines Subfonds nicht unter normalen Umständen möglich sind oder den Interessen der Anteilinhaber abträglich wären;

c) wenn im Fall einer Unterbrechung der Nachrichtenverbindungen oder aus irgendeinem Grund der Wert eines beträchtlichen Teils des Vermögens eines Subfonds nicht bestimmt werden kann;

d) wenn wegen Beschränkungen des Devisenverkehrs oder Beschränkungen sonstiger Übertragungen von Vermögenswerten Geschäfte für den Fonds undurchführbar werden, oder falls es nach objektiv nachprüfbareren Massstäben feststeht, dass Käufe und Verkäufe von Vermögen eines Subfonds nicht zu normalen Umtauschraten getätigt werden können.

Die Aussetzung der Berechnung der Nettovermögenswerte für eines der Subfonds hat auf die Berechnung der Nettovermögenswerte für die anderen Subfonds keine Auswirkung, falls die obigen Zustände nicht zutreffen.

Die Aussetzung der Bewertung wird den Anlegern, welche die Ausgabe, Rücknahme oder den Umtausch von Anteilen der betroffenen Subfonds verlangen, mitgeteilt sowie, falls die voraussichtliche Dauer der Aussetzung der Bewertung zwei Wochen überschreitet, in den Zeitungen bekanntgegeben die von der Verwaltungsgesellschaft bestimmt werden.

Art. 10. Rücknahme

Die Verwaltungsgesellschaft nimmt grundsätzlich an jedem Bankgeschäftstag Anteile eines Subfonds gegen Lieferung der entsprechenden Anteilscheine zum Rücknahmepreis zurück. Der Rücknahmeantrag werden an den Schaltern der Depotbank und der Vertriebsstellen wie im Prospekt beschrieben entgegengenommen.

Der Rücknahmepreis der Anteile eines Subfonds entspricht dem am Tage des Eingangs des Rücknahmeantrages oder falls dies im Prospekt für den betreffenden Subfonds so festgelegt ist, dem am Tage nach Eingang des Rücknahmeantrages festgesetzten Nettovermögenswert in der jeweiligen Referenzwährung je Anteil des betreffenden Subfonds, respektiv der jeweiligen Anteilklasse.

Falls die Ausführung einer Rücknahme zur Folge hat, dass der Wert der vom Anteilinhaber gehaltenen Anteile an einem Subfonds oder einer Klasse unter die Mindestanlageerfordernis für diesen Subfonds oder diese Klasse fällt, kann die Verwaltungsgesellschaft, ohne weiteren Bescheid an den Anteilinhaber, diesen Rücknahmeantrag so behandeln als wenn er sämtliche Anteile von diesem Subfonds oder von dieser Klasse betreffen würde.

Da für einen angemessenen Anteil an liquiden Mitteln im Vermögen des jeweiligen Subfonds gesorgt werden muss, wird die Auszahlung von Anteilen unter gewöhnlichen Umständen innerhalb zwei Bankgeschäftstagen nach Ausrechnung des Rücknahmepreises erfolgen, es sei denn, dass gemäss gesetzlichen Vorschriften, wie Devisen- und Verkehrsbeschränkungen, oder aufgrund ausserhalb der Kontrolle der Depotbank liegenden, sonstigen Umständen, sich die Überweisung des Rücknahmebetrages in das Land, wo die Rücknahme beantragt wurde, als unmöglich erweist.

Bei massiven Rücknahmeanträgen kann die Verwaltungsgesellschaft beschliessen, einen Rücknahmeantrag erst dann abzurechnen, wenn ohne unnötige Verzögerung entsprechende Vermögenswerte des jeweiligen Subfonds verkauft worden sind.

Die Auszahlung erfolgt mittels Bankscheck oder durch Überweisung auf ein Bankkonto oder, falls möglich, durch Barauszahlung in der gesetzlichen Währung des Auszahlungslandes nach Konvertierung des jeweiligen Betrages.

Falls die Zahlung in einer anderen Währung als die Referenzwährung der Anteile vorzunehmen ist, entspricht der zu zahlende Betrag dem Produkt der Konvertierung von der Referenzwährung in die Zahlungswährung unter Abzug von Gebühren und Kosten die bei der Konvertierung anfallen. Sofern nicht nach anwendbarem Recht vorgegeben ist, den Rücknahmeerlös in einer anderen Währung als der Währung auszusahlen, in der die Anteile denominiert sind, besteht dazu keine Verpflichtung.

Mit der Auszahlung des Rücknahmepreises erlischt der entsprechende Anteil. Die zurückgekauften Anteile werden nach Auszahlung des Rücknahmepreises annulliert.

Art. 11. Umtausch von Anteilen

Unter Berücksichtigung der im Prospekt des Fonds festgesetzten Beschränkungen, können Inhaber von Anteilen eines Subfonds jederzeit einen Teil oder alle ihre Anteile eines anderen Subfonds oder in Anteile aus anderen Subklassen dieser Klasse umtauschen, unter der Bedingung dass der vorgesehene Minimalwert für Anteile der Klasse in welche solche Anteile umgetauscht werden (und gegebenenfalls derjenige der Klasse deren Anteile umgetauscht werden), erfüllt ist. Der Tausch erfolgt auf Basis des Nettovermögenswertes pro Anteil welcher am nächstfolgenden Bankgeschäftstag an welchem die Rücknahme angenommen wurde.

Falls ein Tauschantrag zur Folge hat, dass der Wert der vom Anteilinhaber gehaltenen Anteile an einem Subfonds oder einer Klasse unter die Mindestanlageerfordernis für diesen Subfonds oder diese Klasse fällt, kann die Verwaltungsgesellschaft, ohne weiteren Bescheid an den Anteilinhaber, diesen Tauschantrag so behandeln als wenn er für sämtliche Anteile an diesem Subfonds oder von dieser Klasse in Anteile des anderen Subfonds betreffen würde.

Falls Anteile welche in einer Referenzwährung ausgedrückt sind, in Anteile welche in einer anderen Referenzwährung ausgedrückt sind, getauscht werden sollen, berücksichtigt die Umtauschquote die Kosten der Währungskonvertierung. Bei Umtausch kann die halbe Ausgabegebühr berechnet werden, falls dies im Verkaufsprospekt vorgesehen ist.

Art. 12. Kosten des Fonds

Der Fonds trägt die folgenden Kosten:

1. Die üblichen Courtagen- und Bankgebühren, die im Zuge der Transaktionen mit Wertpapieren in Zusammenhang mit dem Portefeuille für den Fonds anfallen (diese Gebühren werden in die Erwerbskosten dieser Wertpapiere eingerechnet und vom Verkaufserlös abgezogen);

2. Alle Steuern, die möglicherweise auf das Vermögen, das Einkommen und die Ausgaben zu Lasten des Fonds zu zahlen sind;

3. Die monatliche Verwaltungsgebühr für die Verwaltungsgesellschaft, zahlbar am Ende jedes Monats auf der Grundlage des durchschnittlichen täglichen Nettovermögenswertes der jeweiligen Anteilklassen während des entsprechenden Monats. Die Verwaltungsgebühr kann bei einzelnen Subfonds und Anteilklassen innerhalb eines Subfonds zu unterschiedlichen Sätzen erhoben werden; der Ansatz für einen bestimmten Subfonds findet sich in Artikel 4 dieser Vertragsbedingungen.

Die Verwaltungsgebühr umfasst folgende Ausgaben:

a) Eine vierteljährlich zahlbare Steuer in Höhe von 0,05% p.a. («Abonnementsteuer»);
 b) Gebühren an die Depotbank, an die zentrale Verwaltungsstelle, an die Anlageberater und an die Vertriebsstellen;
 c) Gebühren an die Zahlstellen, an die Transferstellen und an die Bevollmächtigten an den Eintragungsorten;
 d) Alle anderen Gebühren, die für Verkaufstätigkeiten und andere, in diesem Abschnitt nicht genannte, für den Fonds geleistete Dienstleistungen, anfallen;

e) Ausgaben, einschliesslich der Kosten für Rechtsberatung, die der Verwaltungsgesellschaft oder der Depotbank möglicherweise aufgrund von Massnahmen im Interesse der Anteilinhaber entstehen;

f) Die Kosten für die Vorbereitung sowie Hinterlegung und Veröffentlichung dieser Vertragsbedingungen sowie anderer, den Fonds betreffender Dokumente, einschliesslich der Anmeldungen zur Registrierung, den Prospekten oder schriftlichen Erläuterungen bei sämtlichen Regierungsbehörden und Börsen (einschliesslich der örtlichen Wertpapierhändlervereinigungen), die in Zusammenhang mit dem Fonds oder dem Anbieten der Anteile vorgenommen werden müssen, die Druck- und Vertriebskosten der Jahres- und Halbjahresberichte für die Anteilinhaber in allen erforderlichen Sprachen, sowie Druck- und Vertriebskosten von sämtlichen weiteren Berichten und Dokumenten, die gemäss den anwendbaren Gesetzen oder Vorschriften der vorher genannten Behörden und Institutionen erforderlich sind, die Kosten von Veröffentlichungen an die Anteilinhaber, einschliesslich der Kurspublikationen, die Honorare und Gebühren von Wirtschaftsprüfern und Rechtsberatern des Fonds und allen ähnlichen Verwaltungsgebühren und anderen Kosten, welche direkt in Zusammenhang mit dem Anbieten und dem Verkauf von Anteilen anfallen, einschliesslich Druckkosten für Ausfertigungen der obengenannten Dokumente oder Berichte, die von denen, die mit dem Anteilsvertrieb befasst sind in Zusammenhang mit dieser Tätigkeit genutzt werden. Die Werbekosten können ebenfalls in Rechnung gestellt werden;

g) Die Gründungskosten des Fonds und der Subfonds.

Alle wiederkehrenden Gebühren werden zuerst von den Anlageerträgen, dann von den Gewinnen aus Wertpapiergeschäften, dann von dem Anlagevermögen abgezogen. Andere Kosten können über eine Periode von 5 Jahren abgesetzt werden.

Art. 13. Geschäftsjahr, Prüfung

Das Geschäftsjahr des Fonds endet jährlich am 30. September und zum ersten Mal am 30. September 2002.

Die Vermögensaufstellung des Fonds wird von unabhängigen öffentlich bestellten Wirtschaftsprüfern geprüft, die von der Verwaltungsgesellschaft bestimmt werden.

Art. 14. Verwendung des Reinertrages und der Kapitalgewinne**1. Ausschüttungsanteile**

Derzeit ist nicht geplant, ertragsausschüttende Anteile aufzulegen. Im Falle der Ausgabe von Ausschüttungsanteilen beschliesst die Verwaltungsgesellschaft nach Ende des Geschäftsjahres für jeden Subfonds, inwieweit Ausschüttungen aus den Ausschüttungsanteilen zuzuteilenden Nettoanlageerträgen vorgenommen werden. Zudem können Gewinne aus der Veräusserung von Rechten, die zum Fonds gehören (realisierte Kursgewinne, Erlös aus dem Verkauf von Bezugsrechten und ähnliche Zuwendungen), im Fonds zur Wiederanlage ganz oder teilweise zurückbehalten oder ganz oder teilweise in der Ertragsrechnung ausgewiesen und den Anlegern ausgeschüttet werden. Dabei werden Nettoanlageerträge, realisierte Kapitalgewinne und Erlöse aus der Veräusserung von Rechten und Einkauf in laufende Erträge bei Ausgabe von Anteilen sowie durch die Ausrichtung dieser Erträge und Gewinne bei Rücknahmen von Anteilen korrigiert.

2. Kapitalzuwachsanteile

Ausschüttungen sind vorerst nicht beabsichtigt, können aber von der Verwaltungsgesellschaft für die einzelnen Subfonds beschlossen werden. Die Erträge erhöhen nach Abzug der allgemeinen Kosten den Nettovermögenswert der Anteile (Thesaurierung). Die Verwaltungsgesellschaft kann jedoch von Zeit zu Zeit in Übereinstimmung mit der vom Verwaltungsrat beschlossenen Ertragsverwendungspolitik, die ordentlichen Nettoerträge und/oder realisierten Kapitalgewinne sowie alle Einkünfte nicht wiederkehrender Art abzüglich der realisierten Kapitalverluste ganz oder teilweise ausschütten. Zur Erhaltung einer angemessenen Ausschüttungsquote können weitere Ausschüttungen vorgenommen werden. Die Verwaltungsgesellschaft kann von Zeit zu Zeit den Nettovermögenswert pro Anteil mittels eines Splits (Aufstückelung) verkleinern.

3. Allgemeines

Etwaige Ausschüttungen werden durch Überweisung, mittels Bankscheck oder Barzahlung (nach Umtausch, falls notwendig) in der gesetzlichen Währung der Zahlstelle vorgenommen.

Zahlungen der Namensinhaber werden mittels Bankschecks welche an die im Register vermerkten Adresse oder in besonderen Fällen welche von der Verwaltungsgesellschaft bestimmt werden durch Überweisung, vorgenommen.

Ansprüche auf Ausschüttungen, die nicht binnen 5 Jahren ab Fälligkeit geltend gemacht werden, verjähren, und die entsprechenden Vermögenswerte fallen an das jeweilige Subfonds zurück.

Art. 15. Änderung dieser Bestimmungen

Die Verwaltungsgesellschaft kann diese Bestimmungen jederzeit im Interesse der Anteilsinhaber und mit Zustimmung der Depotbank ganz oder teilweise ändern.

Änderungen treten 5 Tage nach ihrer Veröffentlichung im Luxemburger «Mémorial, Recueil des Sociétés et Associations» in Kraft.

Art. 16. Veröffentlichungen

Der Nettovermögenswert der Anteile der jeweiligen Klassen und/oder deren Ausgabe- und Rücknahmepreise werden an jedem Bankgeschäftstag in Luxemburg am Sitz der Verwaltungsgesellschaft bekanntgegeben.

Der jährliche Rechenschaftsbericht, welcher innerhalb vier Monaten nach Abschluss des Rechnungsjahres publiziert wird, und alle Zwischenberichte des Fonds werden den Anteilsinhabern am Sitz der Verwaltungsgesellschaft, der Depotbank und jeder Zahlstelle zur Verfügung gestellt.

Jegliche Änderungen dieser Bestimmungen werden im Luxemburger «Mémorial, Recueil des Sociétés et Associations» («Mémorial») veröffentlicht. Die Auflösung des Fonds wird zusätzlich in drei anderen Zeitungen (davon einer Luxemburger Zeitung) publiziert.

Änderungen der Vertragsbedingungen und Mitteilungen an Anteilsinhaber, sowie Anzeigen über die Aussetzung der Berechnung des Nettovermögenswertes und Rücknahme der Anteile werden in Zeitungen von Ländern, in welchen die Anteile der Subfonds vertrieben und verkauft werden, veröffentlicht.

Art. 17. Liquidation, Dauer des Fonds, Zusammenschluss von Subfonds

Der Fonds sowie die einzelnen Subfonds sind für unbegrenzte Zeit errichtet. Anteilsinhaber, deren Erben oder sonstige Berechtigte können die Aufteilung oder Auflösung des Fonds oder eines Subfonds nicht verlangen. Die Verwaltungsgesellschaft und die Depotbank sind aber berechtigt, jederzeit den Fonds zu kündigen sowie einzelne Subfonds aufzulösen. Von dem Tag der Entscheidung der Verwaltungsgesellschaft und der Depotbank an werden keine Anteile mehr verkauft. Eine solche Entscheidung wird im Mémorial veröffentlicht. Sie wird ebenfalls in drei weiteren Zeitungen, welche im Verkaufsprospekt erwähnt sind, bekannt gegeben.

Bei Liquidation des Fonds wird die Verwaltungsgesellschaft das Fondsvermögen im besten Interesse der Anteilsinhaber verwerten und die Depotbank beauftragen, den Nettoliquidationserlös nach Abzug der Liquidationskosten anteilmässig an die Anteilsinhaber unter Berücksichtigung der Rechte der einzelnen Klassen zu verteilen. Etwaige Liquidationserlöse, die nicht an die Anteilsinhaber verteilt werden konnten, werden bei der Caisse des Consignations in Luxemburg bis zum Ablauf der Verjährungsfrist hinterlegt.

Falls die Verwaltungsgesellschaft einen Subfonds auflöst, ohne den Fonds zu kündigen, hat sie die Rücknahme zum dann gültigen Nettovermögenswert aller Anteile der betroffenen Anteilstranchen vorzunehmen. Diese Rücknahme der Anteile zum jeweiligen Nettovermögenswert wird von der Verwaltungsgesellschaft veröffentlicht und der Rücknahmepreis wird, insofern er nicht an die Anteilsinhaber überwiesen oder per Scheck oder Barzahlung bei den Zahlstellen ausbezahlt werden kann, bei der Depotbank zugunsten der ehemaligen Anteilsinhaber während einer Frist von sechs Monaten, und nachher bei der Caisse des Consignations in Luxemburg hinterlegt.

Weiterhin können durch Beschluss der Verwaltungsgesellschaft verschiedene Subfonds zusammengeschlossen in dem die entsprechende(n) Anteilklasse(n) eines oder mehrerer Subfonds in andere Anteilklassen eines anderen Subfonds umgewandelt werden. Die Rechte der einzelnen Anteilklassen werden in solchen Fällen im Verhältnis der jeweiligen Nettovermögenswerte der jeweiligen Anteilklasse am Tag der Zusammenschließung festgesetzt. Ein solcher Zusammenschluss wird mindestens einen Monat vorher bekanntgegeben, um es Anlegern zu ermöglichen, vorher die Rücknahme zu beantragen, falls sie nicht an den so zusammengeschlossenen Subfonds beteiligt sein möchten.

Art. 18. Verjährung

Die Ansprüche der Anteilsinhaber gegen die Verwaltungsgesellschaft oder die Depotbank verjähren 5 Jahre nach dem Datum des Ereignisses, das diese Ansprüche begründet hat.

Art. 19. Anwendbares Recht, Gerichtsbarkeit und massgebende Sprachen

Für sämtliche Rechtsstreitigkeiten zwischen den Anteilsinhabern, der Verwaltungsgesellschaft, deren Aktieninhabern und der Depotbank ist das Bezirksgericht Luxemburg zuständig und es findet Luxemburger Recht Anwendung. Die Verwaltungsgesellschaft und/oder Depotbank können sich und den Fonds jedoch der Gerichtsbarkeit der Länder, in wel-

chen Fondsanteile angeboten und verkauft werden, im Hinblick auf Ansprüche von Anlegern aus diesen Ländern, unterwerfen.

Die deutsche Fassung dieser Vertragsbedingungen ist massgebend; die Verwaltungsgesellschaft und die Depotbank können jedoch von ihnen genehmigte Übersetzungen in Sprachen der Länder, in welchen Fondsanteile angeboten und verkauft werden, für sich und den Fonds als verbindlich bezüglich solcher Anteile anerkennen, die an Anleger in diesen Ländern verkauft wurden.

Luxemburg, den 14. Februar 2002

CS PRIVATE UNIVERSE MANAGEMENT COMPANY

Unterschriften

BROWN BROTHERS HARRIMAN (LUXEMBOURG) S.C.A.

Unterschrift

Enregistré à Luxembourg, le 15 février 2002, vol. 564, fol. 75, case 11. – Reçu 12 euros.

Le Receveur (signé): J. Muller.

(14885/736/664) Déposé au registre de commerce et des sociétés de Luxembourg, le 18 février 2002.

MOBILINVEST, SICAV, Société d'Investissement à Capital Variable.

Siège social: L-2449 Luxembourg, 14, boulevard Royal.

R. C. Luxembourg B 30.321.

Extrait des délibérations du conseil d'administration du 12 septembre 2001.

Monsieur Guy Lermiaux a été coopté Administrateur, en remplacement de Monsieur Georges Caballe, démissionnaire.

Luxembourg, le 24 octobre 2001.

N. Uhl

Pour le conseil d'administration

Réquisition aux fins d'inscription au Mémorial et au Registre de Commerce et des Sociétés de Luxembourg

Enregistré à Luxembourg, le 24 octobre 2001, vol. 559, fol. 33, case 5. – Reçu 500 francs.

Le Receveur (signé): J. Muller.

(67614/007/15) Déposé au registre de commerce et des sociétés de Luxembourg, le 25 octobre 2001.

LIREPA S.A., Société Anonyme Holding.

Siège social: Luxembourg, 69, route d'Esch.

R. C. Luxembourg B 9.969.

Par décision de l'Assemblée Générale Extraordinaire du 1^{er} octobre 2001, les démissions des administrateurs MM. André Roelants et Rolf Morhard ont été acceptées. Mme Stéphanie Misonne, Fondé de Pouvoir Principal, adresse professionnelle, 69, route d'Esch, L-2953 Luxembourg, MM. Jean-Noël Lequeue, Membre du comité de Direction de DEXIA BANQUE INTERNATIONALE A LUXEMBOURG, société anonyme, adresse professionnelle, 69, route d'Esch, L-2953 Luxembourg, Christoph Kossmann, Attaché de direction, adresse professionnelle, 69, route d'Esch, L-2953 Luxembourg et Albert Pennacchio, Attaché de direction, adresse professionnelle, 69, route d'Esch, L-2953 Luxembourg ont été appelés aux fonctions d'administrateur. Leurs mandats s'achèveront à l'issue de l'Assemblée Générale Ordinaire de l'an 2007. De ce fait le nombre des administrateurs a été augmenté de cinq à sept.

Le Conseil d'Administration se compopse dorénavant comme suit:

Mme Stéphanie Misonne, Fondé de pouvoir principal, adresse professionnelle, 69, route d'Esch, L-2953 Luxembourg, MM. Guy Baumann, Attaché de direction, adresse professionnelle, 69, route d'Esch, L-2953 Luxembourg, Jean Bodoni, Ingénieur commercial, adresse professionnelle, 69, route d'Esch, L-2953 Luxembourg, Guy Kettmann, Attaché de direction, adresse professionnelle, 69, route d'Esch, L-2953 Luxembourg, Jean-Noël Lequeue, Membre du comité de Direction de DEXIA BANQUE INTERNATIONALE A LUXEMBOURG, société anonyme, adresse professionnelle, 69, route d'Esch, L-2953 Luxembourg, Christoph Kossmann, Attaché de direction, adresse professionnelle, 69, route d'Esch, L-2953 Luxembourg et Albert Pennacchio, Attaché de direction, adresse professionnelle, 69, route d'Esch, L-2953 Luxembourg.

Le commissaire aux comptes est Mme Myriam Spiroux-Jacoby, Attaché de direction, adresse professionnelle, 69, route d'Esch, L-2953 Luxembourg.

Luxembourg, le 23 octobre 2001.

Pour LIREPA S.A., Société Anonyme Holding

DEXIA BANQUE INTERNATIONALE A LUXEMBOURG

Société Anonyme

G. Baumann / S. Wallers

Enregistré à Luxembourg, le 24 octobre 2001, vol. 559, fol. 31, case 6. – Reçu 500 francs.

Le Receveur (signé): J. Muller.

(67663/006/32) Déposé au registre de commerce et des sociétés de Luxembourg, le 25 octobre 2001.

MIV HOLDINGS S.A., Société Anonyme.

Siège social: L-1734 Luxembourg, 19-21, boulevard du Prince Henri.
R. C. Luxembourg B 77.038.

In the year two thousand and one, on the fourteenth of June.
Before Maître Joseph Elvinger, public notary, residing in Luxembourg.

Was held an extraordinary general meeting of shareholders of the société anonyme MIV HOLDINGS S.A. (the «Corporation») having its registered office in Luxembourg, incorporated by deed of Maître Paul Bettingen, notary public on 11th July 2000, published in the Mémorial C, Recueil des Sociétés et Associations («Mémorial») on 19h December 2000 as amended by deed of Maître Joseph Elvinger, prenamed, on 13th September 2000, published in the Mémorial on 13th March 2001.

The meeting was presided over by Patrick Santer, maître en droit, residing in Luxembourg.

The chairman appointed as secretary Annick Dennewald, maître en droit, residing in Luxembourg.

The meeting elected as scrutineer, Sophie Laguesse, licenciée en droit, residing in Luxembourg.

The chairman declared and requested the notary to state that:

I. The shareholders present or represented and the number of shares held by each of them are shown on the attendance list, signed by the chairman, the secretary, the scrutineer and the undersigned notary.

This list as well as the proxies will be annexed to this documents to be filed with the registration authorities.

II. It appears from the attendance list that the entire corporate capital is represented at the present meeting and that the shareholders declare themselves duly informed of the agenda so that the present meeting is regularly constituted and may validly deliberate on the agenda set out below:

«Amendment of Article 33 of the articles of incorporation of the Corporation, so as to read the definition of «Transfer» as follows:

«Transfer» means with respect to any Share, to sell, assign, transfer or otherwise dispose of, place or permit any encumbrance or other restriction upon, or grant any right (voting or otherwise) or interest in, any of such Shares whether voluntarily, by operation of law or otherwise, other than pledges by certain of the Managers and/or their nominees of their respective interests in a maximum of 7,500 Class C Shares and a maximum of 36,902 C-1 Options».

After the foregoing has been approved the meeting unanimously took the following resolution:

Sole resolution

The meeting unanimously resolved to amend Article 33 of the articles of incorporation of the Corporation, so as to read the definition of «Transfer» as follows:

««Transfer» means with respect to any Share, to sell, assign, transfer or otherwise dispose of, place or permit any encumbrance or other restriction upon, or grant any right (voting or otherwise) or interest in, any of such Shares whether voluntarily, by operation of law or otherwise, other than pledges by certain of the Managers and/or their nominees of their respective interests in a maximum of 7,500 Class C Shares and a maximum of 36,902 C-1 Options.»

There being no further business on the agenda the meeting was closed.

The undersigned notary who understands and speaks English acknowledges that, at the request of the parties hereto, this deed is drafted in English, followed by a French translation; at the request of the same parties, in case of divergences between the English and the French version, the English version shall be prevailing.

Suit la traduction française du procès-verbal qui précède:

L'an deux mille un, le quatorze juin.

Par-devant Me Joseph Elvinger, notaire, de résidence à Luxembourg.

S'est réunie l'assemblée générale extraordinaire des Actionnaires de la société anonyme MIV HOLDINGS S.A. (ci-après la «Société»), ayant son siège social à Luxembourg, constituée suivant acte reçu par Me Paul Bettingen, notaire, en date du 11 juillet 2000, publié au Mémorial, Recueil des Sociétés et Associations C («Mémorial») en date du 19 décembre 2000 et modifié par acte reçu par Me Joseph Elvinger, prénommé, en date du 13 septembre 2000, publié au Mémorial en date du 13 mars 2001.

L'assemblée est présidée par Patrick Santer, maître en droit, demeurant à Luxembourg.

Le président désigne comme secrétaire Annick Dennewald, maître en droit, demeurant à Luxembourg.

L'assemblée élit comme scrutateur Sophie Laguesse, licenciée en droit, demeurant à Luxembourg.

Le président déclare et prie le notaire instrumentant d'acter ce qui suit:

I. Les Actionnaires présents ou représentés et le nombre d'Actions qu'ils détiennent sont renseignés sur une liste de présence, signée par le président, le secrétaire, le scrutateur et le notaire instrumentant.

La liste de présence, ainsi que les procurations, resteront annexées au présent acte pour être soumis avec lui aux formalités d'enregistrement.

II. Il résulte de la liste de présence que l'entière du capital social est représentée à la présente assemblée générale et tous les Actionnaires déclarent avoir été dûment informés du contenu de l'ordre du jour de sorte que cette assemblée est régulièrement constituée et peut valablement délibérer sur les points de l'ordre du jour déterminés ci-après:

Modification de la définition de «Cession» contenue à l'article 33 des statuts de la Société comme suit:

«Cession» signifie concernant toute action, le fait de vendre, attribuer, céder ou autrement disposer de, placer ou charger ou autrement restreindre, ou conférer tous droits (droit de vote ou autres) ou intérêts dont une quelconque de ces Actions, de façon volontaire, involontaire, de par la loi ou autrement autres que les gages consentis par certains Gestionnaires et/ou leurs nominées respectifs sur un maximum de 7.500 Actions de la Classe C et un maximum de 36.902 Options C-1.»

Après avoir approuvé ce qui précède, l'assemblée a unanimement adopté les résolutions suivantes:

Unique résolution

L'assemblée générale a décidé unanimement de modifier la définition de «Cession» contenue à l'article 33 des statuts de la Société comme suit:

«Cession» signifie concernant toute action, le fait de vendre, attribuer, céder ou autrement disposer de, placer ou charger ou autrement restreindre, ou conférer tous droits (droit de vote ou autres) ou intérêts dont une quelconque de ces Actions, de façon volontaire, involontaire, de par la loi ou autrement autres que les gages consentis par certains Gestionnaires et/ou leurs nominées respectifs sur un maximum de 7.500 Actions de la Classe C et un maximum de 36.902 Options C-1.»

Que rien ne figurant à l'ordre du jour, l'assemblée générale a été clôturée.

Le notaire instrumentant, comprenant et parlant la langue anglaise confirme que, à la demande des personnes comparantes, le présent acte est rédigé en langue anglaise suivi d'une traduction française, à la demande des mêmes parties, en cas de divergences entre la version anglaise et la version française, la version anglaise prévaudra.

Signé: P. Santer, A. Dennewald, S. Laguesse, J. Elvinger.

Enregistré à Luxembourg, le 20 juin 2001, vol. 9CS, fol. 51, case 8. – Reçu 500 francs.

Le Receveur (signé): J. Muller.

Pour expédition conforme, délivrée aux fins de la publication au Mémorial, Recueil des Sociétés et Associations.

Luxembourg, le 23 juillet 2001.

J. Elvinger.

(67509/211/84) Déposé au registre de commerce et des sociétés de Luxembourg, le 25 octobre 2001.

3A INVEST S.A., Société Anonyme.

Siège social: L-1417 Luxembourg, 8, rue Dicks.

R. C. Luxembourg B 59.381.

L'an deux mille un, le onze octobre.

Par-devant Maître Blanche Moutrier, notaire de résidence à Esch-sur-Alzette

S'est réunie l'assemblée générale extraordinaire des actionnaires de la société anonyme 3A INVEST S.A., avec siège social à L-1417 Luxembourg, 8, rue Dicks, inscrite au registre de commerce près le Tribunal d'Arrondissement à Luxembourg sous le numéro B 59.381.

La société a été constituée par acte de Maître Camille Hellinckx, alors notaire de résidence à Luxembourg en date du 2 juin 1997, publié au Mémorial C numéro 471 du 29 août 1997.

Les statuts ont été modifiés par acte de Maître Alphonse Lentz, notaire de résidence à Remich en date du 10 juin 1998, publié au Mémorial C numéro 635 du 8 septembre 1998.

L'assemblée est ouverte sous la présidence de Monsieur Michel Bourkel, conseiller économique, demeurant à Luxembourg.

Monsieur le Président désigne comme secrétaire Madame Annick Klein, employée privée, demeurant à Luxembourg.

L'assemblée choisit comme scrutatrice Madame Donatella Lecci, employée privée, demeurant à Luxembourg.

Les actionnaires présents ou représentés à la présente assemblée ainsi que le nombre d'actions possédées par chacun d'eux ont été portés sur une liste de présence, signée par les actionnaires présents et les mandataires de ceux représentés, et à laquelle liste de présence, dressée par les membres du bureau, les membres de l'assemblée déclarent se référer.

Ladite liste de présence, après avoir été signée ne varietur par les membres du bureau et le notaire instrumentant, restera annexée au présent acte avec lequel elle sera formalisée.

Resteront pareillement annexées au présent acte, avec lequel elles seront enregistrées, les procurations émanant des actionnaires représentés à la présente assemblée, paraphées ne varietur par les comparants et le notaire instrumentaire.

Monsieur le Président expose et l'assemblée constate:

A) Que la présente assemblée générale extraordinaire a pour ordre du jour:

Ordre du jour:

1.- Conversion de la monnaie d'expression du capital de francs luxembourgeois en Euros, au taux de conversion officiel de l'UEM qui est de 40,3399 LUF (quarante virgule trois mille trois cent quatre-vingt-dix-neuf francs luxembourgeois) pour 1 Euro (un Euro), de sorte que le capital social sera de trente mille neuf cent quatre-vingt-six Euros soixante-neuf cents (EUR 30.986,69) et de supprimer la désignation de la valeur nominale des parts.

2.- Augmentation du capital souscrit à concurrence de EUR 13,31 (treize Euros trente et un cents) pour le porter à EUR 31.000,- (trente et un mille Euros) par incorporation d'une partie de la réserve légale et sans création d'actions nouvelles.

Augmentation du capital autorisé de son montant actuel de EUR 161.130.791,10 (cent soixante et un millions cent trente mille sept cent quatre-vingt-onze Euros dix cents à EUR 161.150.000. (cent soixante et un millions cent cinquante mille Euros, représenté par 6.500.000 (six millions cinq cent mille) actions.

3.- Constat d'augmentation du capital dans les limites du capital autorisé à concurrence d'un montant de EUR 169.000,-, représenté par 6.817 (six mille huit cent dix-sept) actions.

4.- Modifications subséquente des alinéas 1 et 5 de l'article 3 des statuts.

5.- Divers

B) Que la présente assemblée réunissant l'intégralité du capital social est régulièrement constituée et peut délibérer valablement, telle qu'elle est constituée, sur les objets portés à l'ordre du jour.

C) Que l'intégralité du capital social étant représentée, il a pu être fait abstraction des convocations d'usage, les actionnaires présents ou représentés se reconnaissent dûment convoqués et déclarant par ailleurs avoir eu connaissance de l'ordre du jour qui leur a été communiqué au préalable.

Ensuite l'assemblée aborde l'ordre du jour, et après en avoir délibéré, elle a pris à l'unanimité les résolutions suivantes:

Première résolution

L'assemblée décide de convertir la devise d'expression du capital social, actuellement fixé à LUF 1.250.000.- (un million deux cent cinquante mille francs luxembourgeois) en Euro au taux de conversion officiel de l'UEM qui est de 40,3399 LUF (quarante virgule trois mille trois cent quatre-vingt-dix-neuf francs luxembourgeois) pour 1 Euro (un euro), de sorte que le capital social sera de EUR 30.986,69 (trente mille neuf cent quatre-vingt-six Euros soixante-neuf cents) et de supprimer la désignation de la valeur nominale des parts.

Suite à la conversion du capital social en Euro le capital autorisé se chiffre à EUR 161.130.791,10 (cent soixante et un million cent trente mille sept cent quatre-vingt-onze Euros dix cents) représenté par 6.500.000 (six millions cinq cent mille actions) sans expression de valeur nominale.

Deuxième résolution

L'assemblée décide l'augmentation du capital social à concurrence de EUR 13,31 (treize Euros trente et un cents) pour le porter à EUR 31.000.- (trente et un mille Euros), sans création d'actions nouvelles par incorporation de la réserve légale à concurrence dudit montant.

La justification de l'existence de ladite réserve a été rapportée au notaire instrumentant par des documents comptables.

Troisième résolution

Aux termes de l'article trois cinquième alinéa des statuts, le capital autorisé de la société a été fixé à LUF 6.500.000.000.- (six milliards cinq cent millions de francs luxembourgeois) soit EUR 161.130.791,10 (cent soixante et un millions cent trente mille sept cent quatre-vingt-onze Euros dix cents) le conseil d'administration a été autorisé à décider la réalisation de cette augmentation de capital.

En sa réunion du 9 octobre 2001 et en conformité des pouvoirs lui conférés aux termes du prédit article trois, le conseil d'administration a décidé une première tranche d'augmentation de capital autorisé et notamment à concurrence de EUR 169.000.- (cent soixante-neuf mille Euros) en vue de porter le capital de EUR 31.000.- (trente et un mille Euros) à EUR 200.000.- (deux cent mille Euros) par la création de 6.817 (six mille huit cent dix-sept) actions nouvelles sans désignation de valeur nominale à souscrire et à libérer intégralement en numéraire et jouissant des mêmes droits et avantages que les actions existantes.

Que toujours en vertu des pouvoirs lui conférés aux termes de l'articles trois des statuts le conseil d'administration a supprimé le droit préférentiel de souscription des anciens actionnaires pour autant que de besoin.

Que les 6.817 (six mille huit cent dix-sept) actions nouvelles ont été souscrites et entièrement libérées par des versements en numéraire au nom de la société 3A INVEST S.A., prédésignée en date du 9 octobre 2001, de sorte que la somme de EUR 169.000.- (cent soixante-neuf mille Euros) se trouve dès-à-présent à la libre disposition de cette dernière, ce dont il a été justifié au notaire instrumentant par la présentation des pièces justificatives de souscription et de libération.

Quatrième résolution

L'assemblée générale décide de porter le capital autorisé de la société à EUR 161.150.000.- (cent soixante et un millions cent cinquante Euros), représenté par 6.500.000 (six millions cinq cent mille actions).

Cinquième résolution

Afin de mettre les statuts en concordance avec les résolutions qui précèdent, l'assemblée décide de modifier le premier et le cinquième alinéa de l'article trois des statuts pour lui donner désormais la teneur suivante:

Art. 3. Premier et cinquième alinéa. Le capital social est fixé à deux cent mille Euros (EUR 200.000.-), représenté par 8.067 (huit mille soixante-sept) actions entièrement libérés sans expression de valeur nominale.

Cinquième alinéa. Le capital social pourra être porté de son montant actuel à 161.150.000.- Euros (cent soixante et un mille cent cinquante Euros), représenté par 6.500.000 (six millions cinq cent mille) actions sans expression de valeur nominale.

Plus rien n'étant à l'ordre du jour, la séance est levée.

Dont procès-verbal, fait et passé à Luxembourg, les jour, mois et an qu'en tête des présentes.

Et après lecture faite, les comparants prémentionnés ont tous signé avec Nous notaire le présent procès-verbal.

Signé: M. Bourkel, A. Klein, D. Lecci, B. Moutrier.

Enregistré à Esch-sur-Alzette, le 12 octobre 2001, vol. 872, fol. 46, case 10. – Reçu 68.180 francs.

Le Receveur (signé): M. Ries.

Pour expédition conforme, délivrée aux parties sur demande pour servir aux fins de la publication au Mémorial, Recueil des Sociétés et Associations.

Esch-sur-Alzette, le 17 octobre 2001.

B. Moutrier.

(67493/272/103) Déposé au registre de commerce et des sociétés de Luxembourg, le 25 octobre 2001.

3A INVEST S.A., Société Anonyme.

Siège social: L-1417 Luxembourg, 8, rue Dicks.
R. C. Luxembourg B 59.381.

Statuts coordonnés, suite à une assemblée générale extraordinaire reçue par Maître Blanche Moutrier, notaire de résidence à Esch-sur-Alzette, en date du 1^{er} octobre 2001, déposés au registre de commerce et des sociétés de Luxembourg, le 25 octobre 2001.

Pour mention aux fins de la publication au Mémorial, Recueil des Sociétés et Associations.

Esch-sur-Alzette, le 17 octobre 2001.

B. Moutrier.

(67494/272/11) Déposé au registre de commerce et des sociétés de Luxembourg, le 25 octobre 2001.

SOCIETE D'INVESTISSEMENT SUISSE-LUXEMBOURGEOISE S.A., Société Anonyme.

Siège social: Luxembourg, 69, route d'Esch.
R. C. Luxembourg B 53.407.

Par décision du Conseil d'Administration du 12 octobre 2001, Monsieur Alain Delouis, Directeur du département des marchés financiers de DEXIA CREDIT LOCAL, adresse professionnelle: 7 à 11 Quai André Citroën, F-75015 Paris, a été coopté au Conseil d'Administration, en remplacement de Monsieur Marc Hoffmann, démissionnaire.

Luxembourg, le 23 octobre 2001.

Pour SOCIETE D'INVESTISSEMENT SUISSE-LUXEMBOURGEOISE S.A., Société Anonyme

DEXIA BANQUE INTERNATIONALE A LUXEMBOURG

Société Anonyme

G. Baumann / S. Wellers

Enregistré à Luxembourg, le 24 octobre 2001, vol. 559, fol. 31, case 6. – Reçu 500 francs.

Le Receveur (signé): J. Muller.

(67650/006/16) Déposé au registre de commerce et des sociétés de Luxembourg, le 25 octobre 2001.

RIVA ENERGIE III, S.à r.l., Société à responsabilité limitée.

Siège social: L-1882 Luxembourg, 3, rue Guillaume Kroll.
R. C. Luxembourg B 74.442.

*Extrait sincère et conforme du procès-verbal de l'Assemblée Générale Statutaire tenue à Luxembourg
le 28 février 2001 à 10.00 heures*

Il résulte dudit procès-verbal que le mandat des gérants Monsieur Seamus Fitzpatrick, Monsieur Peter Vansant et Monsieur Gabriel Jean a été renouvelé pour une période de 1 an. Leur mandat viendra à échéance lors de l'Assemblée Générale Statutaire de 2002

Luxembourg, le 28 février 2001.

Pour RIVA ENERGIE III, S.à r.l.

Signature

Enregistré à Luxembourg, le 16 octobre 2001, vol. 558, fol. 95, case 7. – Reçu 500 francs.

Le Receveur (signé): J. Muller.

(67648/768/16) Déposé au registre de commerce et des sociétés de Luxembourg, le 25 octobre 2001.

RIVA ENERGIE II, S.à r.l., Société à responsabilité limitée.

Siège social: L-1882 Luxembourg, 3, rue Guillaume Kroll.
R. C. Luxembourg B 74.441.

*Extrait sincère et conforme du procès-verbal de l'Assemblée Générale Statutaire tenue à Luxembourg
le 28 février 2001 à 9.30 heures*

Il résulte dudit procès-verbal que le mandat des gérants Monsieur Seamus Fitzpatrick, Monsieur Peter Vansant et Monsieur Gabriel Jean a été renouvelé pour une période de 1 an. Leur mandat viendra à échéance lors de l'Assemblée Générale Statutaire de 2002

Luxembourg, le 28 février 2001.

Pour RIVA ENERGIE II S.à r.l.

Signature

Enregistré à Luxembourg, le 16 octobre 2001, vol. 558, fol. 95, case 7. – Reçu 500 francs.

Le Receveur (signé): J. Muller.

(67649/768/16) Déposé au registre de commerce et des sociétés de Luxembourg, le 25 octobre 2001.

ARGENTINIAN INVESTMENT COMPANY, Société d'Investissement à Capital Variable (liquidée).

Siège social: L-1724 Luxembourg, 33, boulevard du Prince Henri.

R. C. Luxembourg B 35.162.

Extrait du procès-verbal de l'assemblée générale des actionnaires du 27 décembre 2001

L'assemblée a pris les résolutions suivantes:

1. Les rapports du liquidateur et du réviseur d'entreprises sont approuvés.
2. Décharge est accordée au liquidateur pour l'accomplissement de son mandat.
3. Décharge est accordée aux administrateurs en place pour l'accomplissement de leur mandat jusqu'à la date de mise en liquidation.
4. L'assemblée décide de clôturer la liquidation.
5. L'assemblée décide de conserver les livres et registres de la Société pour une période de 5 ans à l'ancien siège social.
6. L'assemblée prend note que le produit de liquidation qui n'aurait pu être distribué aux personnes y ayant droit à la clôture de la liquidation sera déposé auprès de la Caisse des Consignations.

AVIS

Le liquidateur a décidé de payer un produit de liquidation de USD 6,72 par action. Celui-ci est payable à partir du 18 décembre 2001 aux actionnaires enregistrés.

(00458/801/20)

*Pour ARGENTINIAN INVESTMENT COMPANY (liquidée).***J. VAN BREA PORTFOLIO, Société d'Investissement à Capital Variable.**

Siège social: L-1150 Luxembourg, 287, route d'Arlon.

R. C. Luxembourg B 46.872.

Les actionnaires sont priés d'assister à

l'ASSEMBLEE GENERALE EXTRAORDINAIRE

des actionnaires qui aura lieu le mercredi 27 mars 2002 à 9.30 heures, en l'étude de M^e F. Baden 17, rue des Bains à Luxembourg avec l'ordre du jour suivant:

Ordre du jour:

1. Changement de la dénomination de la société pour adopter celle de PORTFOLIO MULTI-MANAGER FUND et modification subséquente de l'article 1^{er} des statuts.
2. Adoption de l'euro comme devise de référence et modification des articles 5 et 25 des statuts.
3. Remplacement dans les statuts des catégories d'actions par des compartiments au sens de la loi du 30 mars 1988 relative aux organismes de placement collectif.
4. Désolidarisation des compartiments et modification de l'article 23, C.
5. Refonte des statuts.

Lors de la première Assemblée générale extraordinaire du mardi 19 février 2002, les conditions de quorum pour voter les points inscrits à l'ordre du jour n'ont pas été remplies. Dès lors, une seconde Assemblée aura donc lieu en date du 27 mars 2002 et pourra délibérer valablement quelle que soit la portion du capital qui sera présent ou représenté.

Les titulaires d'actions nominatives peuvent être présents en personne ou par mandataire à l'Assemblée générale. Les actionnaires ne pouvant assister à l'Assemblée générale sont invités à faire parvenir les procurations concernées dûment remplies au siège social de la société avant le 27 mars 2002.

Les procurations seront envoyées avec cette convocation aux propriétaires d'actions nominatives mais elles sont également disponibles au siège social.

I (00481/660/27)

*Le Conseil d'Administration.***AERIE S.A., Société Anonyme.**

Siège social: Luxembourg, 69, route d'Esch.

R. C. Luxembourg B 72.542.

Les actionnaires sont priés d'assister à

l'ASSEMBLEE GENERALE ORDINAIRE

qui se tiendra le 15 mars 2002 à 10.00 heures au siège social à Luxembourg avec l'ordre du jour suivant:

Ordre du jour:

1. rapports du Conseil d'administration et du Commissaire aux comptes;
2. approbation des bilan et compte de profits et pertes au 31 décembre 2001;
3. décharge aux Administrateurs et au Commissaire aux comptes;
4. divers.

I (00227/006/14)

Le Conseil d'administration.

COLOMBIAN INVESTMENT COMPANY, Société d'Investissement à Capital Variable (liquidée).

Siège social: L-1724 Luxembourg, 33, boulevard du Prince Henri.

R. C. Luxembourg B 39.274.

Extrait du procès-verbal de l'assemblée générale des actionnaires du 21 décembre 2001

L'assemblée a pris les résolutions suivantes:

1. Les rapports du liquidateur et du réviseur d'entreprises sont approuvés.
2. Décharge est accordée au liquidateur pour l'accomplissement de son mandat.
3. Décharge est accordée aux administrateurs en place pour l'accomplissement de leur mandat jusqu'à la date de mise en liquidation.
4. L'assemblée décide de clôturer la liquidation.
5. L'assemblée décide de conserver les livres et registres de la Société pour une période de 5 ans à l'ancien siège social.
6. L'assemblée prend note que le produit de liquidation qui n'aurait pu être distribué aux personnes y ayant droit à la clôture de la liquidation sera déposé auprès de la Caisse des Consignations.

AVIS

Le liquidateur a décidé de payer un produit de liquidation de USD 3,033 par action. Celui-ci est payable à partir du 28 décembre 2001 aux actionnaires enregistrés.

(00459/801/20)

Pour COLOMBIAN INVESTMENT COMPANY (liquidée).

HEFESTO S.A., Société Anonyme.

Siège social: Luxembourg, 69, route d'Esch.

R. C. Luxembourg B 69.952.

Les actionnaires sont priés d'assister à

l'ASSEMBLEE GENERALE ORDINAIRE

qui se tiendra le 15 mars 2002 à 11.00 heures au siège social à Luxembourg avec l'ordre du jour suivant:

Ordre du jour:

1. rapports du Conseil d'administration et du Commissaire aux comptes;
2. approbation des bilan et compte de profits et pertes au 31 décembre 2001;
3. décharge aux Administrateurs et au Commissaire aux comptes;
4. nominations statutaires;
5. divers.

I (00225/006/15)

Le Conseil d'administration.

MUNICH INVEST SICAV, Investmentgesellschaft mit Variablem Kapital.

Gesellschaftssitz: L-2180 Luxembourg, 4, rue Jean Monnet.

H. R. Luxemburg B 80.087.

Gemäss Art. 11 ff. der Statuten ergeht hiermit die Einladung zur

ORDENTLICHEN JÄHRLICHEN GENERALVERSAMMLUNG

der Aktionäre zum 14. März 2002 um 11.00 Uhr am Sitz der Gesellschaft mit folgender Tagesordnung:

Tagesordnung:

1. Vorlage des Jahresabschlusses samt GuV sowie der Berichte von Verwaltungsrat und Wirtschaftsprüfer über das erste Geschäftsjahr vom 17. Januar 2001 bis zum 31. Dezember 2001
2. Beschlussfassung über den Jahresabschluss samt GuV und die Ergebnisverwendung
3. Beschlussfassung über die Vergütung der Mitglieder des Verwaltungsrats
4. Entlastung des Verwaltungsrats
5. Verschiedenes.

Zur Teilnahme an der ordentlichen Generalversammlung und zur Ausübung des Stimmrechts sind diejenigen Aktionäre berechtigt, die bis spätestens fünf Tage vor der Versammlung die Depotbestätigung eines Kreditinstitutes bei der Gesellschaft einreichen, aus der hervorgeht, dass die Aktien bis zur Beendigung der Hauptversammlung gesperrt gehalten werden. Aktionäre können sich auch von einer Person vertreten lassen, die hierzu schriftlich bevollmächtigt ist. Die Vollmachten müssen wenigstens fünf Tage vor der Versammlung am Sitz der Gesellschaft hinterlegt werden.

Die ordnungsgemäss einberufene Generalversammlung vertritt sämtliche Aktionäre. Die Anwesenheit einer Mindestanzahl von Aktionären ist nicht erforderlich. Beschlüsse werden mit einfacher Mehrheit der vertretenen Aktien gefasst.

Luxemburg, im Februar 2002.

I (00484/755/24)

Der Verwaltungsrat.

LIBRO, S.à r.l., Société à responsabilité limitée.

Siège social: Luxembourg, Centre Aldringen.
R. C. Luxembourg B 45.486.

Messieurs les actionnaires sont priés d'assister à

l'ASSEMBLEE GENERALE DES ACTIONNAIRES

de notre société qui se tiendra extraordinairement par-devant Maître Jean Seckler, notaire de résidence à Junglinster, à L-6130 Junglinster, 3, route de Luxembourg, le 6 mars 2002 à 14.30 heures avec l'ordre du jour suivant:

Ordre du jour:

1. Transfert du siège social;
2. Modification des articles 1 et 3 des statuts;
3. Conversion du capital en Euros;
4. Démission du gérant et décharge donnée à ce dernier;
5. Augmentation du capital de la société pour le porter à 31.000 EUR;
6. Modifications statutaires de la société pour le transformer en société anonyme;
7. Nomination des administrateurs et du commissaire aux comptes.

(00502/000/18)

BURBANK HOLDINGS S.A., Société Anonyme Holding.

Siège social: Luxembourg, 69, route d'Esch.
R. C. Luxembourg B 10.751.

Les actionnaires sont priés d'assister à

l'ASSEMBLEE GENERALE ORDINAIRE

qui se tiendra le 14 mars 2002 à 11.00 heures au siège social à Luxembourg avec l'ordre du jour suivant:

Ordre du jour:

1. rapports du Conseil d'administration et du Commissaire aux comptes;
2. approbation des bilan et compte de profits et pertes au 31 décembre 2001;
3. décharge aux Administrateurs et au Commissaire aux comptes;
4. divers.

I (00230/006/14)

Le Conseil d'administration.

BEARTREE INVESTMENTS, Société Anonyme Holding.

Siège social: Luxembourg, 3, place Dargent.
R. C. Luxembourg B 52.966.

Les Actionnaires sont convoqués par le présent avis à

l'ASSEMBLEE GENERALE STATUTAIRE

qui aura lieu le 11 mars 2002 à 9.00 heures au siège social à Luxembourg, avec l'ordre du jour suivant:

Ordre du jour:

1. Rapport de gestion du Conseil d'Administration et rapport du Commissaire.
2. Approbation des comptes annuels et affectation des résultats au 31 décembre 2001.
3. Décharge aux Administrateurs et au Commissaire.
4. Divers.

I (00396/696/14)

Le Conseil d'Administration.

EUROCASH-FUND SICAV, Investmentgesellschaft mit Variablem Kapital.

Gesellschaftssitz: L-2180 Luxembourg, 4, rue Jean Monnet.
H. R. Luxemburg B 45.631.

Gemäss Art. 12 ff. der Statuten ergeht hiermit die Einladung zur

ORDENTLICHEN JÄHRLICHEN GENERALVERSAMMLUNG

der Aktionäre zum 13. März 2002 um 11.00 Uhr am Sitz der Gesellschaft mit folgender Tagesordnung:

Tagesordnung:

1. Vorlage des Jahresabschlusses samt GuV sowie der Berichte von Verwaltungsrat und Wirtschaftsprüfer über das erste Geschäftsjahr vom 1. Januar 2001 bis zum 31. Dezember 2001
2. Beschlussfassung über den Jahresabschluss samt GuV und die Ergebnisverwendung
3. Beschlussfassung über die Vergütung der Mitglieder des Verwaltungsrats
4. Entlastung des Verwaltungsrats

5. Neuwahl des Verwaltungsrats und des Wirtschaftsprüfers
6. Verschiedenes.

Zur Teilnahme an der ordentlichen Generalversammlung und zur Ausübung des Stimmrechts sind diejenigen Aktionäre berechtigt, die bis spätestens fünf Tage vor der Versammlung die Depotbestätigung eines Kreditinstitutes bei der Gesellschaft einreichen, aus der hervorgeht, dass die Aktien bis zur Beendigung der Hauptversammlung gesperrt gehalten werden. Aktionäre können sich auch von einer Person vertreten lassen, die hierzu schriftlich bevollmächtigt ist. Die Vollmachten müssen wenigstens fünf Tage vor der Versammlung am Sitz der Gesellschaft hinterlegt werden.

Die ordnungsgemäss einberufene Generalversammlung vertritt sämtliche Aktionäre. Die Anwesenheit einer Mindestanzahl von Aktionären ist nicht erforderlich. Beschlüsse werden mit einfacher Mehrheit der vertretenen Aktien gefasst. Luxemburg, im Februar 2002.

I (00485/755/25)

Der Verwaltungsrat.

CINKIMCO S.A., Holdingaktiengesellschaft.

Gesellschaftssitz: Luxemburg, 5, boulevard de la Foire.
H. R. Luxemburg B 21.033.

Die Aktionäre werden hiermit zur

ORDENTLICHEN GENERALVERSAMMLUNG

der Gesellschaft eingeladen, die am 15. März 2002 um 15.30 Uhr, an der Adresse des Gesellschaftssitz, mit folgender Tagesordnung stattfindet:

Tagesordnung:

1. Vorlage des Jahresabschlusses und der Berichte des Verwaltungsrates und des Aufsichtskommissars.
2. Genehmigung des Jahresabschlusses sowie Ergebnisuweisung per 31. Dezember 2001.
3. Beschlussfassung über die Entlastung des Verwaltungsrates und des Aufsichtskommissars.
4. Neuwahlen.
5. Verschiedenes.

I (00353/534/16)

Der Verwaltungsrat.

SOLUPRO S.A., Société Anonyme Holding.

Siège social: Luxembourg, 5, boulevard de la Foire.
R. C. Luxembourg B 6.671.

Messieurs les actionnaires sont priés de bien vouloir assister à

L'ASSEMBLEE GENERALE ORDINAIRE

qui se tiendra à l'adresse du siège social, le 14 mars 2002 à 11.00 heures, avec l'ordre du jour suivant:

Ordre du jour:

1. Présentation des comptes annuels et des rapports du conseil d'administration et du commissaire aux comptes.
2. Approbation des comptes annuels et affectation des résultats au 31 décembre 2001.
3. Décharge à donner aux administrateurs et au commissaire aux comptes.
4. Nominations statutaires.
5. Divers.

I (00354/534/15)

Le Conseil d'Administration.

MERCAN HOLDING S.A., Aktiengesellschaft.

Gesellschaftssitz: L-2311 Luxemburg, 3, avenue Pasteur.
H. R. Luxemburg B 69.853.

Die Herren Aktieninhaber werden hierdurch eingeladen der

ORDENTLICHEN GENERALVERSAMMLUNG

die am 13. März 2002 um 16.00 am Gesellschaftssitz stattfindet, beizuwohnen.

Tagesordnung:

1. Genehmigung der Berichte des Verwaltungsrates und des Kommissars 31. Dezember 2001.
2. Genehmigung der Bilanz und Gewinn- und Verlustrechnung per 31. Dezember 2001, sowie Zuteilung des Resultats.
3. Entlastung an den Verwaltungsrat und den Kommissar per 31. Dezember 2001.
4. Verschiedenes.

I (00467/005/15)

Der Verwaltungsrat.

PIPE INVESTMENTS COMPANY S.A., Société Anonyme.

Registered office: L-2311 Luxembourg, 3, avenue Pasteur.
R. C. Luxembourg B 69.036.

The shareholders are convened hereby to attend the

ORDINARY MEETING

of the company, which will be held at the headoffice, on 13 March 2002 at 15.00.

Agenda:

1. To approve the reports of the Board of Directors and of the Statutory Auditor at 31 December 2001.
2. To approve the balance-sheet as at 31 December 2001, and profit and loss statement as at 31 December 2001.
3. Discharge to the Directors and the Statutory Auditor in respect of the carrying out of their duties during the fiscal year ending 31 December 2001.
4. Miscellaneous.

I (00468/005/15)

The Board of Directors.

IPOLUX HOLDING S.A., Société Anonyme Holding.

Siège social: L-2311 Luxembourg, 3, avenue Pasteur.
R. C. Luxembourg B 69.215.

Le Conseil d'Administration a l'honneur de convoquer Messieurs les actionnaires par le présent avis, à

l'ASSEMBLEE GENERALE ORDINAIRE

qui aura lieu le 12 mars 2002 à 11.15 heures au siège social, avec l'ordre du jour suivant:

Ordre du jour:

1. Approbation des rapports du Conseil d'Administration et du Commissaire aux Comptes.
2. Approbation du bilan et du compte de pertes et profits au 31 décembre 2001, et affectation du résultat.
3. Décharge à donner aux Administrateurs et au Commissaire aux Comptes pour l'exercice de leur mandat au 31 décembre 2001.
4. Divers.

I (00469/005/15)

Le Conseil d'Administration.

CAP DE L'ECOLE FRANÇAISE HOLDING S.A., Société Anonyme Holding.

Siège social: L-2311 Luxembourg, 3, avenue Pasteur.
R. C. Luxembourg B 71.828.

Le Conseil d'Administration a l'honneur de convoquer Messieurs les actionnaires par le présent avis, à

l'ASSEMBLEE GENERALE ORDINAIRE

qui aura lieu le 12 mars 2002 à 15.00 heures au siège social, avec l'ordre du jour suivant:

Ordre du jour:

1. Approbation des rapports du Conseil d'Administration et du Commissaire aux Comptes.
2. Approbation du bilan et du compte de pertes et profits au 31 décembre 2001, et affectation du résultat.
3. Décharge à donner aux Administrateurs et au Commissaire aux Comptes pour l'exercice de leur mandat au 31 décembre 2001.
4. Divers.

I (00470/005/15)

Le Conseil d'Administration.

ITRACO S.A., Société Anonyme Holding.

Siège social: Luxembourg, 69, route d'Esch.
R. C. Luxembourg B 30.286.

Les actionnaires sont priés d'assister à

l'ASSEMBLEE GENERALE ORDINAIRE

qui se tiendra le 4 mars 2002 à 10.00 heures au siège social à Luxembourg avec l'ordre du jour suivant:

Ordre du jour:

1. rapports du Conseil d'administration et du Commissaire aux comptes;
2. approbation des bilan et compte de profits et pertes au 31 décembre 2001;
3. décharge aux Administrateurs et au Commissaire aux comptes;
4. divers.

II (00229/006/14)

Le Conseil d'administration.

MEDITERINVEST S.A., Société Anonyme.
Siège social: L-2311 Luxembourg, 3, avenue Pasteur.
R. C. Luxembourg B 56.829.

Le Conseil d'Administration a l'honneur de convoquer Messieurs les actionnaires par le présent avis, à
l'ASSEMBLEE GENERALE ORDINAIRE
qui aura lieu le 12 mars 2002 à 11.00 heures au siège social, avec l'ordre du jour suivant:

Ordre du jour:

1. Approbation des rapports du Conseil d'Administration et du Commissaire aux Comptes.
2. Approbation du bilan et du compte de pertes et profits au 31 décembre 2001, et affectation du résultat.
3. Décharge à donner aux Administrateurs et au Commissaire aux Comptes pour l'exercice de leur mandat au 31 décembre 2001.
4. Divers.

I (00471/005/15)

Le Conseil d'Administration.

IENA LUXEMBOURG S.A., Société Anonyme.
Siège social: L-2420 Luxembourg, 11, avenue Emile Reuter.
R. C. Luxembourg B 60.085.

Messieurs les Actionnaires sont convoqués par le présent avis à
l'ASSEMBLEE GENERALE ORDINAIRE
qui se tiendra le 5 mars 2002 à 10.30 heures au siège social de la société, avec l'ordre du jour suivant:

Ordre du jour:

- a. rapport du Conseil d'Administration sur l'exercice 2001;
- b. rapport du commissaire de Surveillance;
- c. lecture et approbation du Bilan et du Compte de Profits et Pertes arrêtés au 31 décembre 2001;
- d. affectation du résultat;
- e. décharge à donner aux Administrateurs et au Commissaire;
- f. démission et nomination du Commissaire de Surveillance;
- g. délibération conformément à l'article 100 de la loi luxembourgeoise sur les sociétés commerciales;
- h. divers.

II (00223/045/18)

Le Conseil d'Administration.

PALITANA S.A., Société Anonyme Holding.
Siège social: Luxembourg, 5, boulevard de la Foire.
R. C. Luxembourg B 44.748.

Messieurs les actionnaires sont priés de bien vouloir assister à
l'ASSEMBLEE GENERALE ORDINAIRE
qui se tiendra à l'adresse du siège social, le 4 mars 2002 à 10.00 heures, avec l'ordre du jour suivant:

Ordre du jour:

1. Présentation des comptes annuels et des rapports du conseil d'administration et du commissaire aux comptes.
2. Approbation des comptes annuels et affectation des résultats au 31 décembre 2001.
3. Décharge à donner aux administrateurs et au commissaire aux comptes.
4. Nominations statutaires.
5. Divers.

II (00240/534/15)

Le Conseil d'Administration.

P.B.M. S.A., Société Anonyme Holding.
Siège social: Luxembourg, 23, avenue de la Porte-Neuve.
R. C. Luxembourg B 40.631.

Messieurs les actionnaires sont priés d'assister à
l'ASSEMBLEE GENERALE STATUTAIRE
qui se tiendra le vendredi 8 mars 2002 à 11.00 heures au siège social avec pour

Ordre du jour:

- Rapport de gestion du Conseil d'Administration,
- Rapport du commissaire aux comptes,
- Approbation des comptes annuels au 31 décembre 2001 et affectation des résultats,

- Quitus à donner aux Administrateurs et au Commissaire aux Comptes,
- Nominations statutaires.

Pour assister ou être représentés à cette assemblée, Messieurs les actionnaires sont priés de déposer leurs titres cinq jours francs avant l'Assemblée au siège social.

II (00238/755/17)

Le Conseil d'Administration.

SAGE, Société Anonyme Holding.

Siège social: Luxembourg, 5, boulevard de la Foire.
R. C. Luxembourg B 43.292.

Messieurs les actionnaires sont priés de bien vouloir assister à

l'ASSEMBLEE GENERALE ORDINAIRE

qui se tiendra à l'adresse du siège social, le 6 mars 2002 à 11.00 heures, avec l'ordre du jour suivant:

Ordre du jour:

1. Présentation des comptes annuels et des rapports du conseil d'administration et du commissaire aux comptes.
2. Approbation des comptes annuels et affectation des résultats au 31 décembre 2001.
3. Décharge à donner aux administrateurs et au commissaire aux comptes.
4. Nominations statutaires.
5. Divers.

II (00241/534/15)

Le Conseil d'Administration.

INTEREUREKA S.A., Société Anonyme.

Siège social: L-1425 Luxembourg, 1A, rue du Fort Dumoulin.
R. C. Luxembourg B 61.004.

Messieurs les actionnaires sont priés d'assister à

l'ASSEMBLEE GENERALE EXTRAORDINAIRE DES ACTIONNAIRES

qui se tiendra le 4 mars 2002 à 11.00 heures au siège social à Luxembourg pour délibérer de l'ordre du jour suivant:

Ordre du jour:

1. Rapport du Conseil d'Administration et du Commissaire aux Comptes
2. Approbation des bilan, compte de pertes et profits et affectation des résultats au 31 décembre 2001
3. Décharge aux administrateurs et au commissaire aux comptes
4. Délibération et décision sur la dissolution éventuelle de la société conformément à l'article 100 de la loi du 10 août 1915
5. Divers

II (00252/788/16)

Le Conseil d'Administration.

**C.I.P., COMPAGNIE INDUSTRIELLE ET FINANCIERE DES PRODUITS AMYLACES S.A.,
Société Anonyme.**

Siège social: L-1840 Luxembourg, 40, boulevard Joseph II.
R. C. Luxembourg B 4.367.

Messieurs les Actionnaires sont priés d'assister à

l'ASSEMBLEE GENERALE ORDINAIRE DES ACTIONNAIRES

qui aura lieu le 5 mars 2002 à 14.00 heures à Luxembourg, au siège social, 40, boulevard Joseph II, pour délibérer sur l'ordre du jour suivant:

Ordre du jour:

1. Rapport du Conseil d'Administration et du Commissaire aux Comptes.
2. Approbation du bilan et du compte de pertes et profits au 30 septembre 2001.
3. Affectation des résultats.
4. Décharge à donner aux Administrateurs et au Commissaire aux Comptes.
5. Nominations statutaires.
6. Divers.

Les Actionnaires qui désirent assister à cette assemblée sont priés de déposer leurs parts sociales cinq jours francs avant l'assemblée au siège social de la société.

II (00294/550/20)

Le Conseil d'Administration.

EUROPE BIJOUX FINANZ S.A., Société Anonyme.

Siège social: Luxembourg, 1A, rue du Fort Dumoulin.
R. C. Luxembourg B 48.202.

Messieurs les actionnaires sont priés d'assister à

l'ASSEMBLEE GENERALE STATUTAIRE DES ACTIONNAIRES

qui se tiendra le 5 mars 2002 à 9.00 heures au siège social à Luxembourg pour délibérer de l'ordre du jour suivant:

Ordre du jour:

1. Rapport du Conseil d'Administration et du Commissaire aux Comptes
2. Approbation des bilan, compte de pertes et profits et affectation des résultats au 31 décembre 2001
3. Décharge aux administrateurs et au commissaire aux comptes
4. Décision à prendre quant à l'article 100 sur les sociétés commerciales
5. Divers

II (00253/788/15)

Le Conseil d'Administration.

HOBUCH FINANZ S.A., Société Anonyme.

Siège social: Luxembourg, 10A, boulevard Royal.
R. C. Luxembourg B 28.223.

Messieurs les actionnaires sont priés d'assister à

l'ASSEMBLEE GENERALE STATUTAIRE

qui se tiendra le mercredi 6 mars 2002 à 11.00 heures au siège social avec pour

Ordre du jour:

- Rapport de gestion du conseil d'administration,
- Rapport du commissaire aux comptes,
- Approbation des comptes annuels au 31 décembre 2001 et affectation des résultats,
- Quitus à donner aux administrateurs et au commissaire aux comptes,
- Renouvellement du mandat des administrateurs et du commissaire aux comptes.

Pour assister ou être représentés à cette assemblée, Messieurs les actionnaires sont priés de déposer leurs titres cinq jours francs avant l'Assemblée au siège social.

II (00285/755/17)

Le Conseil d'Administration.

SOCIETE D'INVESTISSEMENT WACAPRO S.A.,

Société Anonyme Holding (en liquidation).

Siège social: Luxembourg, 23, avenue de la Porte-Neuve.
R. C. Luxembourg B 28.464.

Messieurs les actionnaires sont priés d'assister à

l'ASSEMBLEE GENERALE EXTRAORDINAIRE

qui se tiendra le mardi 5 mars 2002 à 11.30 heures au siège social avec pour

Ordre du jour:

- Rapport du Commissaire à la liquidation, FIDUCIAIRE GLACIS, S.à r.l.,
- Décharge au liquidateur et au Commissaire à la liquidation,
- Clôture de la liquidation,
- Indication de l'endroit où les livres et documents sociaux devront être déposés et conservés pendant cinq ans.

Pour assister ou être représentés à cette assemblée, Messieurs les actionnaires sont priés de déposer leurs titres cinq jours francs avant l'Assemblée au siège social.

II (00286/755/17)

Le Conseil d'Administration.

COPRALIM S.A., Société Anonyme Holding.

Siège social: L-1840 Luxembourg, 40, boulevard Joseph II.
R. C. Luxembourg B 58.151.

Messieurs les Actionnaires sont priés d'assister à

l'ASSEMBLEE GENERALE ORDINAIRE DES ACTIONNAIRES

qui aura lieu le 5 mars 2002 à 14.00 heures à Luxembourg, au siège social, 40, boulevard Joseph II, pour délibérer sur l'ordre du jour suivant:

Ordre du jour:

1. Rapport du Conseil d'Administration et du Commissaire aux Comptes.
2. Approbation du bilan et du compte de pertes et profits au 30 septembre 2001.

3. Affectation des résultats.
4. Décharge à donner aux Administrateurs et au Commissaire aux Comptes.
5. Nominations statutaires.
6. Divers.

Les Actionnaires qui désirent assister à cette assemblée sont priés de déposer leurs parts sociales cinq jours francs avant l'assemblée au siège social de la société.

II (00295/550/19)

Le Conseil d'Administration.

ACMAR CORPORATION S.A., Société Anonyme.

Siège social: L-1724 Luxembourg, 33, boulevard du Prince Henri.
R. C. Luxembourg B 66.914.

Les actionnaires sont priés d'assister à

l'ASSEMBLEE GENERALE EXTRAORDINAIRE

des actionnaires qui aura lieu le vendredi 1^{er} mars 2002 à 14.00 heures au siège social, au 33, boulevard du Prince Henri, L-1724 Luxembourg, avec l'ordre du jour suivant:

Ordre du jour:

1. Conversion du capital social en Euros.
2. Modification afférente à l'article 5 des statuts.
3. Divers.

II (00318/000/14)

Le Conseil d'Administration.

KOWAC S.A., Société Anonyme.

Siège social: L-1528 Luxembourg, 16A, boulevard de la Foire.
R. C. Luxembourg B 63.592.

Mesdames et Messieurs les actionnaires sont priés d'assister à

l'ASSEMBLEE GENERALE ORDINAIRE

qui se tiendra le lundi 4 mars 2002 à 11.00 heures à Luxembourg, 16A, boulevard de la Foire, pour délibérer sur l'ordre du jour suivant:

Ordre du jour:

1. Présentation des rapports du conseil d'administration et du commissaire
2. Discussion et approbation des comptes annuels au 31 décembre 2001
3. Vote sur la décharge des administrateurs et du commissaire
4. Affectation du résultat
5. Vote conformément à l'article 100 de la loi sur les sociétés commerciales
6. Divers

Tout actionnaire désirant être présent ou représenté à l'assemblée générale devra en aviser la société au moins cinq jours francs avant l'assemblée.

Aucun quorum n'est requis pour la tenue de cette assemblée. Les décisions de l'assemblée seront prises à la majorité simple des actionnaires présents ou représentés et votants.

Le conseil d'administration

Signature

II (00299/255/23)

BAYREUTHER ANLAGENGESELLSCHAFT A.G., Société Anonyme.

Siège social: L-1724 Luxembourg, 3B, boulevard du Prince Henri.
R. C. Luxembourg B 24.123.

Messieurs les Actionnaires sont priés d'assister à

l'ASSEMBLEE GENERALE ORDINAIRE

qui se tiendra extraordinairement le 4 mars 2002 à 14.00 heures au siège avec pour

Ordre du jour:

- Rapports du Conseil d'Administration et du Commissaire;
- Approbation du Bilan et du compte de Profits et Pertes arrêtés au 31 décembre 2000;
- Affectation du résultat au 31 décembre 2000;
- Suppression de la valeur nominale des actions et conversion du capital social en euros
- Quitus aux Administrateurs et au Commissaire;
- Ratification de la nomination d'un administrateur par le conseil d'administration du 29 juin 2001;
- Démission et nomination du commissaire;

- Continuation de l'activité de la société;
- Divers.

Pour assister à cette Assemblée, Messieurs les Actionnaires, sont priés de déposer leurs titres cinq jours francs avant l'Assemblée au Siège Social.

Le Conseil d'Administration

Signature

II (00303/531/23)

R.C. LUX S.A., Société Anonyme.

Siège social: L-1724 Luxembourg, boulevard du Prince Henri.
R. C. Luxembourg B 61.039.

Sur demande des actionnaires, fondée sur l'art. 67-5 de la loi du 10 août sur les sociétés commerciales, l'assemblée générale ordinaire tenue de manière extraordinaire en date du 4 février 2002 à 15.00 heures a été prorogée à quatre semaines avec le même ordre du jour.

En conséquence, Messieurs les Actionnaires sont priés d'assister à

l'ASSEMBLEE GENERALE

qui a été prorogée au 4 mars 2002 à 15.00 heures au siège social, 19-21, boulevard du Prince Henri, 1724 Luxembourg

Ordre du jour:

1. lecture du rapport de gestion du conseil d'administration et du rapport du commissaire aux comptes sur l'exercice clos au 31 décembre 2000 et approbation des comptes annuels arrêtés au 31 décembre 2000;
2. affectation du résultat de l'exercice clôturé au 31 décembre 2000;
3. décharge aux administrateurs et au commissaire aux comptes;
4. réduction du nombre d'administrateurs de quatre à trois;
5. nominations statutaires;
6. conversion de la devise du capital en Euro;
7. communications du conseil d'administrations aux actionnaires.

Les actionnaires désirant assister à l'assemblée générale doivent déposer leurs actions 5 jours francs avant l'assemblée générale auprès de la SOCIETE EUROPEENNE DE BANQUE, 19-21, boulevard du Prince Henri, 1724 Luxembourg.

II (00312/755/23)

Le Conseil d'Administration.

ACMAR CORPORATION S.A., Société Anonyme.

Siège social: L-1724 Luxembourg, 33, boulevard du Prince Henri.
R. C. Luxembourg B 66.914.

Les actionnaires sont priés d'assister à

l'ASSEMBLEE GENERALE ANNUELLE

des actionnaires qui aura lieu extraordinairement le vendredi 1^{er} mars 2002 à 13.00 heures au siège social, au 33, boulevard du Prince Henri, L-1724 Luxembourg, avec l'ordre du jour suivant:

Ordre du jour:

1. Soumission des rapports du Conseil d'administration et du Commissaire aux Comptes au 31 décembre 1999 et au 31 décembre 2000.
2. Approbation des bilan et compte de profits et pertes au 31 décembre 1999 et au 31 décembre 2000; affectation des résultats.
3. Décharge aux administrateurs et au Commissaire aux Comptes.
4. Elections statutaires.
5. Divers.

II (00319/000/18)

Le Conseil d'Administration.
